

Politische Berichte

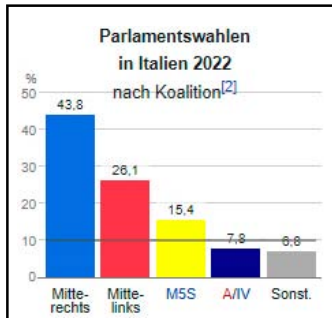
Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2-3| Landtagswahl in Niedersachsen | Online-Termin Redaktionsgespräch – Do, 10.11., 18 Uhr bis 19.30 Uhr. Thema: Friedenspolitik in Kriegszeiten | UK: Überheblichkeit und Besserwisserei hilft auch nicht weiter | Schweden: Rechte Koalition gewinnt Wahl ganz knapp

4| Ukraine: Aggression und Annexion vor der Uno-VV – Wird die RF verhandeln müssen? DOK: Uno-VV zur russischen Annexion von Teilgebieten der Ukraine

5| Solidarisch gegen steigende Lebenshaltungskosten, Inflation, Energiepreise + Interview mit Axel Troost: „Eine importierte Inflation“



6| Der Wahlausgang in Italien zwischen Zäsur und Kontinuität

8| EU: Die Zukunft der Kohäsionspolitik in Krisenzeiten

10| Aktionen/Initiativen: Solidarisch durch die Krise!



12| Wir berichteten: Altschuldenregelung: Bund lässt Kommunen im Regen stehen



10-15| Mit Vernunft die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und das Land gerecht gestalten! Dok: (Ramelow, Thüringen, Vogt, Bremen, Oldenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Lederer, Berlin)

15| Kommunale Initiativen – Gesundheitspolitik während der Krise



18| Tarifbilanz 2022 – Reallohnsenkungen europaweit – Erwartungen an die IG Metall

19| Dok: Wie hoch ist der Mindestlohn 2022?

19| Ende der Vertrauensarbeitszeit?

20| Rechte Provokationen – demokratische Antworten – Redaktionsnotizen.

21| Die Förderung der Kultur der Wertschätzung von Vielfalt ist das Ziel des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) Berlin + Antidiskriminierungsgesetzgebung und EU-Recht

22| Die Neue Rechte und der „heiße Herbst“

23| Wie weiter mit dem Schandmal zu Wittenberg?

24| Vollversammlung des „Ökumenischen Rates der Kirchen“ in Karlsruhe: Konturlos im „Ungefähren“



25| Combatants For Peace, Plattform, u. Roman „Apeirogon“



26| Pazifische Probleme: Ozean-Konferenz in Lissabon und anderswo

27| Deutsche Militärpräsenz im Indopazifik nimmt zu

28-29| Dok: Bundestagsrede Sahara Wagenknecht und Kommentar



30-31| Kalenderblatt. Polen 1890: Gründung der ersten Wohnungsbau-genossenschaft in Bydgoszcz

32| Leseempfehlung: Benedict Stuchtey, Geschichte des Britischen Empire. München 2021

32| Bericht vom WTO Public Forum 2022 in Genf

Beilagenhinweis: Rundbrief der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung Nr. 27
Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 6: 8. Dezember 2022

Ausgabe Nr. 5 am 13. Oktober 2022, Preis 4,00 Euro
Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Landtagswahl in Niedersachsen

Horst Kahrs, RLS, Wahlbericht, Erste Deutungen, 9./10.10. Die niedersächsische Landtagswahl wird vielfach als Testwahl für die Politik der Bundesregierung in den letzten Monaten verstanden bzw. der Wahlkampf einiger Parteien (z.B. CDU) lief darauf zu: die Energieversorgungssicherheit, der sozial gerechte Ausgleich von Preissteigerungen und die Politik gegenüber dem einen Aggressionskrieg führenden Russland – breit interessierende Themen, an denen sich die Bundesregierung erkennbar mühsam abarbeitet, handwerkliche Fehler begeht, nach einer klaren Linie sucht. Alles Bedingungen, die dazu einladen, die Landtagswahl auch zu einer Abrechnung mit der Bundesregierung zu machen. Dieser Versuch ist gescheitert. SPD und Grüne gehen können eine Landesregierung bilden, die CDU verliert Einfluss auf den Bundesrat. Allein das Scheitern der FDP am Wiedereinzug setzt die Bundesregierung unter Druck.

Die Wahlbeteiligung blieb mit 60,3% deutlich unter der Vorwahl (63,1%). Sie stieg nicht wie bei den Landtagswahlen 2015 bis 2017 sprunghaft an, weil bundespolitische Themen zum Protest bei einer Landtagswahl motivierten, sondern ging zurück: der Charakter einer Protestwahl gegen die Bundesregierung blieb unterentwickelt.

Die SPD gewinnt die Wahl mit 33,4% trotz geringer Verluste und kann weiter den Ministerpräsidenten stellen. In erster Linie ist der Wahlerfolg ein Verdienst von Stephan Weil, der in den vergangenen Jahren keine großen Fehler machte und sich in den letzten Wochen und Monaten solidarisch mahnend von der SPD-geführten Bundesregierung absetzte. Gleichzeitig hat er auch Erwartungen geweckt, nämlich dass das Land in der Krise als Energieproduzent und Vorreiter der Dekarbonisierung stärker werden könne und werde.

Die Grünen verzeichnen die stärks-

ten Zugewinne aller Parteien, stärker noch als diejenigen der AfD. An der Haltung in der grünen Wählerschaft: „Wenn die Fakten sich ändern, bin ich auch bereit, meine Meinung zu ändern“, prallten letztlich alle Versuche von links, Grüne-Wähler mit dem Hinweis auf den „Verrat“ an früheren Positionen zu gewinnen ab.

Die FDP verpasst mit 4,7% den Einzug in den Landtag. Angesichts der Schwäche der CDU bestand keine Aussicht, dass die FDP Teil einer „bürgerlichen Regierung“, so einst die Bezeichnung von Christian Lindner für eine CDU-FDP-Koalition werden könnte. Teil einer niedersächsischen Ampel zu werden, war für potentielle FDP-Wähler offensichtlich auch nicht erstrebenswert, zumal rotgrün in den Umfragen eine klare Mehrheit zu bekommen schien.

Die CDU fährt das schlechteste Ergebnis seit 1955 ein. Die Versuche, das gute Abschneiden der SPD auf die positiven Werte von Stephan Weil zu schieben, ist als indirektes Eingeständnis einer gescheiterten Wahlstrategie zu werten. Die Niederlage der Niedersachsen-CDU ist auch eine Niederlage von Friedrich Merz. Friedrich Merz schmiegte sich mit der Bezeichnung „Sozialtouristen“ für Geflüchtete aus der Ukraine den migrationsfeindlichen Tönen von Rechtsan. Und der Spitzenkandidat Althausmann spielte mit seinem Wahlkampf-Slogan „Nicht lange reden. Endlich machen“ dem auch gegen demokratische Entscheidungsprozeduren gerichteten Wunsch nach „schnellen Entscheidungen“ in die Hände.

Die AfD erzielt erstmals bei einer Landtagswahl im Westen wieder Zugewinne, und zwar deutlich. Sie profitiert als einzige Partei von dem Unmut, der sich im Land angesichts der neuen Krisen und der Regierungspolitik ansammelt. Die Stimme für die AfD, so mögen manche noch denken, erhöht die Chance, gehört zu werden. Wichtiger aber ist, dass der Wahlkampf der AfD identitäts-

politisch ausgerichtet war und eine offen russlandfreundliche Position bezogen wurde. Die AfD verfügt mittlerweile über eigene Kommunikationswege und die Fähigkeit zur Milieubildung auch im Westen des Landes.

Die Linke war von einigen Beobachtern eine „kleine, aber realistische Chance“ auf den Wiedereinzug in den Landtag zugesprochen wurde; zumal es für Proteststimmen günstig erschien, dass der Ausgang der Wahl klar zu sein schien, taktisches Wählen der Linken eher wenig schaden könnte. Stattdessen landet sie mit 2,7% weit unter der Sperrklausel und dem Vorwahlergebnis, bleibt erneut bei einer Landtagswahl unter 3%. Die Selbstbeschwörung, wonach es die Partei im Land „braucht“, zog nicht. Die Beschwörung von „heißem Herbst“ und „sozialen Protest“, auf die die Parteiführung seit dem Sommer setzt, zog zumindest bei dieser Landtagswahl nicht. Dazu mag auch beigetragen haben, dass der Wahlkampf mit der „Mal-ehrlich“-Kampagne weder Lösungen anbot noch die Stimmungen der Verunsicherung, der Sorge und auch des Unmuts in der Bevölkerung traf. Im Wahlkampf konnte die Partei kein eigenes Thema kenntlich machen, das bei der Wahlentscheidung den Unterschied gemacht hätte. Die Ursachen hierfür dürften in den innerparteilichen Zerrüttungen zu suchen sein, den ungeklärten Fragen, was und wen man bekommt, wenn man die Partei wählt, und in dem Zusammenfallen verschiedener unterschiedlicher tiefer Krisen, denen mit den bekannten Antworten nicht beizukommen ist. Verteilungspolitische Antworten reichen nicht mehr aus, um linke Politik erkennbar zu machen. Möglicherweise ist es nach dieser Serie von Wahlniederlagen nunmehr zu spät, mit der bereits 2019 nach der Europa-Wahl vom Co-Vorsitzenden der Bundestagsfraktion geforderten „grundsätzlichen programmatischen und strategischen Erneuerung“ ernst zu machen.

• **Online-Termin Redaktionsgespräch – Do, 10.11., 18 Uhr bis 19.30 Uhr.** Thema: **Friedenspolitik in Kriegszeiten.** Rückblick auf die Berichterstattung in den PB. Ausblick: Was kann linke Politik leisten? Moderation: Christoph Cornides. Zoom-Link bestellen bei: fochlermuenchen@gmail.com

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.

Europa: Rolf Gehring (rog, verantwortlich), gehring@

efbww.eu; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen

Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rucker; Johann Witte, johannfirst@web.de.

Rechte Provokationen – demokratische Antworten: Rosemarie Steffens (verantwortlich), rosemariesteffens@web.de; Christiane Schneider, chsneiderh@posteo.de
Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), fochlermuenchen@gmail.com.
Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantwortlich), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, gehring@efbww.eu;
Titel und letzte Seite (Lektürehinweise / Empfehlungen / Leseproben): Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.

kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €. Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

Liz Truss: forscher Start schafft Probleme

Eva Detscher, Karlsruhe. Nicht so gut wie behauptet steht das Vereinigte Königreich mehr als zwei Jahre nach dem Brexit und mit der neuen Regierung da. An erster Stelle seien die wirtschaftlichen und fiskalischen Unsicherheiten und Veränderungen genannt. Steigende Energie- und Lebenshaltungskosten bei einer zweistelligen Inflation, drohende Stromabschaltungen im Winter, wovon National Grid, der Betreiber der Gas- und Stromnetze auf der Insel, warnt, Hindernisse im Wirtschaften, wie die neue Zollbürokratie aufgrund des Brexits, bilden ein Szenario, für das keine Politik eine gute und/oder schnelle Lösung bieten kann. Hinzu kommt, dass der Impuls aus der so gepriesenen Unabhängigkeit „von Brüssel“ ausbleibt. Tragen und ertragen muss dies die lohnabhängige und arme Bevölkerung. Die neue Premierministerin Liz Truss, kaum im Amt, hat ein Wirtschafts- und Steuerprogramm präsentiert, was eine „Entfesselung“ der innovativen und zur Investition bereiten Kräfte und damit Wohlstand für alle erzeugen sollte. Dieser ehrgeizige Plan fiel aber durch: nicht nur auf den Finanzmärkten (das Pfund hat sofort nach Veröffentlichung empfindlich nachgegeben), sondern auch bei der eigenen konservativen Partei, deren Mitglieder sie ein paar Tage vorher mit 57 % gewählt hatten. Der Parteitag in Birmingham am 4.10.22 zwang sie, die Reduzierung des Spitzensteuersatzes für die ganz Reichen zurückzunehmen. „Wie Truss und Kwarteng gleichzeitig breite Steuersenkungen ermöglichen und die dramatischen Energiekostensteigerungen abfedern wollen, bleibt ihr Geheimnis, vom riesigen Investitionsbedarf in den Gesundheitsdienst NHS, die Pflege, Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehren sowie die abgehängten Regionen in Nordengland ganz zu schweigen.“ (1)

Nach wie vor schwärt die Wunde des Nordirland-Protokolls. Truss' vollmundige Ankündigung, sich darüber hinwegzusetzen, sind schon wieder Schnee von gestern. Nach wie vor ist die faktische Außengrenze zwischen UK und EU in der Irischen See. Auch Liz Truss hat keine kreative Lösung für dieses Dilemma. (2)

Der Widerstand der Nichtprivilegierten ist die dritte große Baustelle, die Truss letztendlich zur Aufgabe und zum Ausrufen von Neuwahlen im nächsten Frühjahr zwingen könnte. Ihre ausdrückliche Gewerkschaftsfeindlichkeit und ihre zynische Geringschätzung von Menschen mit niedrigem oder gar keinem Einkommen angesichts der realen Not, in der sich viele befinden, machen Truss für diese Menschen unwählbar und inakzeptabel. Der Unmut äußert sich seit Ende August

in vielen Streiks. Angefangen hatten die Eisenbahner, mittlerweile wehren sich die Transportarbeiter (z.B. 2000 Arbeiter in Felixstowe am größten Containerhafen Großbritanniens), Strafverteidiger und Mitarbeiter des NHS, darunter auch Ärzte. Wie die neue Regierung drauf antworten wird, ist kaum abzusehen. „Es ist daher gut möglich, dass die konservative Regierung zum zweiten Mal in diesem Jahr eine radikale Kursänderung vollzieht und Forderungen der Labour Party übernimmt: erst bei einer – im Umfang allerdings überschaubaren – Variante einer Übergewinnsteuer für Energiefirmen noch unter Johnson und Sunak und nun vielleicht durch eine Form eines Energiepreisdeckels oder andere Maßnahmen.“ (1) In diesem Kontext ist auch die überraschende, kurzfristig entschiedene Teilnahme von Liz Truss am ersten Treffen der „Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG)“ in Prag zu sehen. In existenziellen Fragen wird es ohne staatenübergreifende Zusammenarbeit, auch mit der Staatengemeinschaft EU, nicht gehen, auch wenn das „Britainfirst“-Lager Liz Truss deswegen die Hölle heiß macht. Mit dem Ausbau riesiger Offshore-Windfarmen, einem Wirtschaftsbereich, in welchem UK führend ist, können alle Länder von der dort ins Netz eingespeisten Energie profitieren und damit eine Diversifizierung der Primärenergieressourcen unterstützt werden.

Aufmerksamkeit gebührt auch der widersprüchlichen Politik in Umweltfragen: Ende August machten ungeklärte Abwässer in britischen Seen, Flüssen und Meeren Schlagzeilen; der mehr oder weniger diskrete Hinweis an den Thronfolger King Charles III, er möge sich in Fragen seines Engagements für ökologische und arterhaltende Fragen doch bitte an die Vorgaben der Regierung halten, die das alles nicht so eng sieht, lassen erahnen, dass hier Konfliktstoff schlummert.

(1) Einschätzung von Florian Weis, Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 6.9.22: „In Liz We Truss“ oder „Urlaub von der Realität“; <https://www.rosalux.de/news/id/46965> (2) Eine Zusammenfassung der Problematik einschließlich des Nicht-Zustandekommens einer Regierung in Nordirland wegen der Verweigerung der DUP findet sich im Aufsatz von Dieter Reinisch im IPG-Journal vom 8.9.22: „<https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/kreativlos-im-stillstand-6182/>

Schweden: Rechte Koalition gewinnt Wahl ganz knapp

Rosa Luxemburg Stiftung, Themen, 14.9.2022* Der rechte Block der Moderaten, der Christdemokraten, der Liberalen und der rechtsextremen Schwedendemokraten (SD) hat mit 49,6 Prozent der Stimmen gewonnen, gegen die 48,9 Prozent der anderen möglichen Koalition aus Sozialdemokraten, Linken, Grünen und der Zentrumspartei. Ulf Kristersson,

der Vorsitzende der Moderaten, sagt, er sei bereit, mit der Regierungsbildung zu beginnen.

Der „Nein zu den SD“-Block wird von den Sozialdemokraten angeführt, die den Wahlkampf damit verbrachten, den „Ja zu den SD“-Block mit Fragen zur Migration und zu Recht und Ordnung zu übertrumpfen.

Die Linkspartei hat versucht, mit einem klassischeren sozialdemokratischen Profil aus dem Schatten der Sozialdemokraten auszubringen, verlor aber am Ende 1,4 Prozent gegenüber der letzten Wahl auf Landesebene.

Die Schwedendemokraten wurden 1988 aus der Bewegung „Bevara Sverige Svenskt“ (deutsch etwa: „Schweden soll schwedisch bleiben“) gegründet und bestanden aus explizit rassistischen und neonazistischen Gruppen, die sich unter einem gemeinsamen Banner vereinigten. Die Partei ist nach wie vor eine einwanderungsfeindliche Partei, die sich auf nur ein Thema konzentriert und deren Mitglieder ständig „Ausrutscher“ begehen.

In den letzten acht Jahren gab es eine Fülle von Verhandlungen zur Bildung verschiedener Minderheitenkonstellationen, besondere einmalige Vereinbarungen zur Umsetzung von Reformen und die ständig drohende Gefahr von Neuwahlen oder Misstrauensvoten.

Die Reaktion der Sozialdemokraten auf den sinkenden Wähler*innenanteil bestand darin, eine oder zwei der rechten Parteien in Koalitionen zu locken und damit die Fähigkeit der Moderaten, eine Mehrheit zu bilden, zu vereiteln. Die einzig mögliche linke Koalition braucht auch Unterstützung von der Linkspartei und den Grünen. Zentrumspartei-Chefin Annie Lööf hat ausdrücklich erklärt, sie werde niemals eine Regierung mit Ministern der Linkspartei unterstützen. Unterdessen erklärte Linken-Parteichefin Nooshi Dadgostar, dass die Unterstützung ihrer Partei davon abhängig sei, Teil der Regierung zu sein.

Auf der anderen Seite hat der rechtskonservative Block der Moderaten, Liberalen und Christdemokraten nun die Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten normalisiert. Die Schwedendemokraten werden wahrscheinlich zunächst Reformen und nicht Ministerposten fordern, während sie ihren Kader mit Präsenz in Räten und Ausschüssen ausbilden.

Angesichts der derzeit festgefahrenen politischen Mehrheiten kann sich Schweden auf vier Jahre reaktionärer Politik freuen, in denen die demokratischen Institutionen wirklich gefährdet sind.

Autoren: Petter Nilsson (Linkspartei Stockholm), Rikard Warlenius (Stadtrat der Linkspartei in Stockholm). (Auszüge)

Ukraine: Aggression und Annexion vor der Uno-VV

Wird die RF verhandeln müssen?

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM, MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

In einer Dringlichkeitssitzung befasst sich die UN-Vollversammlung mit der Annexion von Teilgebieten der Ukraine durch die Russische Föderation, nachdem Russland sein Veto gegen einen Resolutionsentwurf der USA (ständiges Mitglied im Sicherheitsrat) und Albanien (derzeit

nichtständiges Mitglied) am 30.9.2022 im Sicherheitsrat eingelegt hatte. Im April dieses Jahres hatte die UNO-VV Versammlung beschlossen, dass die Veto-Mächte künftig ihren Einspruch binnen zehn Tagen begründen, so dass sich eine Dringlichkeitsberatung der Generalversammlung mit der Sache befassen kann, die Versammlung wird nach Redaktionschluss der Politischen Bericht erwartet. Damit reagiert die Weltgesellschaft auf

die neue Eskalationsstufe, die durch die formell vollzogene Annexion von Teilen der Ukraine durch die RF eingetreten ist. Nach der russischen Verfassung (Stand 2020) sind „Handlungen ... die auf einen Teil des Territoriums der Russländischen Föderation gerichtet sind, sowie Aufrufe zu solchen Handlungen ... unzulässig.“ Durch den von Duma und Föderationsrat besiegelten Eingliederungsbeschluss würde damit nach russischen Recht der

UNO-Vollversammlung zur Verurteilung der russischen Annexion von Teilgebieten der Ukraine

Im Sicherheitsrat stimmten am 30. September 10 von den 15 Mitglieder (zehn „Nichtständige“, fünf „Ständige“) für den Antrag. Es enthielten sich China, Indien, Brasilien und Gabun. Es gab also keine Gegenstimmen und die Resolution wäre ohne das Veto Russlands im Sicherheitsrat verabschiedet worden. Wie schon bei der UNO-Resolution vom 2. März 2022 gegen den russischen Okkupationskrieg, dem ebenfalls ein Veto Russlands im Sicherheitsrat vorausgegangen war, ist auch diesmal zu erwarten, dass die UNO-Vollversammlung auf der Basis des im Sicherheitsrat gescheiterten Resolutionsentwurfs verhandelt. Dabei kommt aber erstmals eine neue Regelung zum Tragen, die Ende April 2022 von der UN-Vollversammlung einstimmig verabschiedet wurde, nach der die Veto-Macht im Sicherheitsrat jetzt ihr Veto in der Vollversammlung begründen und rechtfertigen muss. – Wir veröffentlichen nachfolgend Auszüge des am 30.9.2022 im Sicherheitsrat gescheiterten Resolutionsentwurfs.

Albanien und Vereinigte Staaten von Amerika, Resolutionsentwurf

Der Sicherheitsrat,
unter Hinweis darauf, dass alle Staaten nach Artikel 2 der Charta verpflichtet sind, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder anderweitig mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen und ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so beizulegen, dass der Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden,
unter Hinweis auf seine Hauptverantwortung nach der Charta der Vereinten Nationen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,
erneut erklärend, dass ein sich aus der Androhung oder Anwendung von Gewalt ergebender Gebietserwerb nicht als rechtmäßig anerkannt werden darf,

(PB: Die Resolution führt weiter aus, dass die „ukrainischen Regionen Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja infolge des großflächigen russischen Einmarschs“ unter Verletzung aller internationalen Rechte der Ukraine „in Teilen unter der Kontrolle der Russischen Föderation stehen“ und dass bereits die Beschlüsse der RF vom Februar zu Gebieten aus den Regionen Donezk und Luhansk völkerrechtswidrig erfolgt sind.

ferner unter Hinweis darauf, dass die Ukraine die sogenannten Referenden, die vom 23. bis 27. September 2022 in den ukrainischen Regionen Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja abgehalten wurden, nicht genehmigt hat

und dass sie daher völkerrechtswidrig sind,
unter Verurteilung der rechtswidrigen Handlungen der Russischen Föderation im Zusammenhang mit den illegalen sogenannten Referenden, die vom 23. bis 27. September 2022 abgehalten wurden und mit denen versucht wird, die international anerkannten Grenzen der Ukraine zu ändern,
feststellend, dass die Versuche der Russischen Föderation, das Hoheitsgebiet der Ukraine zu annektieren, eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

(PB: Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen: „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“, regelt in 13 Artikeln das Vorgehen die bei wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Staaten durch die Internationale Gemeinschaft.)

1. bekräftigt sein Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer

2. verurteilt die illegalen sogenannten Referenden, die die Russische Föderation in Regionen innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine abgehalten hat;

(PB: Weiter wird erklärt, dass die Referenden vom 23. Bis 27 September in den von der RF „temporär kontrollierten Teilen“ ukrainischer Regionen „rechtswidrigen Handlungen der Russischen Föderation“ waren und „keine Gültigkeit haben und nicht die Grundlage für

eine Änderung des Status dieser Regionen der Ukraine, etwa eine angebliche Annexion dieser Regionen durch die Russische Föderation, bilden können.“ Alle Staaten werden aufgefordert, eine angebliche Aneignung durch die RF nicht anzuerkennen und alles zu unterlassen, was als Anerkennung solcher angeblichen Aneignung ausgelegt werden könnte.)

7. beschließt, dass die Russische Föderation ihre Entscheidung vom 21. Februar 2022 betreffend den angeblichen Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine sofort und bedingungslos rückgängig zu machen und künftige Beschlüsse betreffend den angeblichen Status der ukrainischen Regionen Cherson und Saporischschja zu unterlassen hat;

8. beschließt, dass die Russische Föderation in allen Gebieten innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine, einschließlich der Regionen Luhansk, Donezk, Cherson, Saporischschja, alle Handlungen einzustellen und zu unterlassen hat, die auf die teilweise oder gänzliche Zerstörung der nationalen Einheit und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine zielen;

9. beschließt, dass die Russische Föderation ihren großflächigen rechtswidrigen Einmarsch in die Ukraine sofort einzustellen und jede weitere rechtswidrige Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen einen Mitgliedstaat zu unterlassen hat;

10. beschließt, dass die Russische Föderation alle ihre Streitkräfte unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, wozu auch die von den illegalen sogenannten Referenden betroffenen Regionen gehören, abziehen hat, um eine friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung oder andere friedliche Mittel zu ermöglichen; S/2022/720 22-22595 3/3

(PB: Der Text schließt mit Dank an alle Organisationen u. Staaten, die sich für die Bewältigung der humanitären Krise und der Flüchtlingskrise eingesetzt haben. Unterstützung wird allen Bemühungen von Staaten und internationalen Organisationen zur Deeskalation zugesagt.)

Der vollständige Resolutionsentwurf ist erreichbar unter https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_sonst/s22-720.pdf

Angriff auf die Ukraine zur Verteidigung der RF umgewidmet und die Verteidigung der Ukraine zu einem Angriff auf Russland, der nach Verfassung und Soldateneid unbedingt zu bekämpfen ist. Vor der russländischen Öffentlichkeit wurde der Schritt unter Verweis auf Abstimmungen in den besetzten Gebieten begründet. Den politischen Institutionen hat diese Legitimation genügt, die zu den Waffen gerufenen Wehrpflichtigen hat sie nicht überzeugt, sehr viele versuchen der Einberufung zu entkommen. Es knirscht im Getriebe von Bürokratie und Kriegswirtschaft.

Die Verschiebung der Frontlinie belegt, dass die RF größte Probleme hat, die anfangs besetzten Gebiete zu halten. Statt eines Vorrückens in Richtung der durch den Annexions-Beschluss markierten Linie in die Ukraine hinein, ereignet sich eine Rückwärtsbewegung. In diesen Tagen ist unklar, wann und wo die Militärführung die Rückwärtsbewegung zum Stehen bringen kann, sicher ist, dass die russischen Truppen nach den Plänen ihrer obersten politischen Führung sobald irgend möglich antreten müssen, um Gebiete zu erobern, die laut Annexionsbeschluss „Russland“ sind.

In dieser Situation verstärkt die RF ihre Angriffe auf Siedlungen weit in der Ukraine, während die Ukraine ihre Schläge gegen die Nachschublinien der Fronttruppen durch Kommandooperation im tieferen Hinterland, bis nahe an die Grenze Russlands ergänzt. Das oberste Kommando der RF wiederum versucht, seine Position durch Drohung mit dem Einsatz strategischer Waffen zu verstärken.

Dieser Eskalation steht die Generalversammlung nicht hilflos gegenüber. Die RF wird ihr Veto gegen die im Sicherheitsrat mehrheitlich beschlossene Resolution vor der Generalversammlung begründen müssen. Es ist eine Beschlussfassung zu erwarten, die den Annexionsbeschluss für nicht erklärt, implizite aber auch sagt, wo die international anerkannten Grenzen der RF verlaufen, nämlich nicht in der Ukraine, aber auch nicht irgendwo im heutigen Russland.

Damit würde ein schmaler Weg zur Konfliktbeilegung unter Regie der Vereinten Nationen gebahnt. Der Rückhalt der Regierung Putins hat ihre Basis auch in der Sorge des Landes vor Destabilisierung und Einkreisung. Verhandlungen unter Regie der UNO könnten deutlich machen, dass Russland in Sicherheit leben kann, wenn und solange es die Sicherheit seiner Nachbarn achtet. Damit wäre auch der Gefahr ein Riegel vorgeschoben, die Unterstützung der Ukraine schleichend einen Angriff auf die Russische Föderation zu verwandeln.

Solidarisch gegen steigende Lebenshaltungskosten, Inflation, Energiepreise

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Die drastisch steigenden Lebenshaltungskosten gefährden die Bezahlbarkeit des Lebens für immer größer werdende Teile der Bevölkerung. Gleichzeitig vertiefen sie die bestehenden sozialen Spaltungen und Verwerfungen. Wer bisher gut bis sehr gut lebt, Rücklagen hat oder sich gar als reich bezeichnen kann, kann vielen Preiserhöhungen in der persönlichen Wirkung in vielerlei Hinsicht leichter ausweichen.

Ohne politische Auseinandersetzung um Alternativvorschläge oder andere Formen der Umsetzung geplanter Entlastungsmaßnahmen geht die Politik der Ampelkoalition oft in die falsche Richtung: Steuersenkungen, die am meisten bringen, wenn man viel verdient, Tankrabatte für Alle statt gezielter, direkter und dauerhafter Entlastung für diejenigen, die sie existenznotwendig brauchen. Die Kette der Beispiele ist lang.

Dazu der Versuch der AfD und der Rechten, diese für Viele bedrohlichen Entwicklungen für nationale und völkische Mobilisierung zu nutzen.

Wer sich sozial, von links und erfolgreich dagegen stellt, braucht klärende Argumente, und die kommen nicht um die Frage umhin: „Diese Inflation jetzt, warum, wieso, und was wirkt dagegen?“

Axel Troost, u.a. seit 1981 aktiv in der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ („Memo Gruppe“), hat in seinem öffentlich zugänglichen Vortrag auf Veranstaltungen der Linken „Inflation – Steigende Lebenshaltungskosten gefährden Bezahlbarkeit des Lebens“

(Stand 27.9.2022), sich anschaulich mit diesen Fragen auseinandergesetzt. (Mit freundlicher Genehmigung des Autors verweisen wir auf den Zugang über seine Homepage www.axeltroost.de bzw. direkt <https://www.youtube.com/watch?v=S9JkoBTDJeI>)

Untenstehend dazu auch ein Interview der Politischen Berichte mit Axel Troost.

Unter anderem befasst sich Troost in seinem Vortrag mit neun ganz unterschiedlichen Begründungen, die gegenwärtig in der öffentlichen Diskussion eine mehr oder weniger große Rolle spielen, angefangen von: „klarer Fall, die EZB war 's'“ oder „die Preistreiberei der Konzerne ist 's'“ bis zum russischen Krieg gegen die Ukraine als alleiniger „Ursache“. Troost untersucht sodann jede einzelne genannte mögliche Begründung auf ihre Tragfähigkeit.

Die Begründung einer „klassischen“ Geld- und Nachfrageinflation (zuviel „nachfragende“ Geldmenge) gegenüber den vorhandenen Produkten wird begründet widerlegt.

Die jetzige Inflation wird als importierte, angebotsinduzierte Inflation analysiert. Sie ist im Kern also hauptsächlich eine „Lieferketten- und Fossil/Rohstoff-Inflation“ (Troost), zu deren Wirkung in unterschiedlichem Ausmaß weitere Einflüsse hinzutreten. (u.a. CO₂-Bepreisung, Wechselkurseinflüsse, ökologische/klimapolitische Maßnahmen, Monopolpreispolitik usw.) Das aber bedeutet, dass die Inflation kaum durch Maßnahmen der Dämpfung „klassischer“ Nachfrageinflationen nachhaltig zu senken ist.

Interview mit Axel Troost *: „Eine importierte Inflation“

Politische Berichte: In Deinem Vortrag „Inflation – Steigende Lebenshaltungskosten gefährden Bezahlbarkeit des Lebens“ erläuterst Du u.a., warum die aktuelle Inflation eine „importierte Inflation“ vor allem durch sinkende Zulieferungen ist, (insbesondere Energieprodukte und Rohstoffe). Für alle gleich geltende Regelungen erreichen diejenigen nicht, die vor allem die Entlastungen brauchen. – Was sind Deiner Meinung nach die größten, auch strukturellen Fehler der Entlastungspakete und was sind die wichtigsten Gegenforderungen?

Axel Troost: Bei einer importierten Inflation dieses Ausmaßes ist ein Einkommensausgleich für alle Einkommensschichten gigantisch teuer. Es besteht deshalb die Notwendigkeit sich auf die untere Hälfte der Einkommens-

pyramide zu begrenzen und dann auch nochmals auf die Ärmsten 15 bis 25% besonders zu konzentrieren. In diesem Sinne ist bis Anfang Oktober praktisch noch nichts geschehen. Die Entwicklung war seit Juli vorhersehbar, aber die Menschen in Not werden mindestens bis Dezember in Unsicherheit und Not gehalten. Notwendig sind für die privaten Haushalte neben der Energiepreisbremse direkte dauerhafte Zahlungen an die untersten Einkommens- und Rentenbezieher*innen, eine Nachfolgelösung für das Neun-Euro-Ticket (z.B. das 29-Euro-Ticket in Berlin) und die Umwandlung der Pendlerpauschale in ein einkommens- und verkehrsmittelunabhängiges Mobilitätsgeld. Außerdem benötigen wir sofort Maßnahmen zur Rettung von klein- und mittelständigen

Betrieben und Freiberuflern, die die hohen Energiekosten nicht in den Preisen weiterwälzen können.

So wie es aussieht, ist die Gasumlage gekippt. Auch die Ampelkoalition nähert sich inzwischen einem „Preis-Deckel“ für alle Haushalte. Ziel müsste ein Grundkontingent u.a. an Gas und Strom sein, das durch staatliche Zuschüsse an die Energielieferanten gegen die laufenden Energiemarktpreise reduziert wird. Welche Chancen einer sozial orientierten Durchsetzung siehst Du?

Auch hier muss es Lösungen geben, die insbesondere die unteren Einkommenschichten schützen. Die Formel „80% für alle sind preisgedeckt und danach zahlen alle die neuen hohen Preise“ ist eine Umverteilungsformel für die Besserverdienenden. Wenn zwei Personen in einer 150-qm-Wohnung wohnen, können sie leicht ein Zimmer vorübergehend leer stehen lassen. Vier Personen in der 70-qm-Wohnung können dies nicht.

Die sog. „Zeitenwende“ wird – so ist zu befürchten – eine seit Jahrzehnten nicht mehr erlebte Verschlechterung der Lebensverhältnisse herbeiführen. Die Gewerkschaften führen einen Kampf gegen Reallohnsenkungen. Was bedeutet das aktuell für den Kampf um Lohnsteigerungen, also um den Nominallohn?

Wir werden in den Jahren 2022 und 2023 in nahezu allen Branchen eine Realeinkommensenkung bekommen. Nur ganz wenige Gruppen werden Nettolohn-erhöhungen im Umfang der Inflationsrate erzielen können. Umso wichtiger ist es, dass durch staatliche Maßnahmen nicht nur die Transfereinkommensbezieher*innen sondern auch Beschäftigte mit unterdurchschnittlichen Verdiensten Ausgleichszahlungen erhalten. In diesem Zusammenhang ein wichtiger Hinweis: manche Arbeitgeber argumentieren, dass die extrem hohen Inflationsraten ja nur 2022 vorhanden sind. Sie plädieren daher für „Einmalzahlungen“ und dann gehe es 2023 wieder mit normalen Gehaltssteigerungen weiter. Das ist natürlich ökonomisch eine „vergiftete“ Argumentation. Wenn nach 8 % Inflation in 2022 im nächsten Jahr nur noch eine Inflation von 4 % kommt, dann kommen diese 4 % auf die 8 % gestiegenen Preis von 2022 oben drauf. Bei einer Einmalzahlung in 2022 werden dann in 2023 Gehaltssteigerungen auf das Gehaltsniveau von 2021 verhandelt.

Dass auf dem derzeit deregulierten Energiemarkt die Energiepreise sich nach dem am teuersten produzierten Energieprodukt „regulieren“, führt bekanntlich dazu, dass bei allen preiswerter produzierenden Energielieferanten Extragewinne entstehen. Wie sollte dagegen eine Übergewinnsteuer aussehen,

was soll sie bewirken?

Dies gilt nur für den Strommarkt. Hier entstehen „Wind-fall-Profits“, weil Erzeuger von regenerativer Energie sowie von Kohle- und Kernenergie höhere Strompreise bekommen, obwohl ihre Kosten überhaupt nicht angestiegen sind. Diese zusätzlichen Gewinne müssen (und werden wohl auch) abgeschöpft werden und für eine Strompreisbremse in Form von kostengünstigen Stromkontingenten genutzt werden. Auch hier gilt dann allerdings das zur „Preisdeckelung“ Gesagte.

Finanzierung: Wirksame Entlastungsmaßnahmen erfordern direkte Geldzuschüsse, also Finanzmittel jetzt – (und nicht z.B. mögliche Steuerentlastungen für höhere Einkommen im nächsten Jahr oder staatliche Mehreinnahmen später.) Also sind weitere Staatsschulden unvermeidlich. Was passiert dann mit der „Schuldenbremse“?

Die vorgesehenen 200 Milliarden Euro „Doppel-Wumms“ sind – bei richtiger Verwendung – für den Inflationsausgleich bis 2024 voraussichtlich ausreichend. Hier wird nochmals – zu Recht – die Möglichkeit der Aussetzung der Schuldenbremse gezogen. Ab 2023 soll die Schuldenbremse wieder gelten (Nullverschuldung für die Bundesländer, ca. 20 Mrd. für den Bund). Es gibt aber nicht nur Finanzierungsbedarfe für Corona, Inflation und den unsinnigen Aufrüstungsfonds. Der dringend erforderliche sozial-ökologische Umbau und der kommunale Investitionsstau von über 150 Mrd. Euro brauchen Finanzmittel. Und die können nur über Steuererhöhungen – ich erwähne hier nur die Übergewinnsteuer und die Vermögen- und Erbschaftsteuer – und eine sinnvolle Kreditaufnahme für öffentliche Investitionen kommen. Vielleicht noch ein letzter Hinweis: Auch wir Linken haben häufig unbeabsichtigt einen „Germany-first“-Blickwinkel. Dabei will ich nicht einmal den globalen Süden ansprechen, sondern nur die Euro-Zone: Wir haben eine gemeinsame Währung und wenn Unternehmen in Deutschland geholfen wird, aber Konkurrenzunternehmen in Spanien, Italien, oder den Niederlanden nicht, dann führt das zu Unmut wegen Wettbewerbsverschiebungen. Und natürlich muss nicht nur die deutsche Schuldenbremse, sondern der europäische Fiskalpakt reformiert werden.

Die Fragen für die Politischen Berichte stellte Christoph Cornides.

*Axel Troost war 2005 bis 2017 für Die Linke Abgeordneter im Bundestag mit dem Wahlkreis Leipzig-Land. Nach dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag ist er als Senior Fellow für Wirtschafts- und Europapolitik bei der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) aktiv. Als promovierter Volkswirt engagiert er sich seit 1981 in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memo-Gruppe“).

Der Wahlausgang in Italien zwischen Zäsur und Kontinuität

PAOLA GIACULLI

„Die lange Nachkriegszeit ist nun endlich vorbei. Die Erbpartei einer Kraft, der die antifaschistische Verfassung fremd war, wird Italien regieren.“ So meint der ehemalige Parteivorsitzende von Rifondazione comunista und der europäischen Linkspartei, Fausto Bertinotti, zum Sieg von Giorgia Meloni, Chefin der Rechtspartei Fratelli d'Italia (FdI), Erbpartei der MSI (Movimento sociale italiano), die nach dem Zweiten Weltkrieg von Faschisten gegründet wurde. Meloni gewinnt die Parlamentswahlen mit 26 Prozent im Bündnis mit der Lega (8,8) und der Forza Italia (8,1). Das Rechtsbündnis habe die Mehrheit im Parlament, aber nicht im Lande, meint Giuseppe Conte, ehemaliger Ministerpräsident und seit über einem Jahr Chef der Movimento 5 Stelle (M5S). In der Tat hat die FdI nur ca. 7,3 Millionen von 46,022 Millionen Wahlberechtigten gewonnen. Die Wahlbeteiligung war mit 63,9 Prozent (minus neun Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) seit 1948 noch nie so niedrig. Meloni vertritt somit nur ca. 16 Prozent der Wahlberechtigten. Das ist das Ergebnis der schweren Krise der repräsentativen Demokratie und der dramatischen sozialen Krise in Italien. Die Rechten hätten nicht gewonnen, es seien eher alle anderen, die verloren hätten, meint der Kunsthistoriker und Publizist Tomaso Montanari.

Die tiefe Enttäuschung über ein gescheitertes Parteiensystem war für den größten Teil der Wählerschaft, die stärkste „Partei“ Italiens, der Grund ihrer Enthaltung. Die ca. sechzehn Millionen Nichtwählende sind oft linksorientiert, die sich von keiner der antretenden Parteien vertreten fühlen. Die Protestwähler sind zuhause geblieben.

Mit 15,5 Prozent ist die M5S drittstärkste Kraft nach der Partito Democratico (PD, 19 Prozent) geworden. Obwohl die M5S im Vergleich zu 2018 über sechs Millionen Stimmen verlor (von 32,6 auf 15,5 Prozent, von 10,732 auf 4,334 Millionen), halten viele dieses Ergebnis für einen Erfolg, denn für viele Beobachter:innen und Mainstream-Medien galt die M5S als tot. Diese Kraft habe nun nach der ersten Regierung Conte mit der Lega (2018-19) und der Koalition mit der PD als Juniorpartner (2019-21) eine dritte Entwicklungsphase erlangt, und sei nach links gerückt, meint der Politologe Giovanni Orsina. Dies sei Conte zu verdanken. Mit Forderungen nach mehr Sozialstaat, Mindestlohn und Friedenspolitik

profilierte sich die M5S als „progressive Kraft“ und wurde attraktiv für Links-orientierte. Conte wettete insbesondere gegen Meloni und neoliberale Kräfte wie Azione-Italia viva, die das Bürgergeld abschaffen wollen.

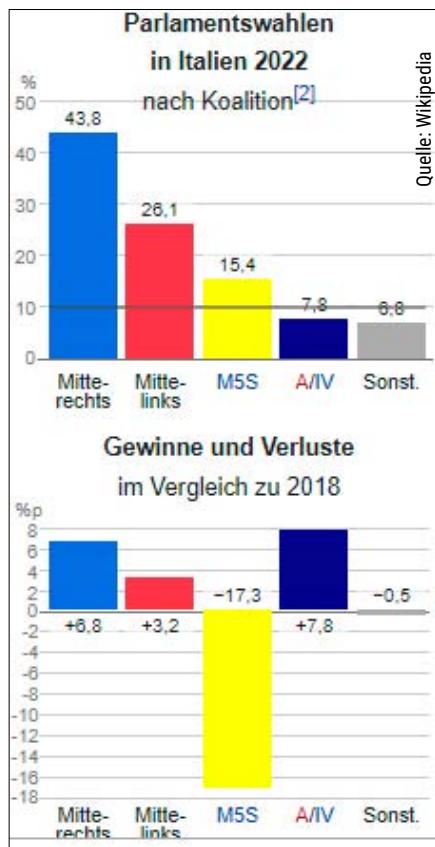
Die PD erlitt wieder eine krachende Niederlage. Der minimale prozentuale Anstieg (+1 Prozent) kann nicht über den Verlust absoluter Stimmen hinwegtäuschen. Die PD verlor fast eine Million Stimmen. Die Warnung vor einer faschistischen Gefahr durch den Sieg Melonis erwies sich als Etikettenschwindel. Denn, um diese Gefahr zu verhindern, hätte sich eine einheitliche Front der antifaschistischen Kräfte bilden sollen. Der PD-Chef Enrico Letta wollte aber kein Bündnis mit der M5S, sie seien verantwortlich für den Sturz der Regierung Draghi. Die PD-Strategie wurde umso undurchsichtiger, als Letta eine unbestimmte „Agenda Draghi“ für den Wahlkampf übernahm, ohne sich mit einer eigenen Agenda zu profilieren. Die PD sah nicht, dass der hochgelobte Technokrat Mario Draghi doch als ungeeignet erwiesen hatte, dem sozialen Notstand abzuhelpen. Die Identität dieser Partei, eine Fusionierung (2007) zwischen Linksdemokraten (DS), Erbeipartei der KPI und dem sozialen Flügel der Democrazia Cristiana (DC), war von Anfang an undefinierbar. Die PD saß in den letzten zwölf Jahren fast immer in der Regierung, ohne eine Wahl gewonnen zu haben. Die PD habe sich vom Volk distanziert und die Regierungsbeteiligung sei ihre einzige Weltanschauung gewesen, meint Fausto Bertinotti.

Die linke Liste der Unione popolare (mit Rifondazione comunista und Potere al Popolo u.a.) erwies sich wieder mal als gescheitertes Experiment einer Linken (1,46 Prozent), die trotz eines guten und pazifistischen Programms nicht in der Lage ist, sich nicht nur anlässlich von Wahlen sichtbar zu machen, und in der Gesellschaft zwischen Wahlen am Aufbau eines einheitlichen Projektes zu arbeiten. Potenzielle Wähler:innen entschieden sich dann für die M5S, um ein Zeichen von links gegen die Rechten zu setzen.

Wählerwanderungen

Die FdI ist stärkste Partei überall mit Ausnahme des Südens geworden. Das Rechtsbündnis gewinnt mit 43,79 Prozent, aber dank eines perversen Wahlsystems¹, das Bündnisse begünstigt, kann es mit ca. 60 Prozent über die Mehrheit der Sitze im Parlament verfügen. Sogar

¹ Das Wahlrecht wurde 2017 nach einem Gesetzentwurf der PD verabschiedet. Nach der Reduzierung der Parlamentssitze vom letzten Jahr ist die Sitzaufteilung noch undemokratischer geworden.



in traditionellen PD-Hochburgen, wie zum Beispiel Emilia-Romagna und Toskana, gewann das Rechtsbündnis fast alle Direktmandate. Dass dies jedoch kein Erdrutschsieg für die FdI ist, wird durch die Wählerwanderung deutlich. Melonis Partei profitiert vor allem von ihren Verbündeten. Insgesamt hat das Rechtsbündnis ca. zwölf Millionen Stimmen fast genau wie im Jahre 2018 (+ ca. 150 000) erhalten. Es handelt sich also um eine Wählerwanderung innerhalb des rechten Lagers. Laut des demoskopischen Instituts SWG gewann die FdI 50 Prozent der Stimmen von der Lega und Forza Italia, 17 % von M5S (die aber bereits nach 2018 zur Lega gewandert waren) und 17 % von Nichtwählern. Die Lega bricht zusammen und verliert ca. 60 Prozent der Stimmen. Die Forza Italia von Berlusconi erhielt 2,8 Millionen Stimmen. Sie präsentierte sich als Garant für europafreundliche Politik im Gegensatz zu ihrer Verbündeten im Rechtsbündnis, denen Europafeindlichkeit und Putin-Nähe vorgeworfen wird, und mag „moderate“ Wählende angezogen haben.

Ca. 40 Prozent der M5S-Wählenden von 2018 haben nicht gewählt, ihre rechtsorientierten Anhänger waren bereits zur Lega übergelaufen, 14 Prozent haben FdI gewählt.

Die PD verlor fast 37 Prozent der Stimmen an die Nichtwähler (17 %), an die neoliberale Formation Azione-Italia Viva (12 %), M5S (5 %) und etwas weniger an die Rechten. Azione-Italia viva (7,7 %) entstand als Allianz zwischen zwei personalisierten Gruppierungen, beide PD-

Abspaltungen, die respektive von Carlo Calenda und Matteo Renzi angeführt werden. Die Gruppe um ehemaligen PD-Chef Renzi (Italia viva) entstand im Parlament als antisoziale Lobby, die opportunistisch parlamentarische Mehrheiten umbildet. Nach seinem Abbruch mit der PD schloss sich Calenda mit seiner Azione an Renzi an. Sie haben im Wahlkampf gegen Arme gehetzt, die Abschaffung des Bürgergelds, Atomkraft, Aufrüstung gefordert und für eine Neuauflage der Regierung Draghi plädiert. In puncto Soziales und Verfassung (zugunsten einer Präsidialrepublik) haben diese viel mit Meloni gemeinsam. Sie haben sich auch bereit erklärt, deren Reformen zu unterstützen. Calenda und Renzi hätten allein kaum Chancen gehabt, die 3-Prozent-Sperrklausel zu überwinden.

Kleine Formationen Sinistra italiana/Verdi (Italienische Linke/Grüne), in der Opposition zur Regierung Draghi, und die ultraliberale +Europa (deren Vertreter abwechselnd im Mitterechts- bzw. Mittellinks-Lager saßen) waren Teil des PD-Bündnisses. Deshalb war die Sinistra Italiana (3,5) für Linksorientierte ein No-Go.

Wer wählte wen

Die FdI profitierte von der Oppositionsrolle, obwohl sie bei einzelnen Maßnahmen wie Waffenlieferung an die Ukraine und Aufrüstung die Regierung Draghi unterstützte. Sie ist stärkste Partei unter Arbeiterschicht, Lehrkräften, Geschäftsleuten, Wohlhabenden und Älteren. Mehr Männer als Frauen haben sie gewählt. Die Jugendlichen (18 bis 34 Jahre) haben mehrheitlich M5S und PD gewählt (respektive 20,9 % und 18,7 %). Die M5S ist auch unter den Arbeitslosen, Studierenden und Menschen mit niedrigem Einkommen stärkste Partei. Die PD ist stärkste Partei unter den Menschen mit Uni-Abschluss und auch unter Menschen mit mittel-hohem Einkommen.

Dragoni

Angesichts der großen Herausforderungen und der Umsetzung der Wiederaufbaupläne, die durch die EU-Coronafonds finanziert werden sollen, kann sich Meloni nicht leisten, sich mit der Verfasstheit der EU anzulegen. Sie hatte übrigens bereits im Wahlkampf und am Wahlabend von „Verantwortung“ gesprochen. Deshalb spricht sie sich regelmäßig mit dem Noch-Premier Draghi ab, und es wird spekuliert, dass die Finanzpolitik einer Regierung Meloni sich kaum von seiner unterscheiden wird – aber unsozialer und illiberaler. Meloni machte bereits bekannt, sie wolle weiter eine Regierung mit Experten in Schlüsselämtern wie Finanz und Wirtschaft bilden.

Die Zukunft der Kohäsionspolitik in Krisenzeiten

Bericht zur Konferenz der Linksfraktion The Left am 27. September 2022 im Europäischen Parlament in Brüssel.

NORA SCHÜTTPELZ, BRÜSSEL*

Als die EU-Kommission am 9. Februar 2022 den achten Kohäsionsbericht vorlegte, geschah dies mit vorsichtigem Optimismus und als erster Auftakt für die Debatte um die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027. In Folge des Kriegs gegen die Ukraine kommt nun der EU-Regionalförderpolitik erneut eine unerwartet verstärkte Rolle zu, immerhin untersetzt sie ganz wesentlich die EU-Krisenhilfspakete mit Mitteln. Doch dieselben Gelder sind ihrem Programm nach eigentlich für langfristige Strategien der EU zur Angleichung der Lebensverhältnisse sowie für Investitionen in nachhaltige wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung vorgesehen. Die Leitfrage unserer Konferenz lautete daher: Wie können wir – aus linker Sicht – die drängendsten aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Krisenprobleme angehen und gleichzeitig die strategischen Ziele des Zusammenhalts in der EU beibehalten, einschließlich einer zukunftsorientierten Energie- und Sozialpolitik. Zu diesem Zwecke lud die Linksfraktion The Left im Europaparlament Experten aus unterschiedlichen Bereichen ein, ihre Sicht und ihre Erwartungen an die parlamentarischen Linke zu darzulegen.

Martina Michels als Koordinatorin der Linksfraktion im zuständigen Fachausschuss setzte in ihrer Begrüßungsrede die Akzente und betonte den sozial-ökologischen Ansatz linker Politik. Die Corona-Krise habe in der EU schwerwiegende Auswirkungen und zur größten Rezession seit 1945 geführt. Dank des raschen und flexiblen Einsatzes auch von EU-Strukturfonds-Geldern, konnten dennoch massive Folgen von Arbeitslosigkeit und Unternehmensinsolvenzen eingedämmt werden. Wiederaufbaupakete wurden geschnürt, um notwendige Investitionen wieder anzukurbeln, öffentliche Haushalte zu entlasten und zur Beschleunigung von Projekten für Klimaschutz und Digitalisierung beizutragen. Soziale Ungleichheiten sind gewachsen. Daher hebe der Kohäsionsbericht richtigerweise die sozialen Herausforderungen deutlich hervor: regionale Ungleichheiten zwischen dem Norden und Süden bzw. Osten der EU, zwischen Stadt und Land und sogenannten Randgebieten, zwischen den Geschlechtern, zwischen gut und weniger gut Ausgebildeten, Menschen mit und ohne unmittelbaren Migrationshintergrund.

Bereits im vergangenen Winter hätten sich die Preise für Gas und Strom verdoppelt, und auch schon vor der Corona-Krise sei Energiearmut ein ernsthafter Faktor beim Armutsrisiko gewesen. Verlauf oder gar Ende der jetzigen Krise seien nicht absehbar. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen könnten eine unberechenbare Sprengkraft entwickeln. Problematisch sei, dass sozialer Zusammenhalt, ökologische Transformation und Energiepolitik gerade in der jetzigen Krise nicht kohärent gedacht würden.

Aus linker Sicht gehe es daher verstärkt darum, Fachpolitiken und Förderstrategien zusammenbringen und neu zusammendenken, um diese schwerste bisher vorstellbare Krise zu bestehen.

Dr. Vera Wegman, Forscherin an der Universität in Greenwich, erläuterte Ergebnisse ihrer Forschung über Energiepolitik in der EU. Die Liberalisierung des Energiemarktes habe ihre Versprechen – niedrigere Verbraucherpreise, fairerer Wettbewerb und innovative Lösungen, Ende der (vormals staatlichen) Monopole – nicht erfüllt. Stattdessen gebe es höhere Preise, mehr Monopole, wenig Fortschritt bei der Einführung CO₂-neutraler Energieversorgung. Gas und Öl seien weiterhin die wichtigsten Primärenergieträger, zugleich steige der Energieverbrauch. 2020 konnten 36 Millionen Europäer ihr Zuhause nicht adäquat heizen. Jeder vierte Haushalt in Spanien beispielsweise konnte sich vor der Pandemie keine notwendige Kühlung im Sommer leisten. Dort starben mehr Menschen an den Folgen von Energiearmut als infolge von Autounfällen. Die jetzige Energiekrise sei eine weitere Verschärfung. Regional seien die Ausprägungen unterschiedlich, aber Energiearmut sei strukturell verbunden mit anderen Arten der Ungleichverteilung, zum Beispiel solcher aufgrund von Alter, Geschlecht, Gesundheit, ethnischer Herkunft und natürlich Einkommen. Eine Haupteckdaten der Forschung von Dr. Wegman ist, dass Energieversorger in öffentlichem Eigentum viel besser in der Lage wären, erschwingliche Energie bereitzustellen. Beispielsweise seien im April 2022 die Energiepreise des öffentlichen Energieversorgers EDF (Frankreich) um 4 %, auf dem vollständig liberalisierten Markt in UK um 54 % gestiegen. Zudem sei die öffentliche Hand auch besser geeignet, die dringenden Herausforderungen des Klimawandels zu bearbeiten. Das oft vorgebrachte Argument, Subventionen für erneuerbare Energien würden dem liberalisierten Energiemarkt widersprechen, gelte

nicht, denn Kohle und Atomkraft erhielten ebenfalls Subventionen. Öffentliche Förderung habe zum Anwachsen der Erneuerbaren geführt, das Abschmelzen solcher Subventionszahlungen in vielen Mitgliedstaaten nun zu einem Schrumpfen ihres Anteils.

Die EU-Politik sollte die Liberalisierung des Energiemarktes dauerhaft zurücknehmen, und mehr öffentliche Mittel würden auf allen Ebenen und allen Lebensbereichen für Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau benötigt.

Rolf Gehring, Vertreter der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter, erläuterte die Position der Europäischen Gewerkschaften zur Kohäsionspolitik und zu den wichtigsten Herausforderungen der aktuellen Krisen. Er erinnerte, die Kohäsionspolitik mit ihrer Zielstellung der Angleichung der Lebensverhältnisse sei in den EU-Verträgen verankert und habe damit den Rang eines Verfassungsauftrags. Den Gewerkschaften ginge es traditionell zuallererst um den Erhalt von Arbeitsplätzen und daher um den Erhalt von Industriezweigen – selbst, wenn diese (noch) nicht nachhaltig produzieren. Die verschiedenen Sektoren versuchten jede für sich staatliche Förderung heranzuziehen bzw. für sich und in der jeweiligen Region zu erhalten.

Es setze sich jedoch seit längerem ein breiterer Ansatz durch, der auch auf Interessenvertretung in Transformationsprozessen fokussiert. Es gehe um die Gestaltung der Arbeits- und Produktionswelt von morgen, mit fairen und regulierten, also auch gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sowie Forschung seien Schlüsselemente auch beim energetischen Umbau, der sinnvollerweise einhergehe mit der Weiterentwicklung von Materialien und Technologien. Zentral sei weiterhin stets die Arbeitnehmerbeteiligung bei aller Planung und Umsetzung von Förderprogrammen und Politiken und vor allem den betrieblichen Umstrukturierungen.

Eine mögliche Verbindung zum „Neuen Europäischen Bauhaus“ findet sich etwa in der Holzbauindustrie. Holz ist bei der neuen Bauhausidee ein wichtiger Rohstoff, der viele Materialprobleme ökologisch lösen könnte. Doch auch dieser Rohstoff ist eine begrenzte Ressource, muss sparsam und sinnvoll eingesetzt werden und aus nachhaltigem Anbau kommen. Ohne internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen komme Europa hier auf Dauer nicht weiter.

Langfristige Förderstrategien der Kohäsionspolitik für die grüne digita-

le, nachhaltige, soziale Transformation seien aus Gewerkschaftssicht ebenso wichtig, wie kurzfristige und trotzdem nachhaltige Hilfsprogramme. Gestaltung der konkreten Arbeitsbedingungen und Beteiligung blieben in der Gewerkschaftspolitik zentral.

Dimitrios Papadimoulis, MdEP der Linksfraktion im Haushalts- wie Regionalausschuss, erläuterte kurz die bestehenden und geplanten EU-Krisenhilfspakete. Die akuten Herausforderungen zwingen die EU, neue Politiken zu entwickeln, während sich Wirtschaft und Gesellschaft eigentlich noch von der Covid-19-Pandemie erholen müsse. Natürlich stehe die Kohäsionspolitik bereit, Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von und bei Bereitstellung von Bildungs- und Gesundheitsdiensten für Geflüchtete zu helfen. Natürlich wollen die EU-Regionalpolitiker*innen den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und damit die Verringerung externer Energieabhängigkeit unterstützen.

Aber es sei ein ernstes Problem, dass der EU dafür Mittel, auch Eigenmittel fehlen. Die Taktik, bei jeder Krise Mittel aus der Regionalförderung umzuwidmen, sei grundfalsch, denn so seien die langfristigen Ziele in Gefahr. Schon in der Finanzkrise sei die Chance verpasst worden, neue und zusätzliche Instrumente zu finden, um Ungleichheiten zu überwinden – Griechenland könne ein langes Lied davon singen. Mit einem EU-Haushalt von einem Prozent des BIP und Schuldenbremsen seien die großen Krisen nicht mehr zu bewältigen.

Rüdiger Lötzer, für Die Linke in der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin Mitte und dort Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Bürgerdienste und Wohnen, brachte ganz praktische aktuelle Herausforderungen zur Sprache, vor denen Kommunen stünden.

Beispielsweise müssten sich die Berliner Bezirke auf einen Winter vorbereiten, in dem noch mehr Menschen ihre Wohnung nicht ausreichend heizen können oder nicht einmal eine solche haben. Daher würde in diesen Wochen die kommunale Kältehilfe ausgebaut – auch mit Hilfe von EU-Mitteln.

Nicht erst seit dem Krieg gegen die Ukraine sei Berlin bevorzugtes Ziel vieler Migrant*innen und Geflüchteter. Seit der Syrienkrise 2015 lebten allein im Berliner Bezirk Mitte (ca. 380 000 Einwohner) noch immer 3000 bis 4000 Geflüchtete in Notunterkünften, darunter etwa 1000 Kinder. Grund: fehlender Wohnraum, verstärkt durch Immobilienspekulationen und Touristifizierung von Wohnraum (airbnb). 2022 habe Berlin 50 000 Geflüchtete aus der Ukraine

aufgenommen. Viele Roma und Sinti kamen von dort und aus EU-Ländern.

Nicht nur die Einwohner der Stadt stünden vor dem Problem massiver Preissteigerungen. Auch die Bezirke hätten damit zu kämpfen, dass sich zum Beispiel die Preise für Obdachlosenunterkünfte verdoppelt haben.

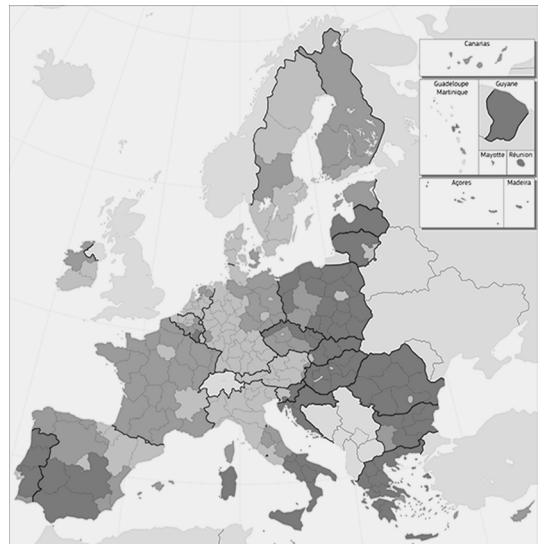
Drei Hauptanliegen an die EU-Kohäsionspolitik ergäben sich: mehr Unterstützung der kommunalen Ebene für konkrete Projekte; EU-Fördergelder vor allem für die armen und ärmsten Gegenden und sie müssen über längere Zeiträume gewährt und planbar sein. Kurzfristige Hilfsprogramme seien nötig, gäben sozialen Projekten wie Wohnungslosenunterkünften aber keine dauerhafte Perspektive. Es sei also nötig, langfristige und nachhaltige Investitionen in soziale Infrastruktur zu tätigen und zu erhöhen, um so die Krisenresilienz von Kommunen strukturell zu stärken.

Eugenia Lleal Fontàs, Senior Policy Analyst bei der Konferenz der maritimen Randregionen (CPMR), setzte Krisenprogramme und Kohäsionspolitik zueinander ins Verhältnis und gab einen Ausblick auf mögliche künftige Szenarien in diesem Politikfeld.

Die EU-Kohäsionspolitik habe in den vergangenen zwei Jahren mehrfach Krisenpakete ermöglicht (CRII, CRII+, React-EU, Care und Fast Care). Kernaufgabe blieben langfristige Investitionen. Die Strukturfonds sollten nicht dauerhaft zu Notfallinstrumenten werden. Die erneute Teilfinanzierung eines Krisenpakets (RePowerEU) aus Strukturfondsmitteln sei problematisch.

Mittelfristig bestehe die Gefahr, dass nicht abgerufene Strukturfondsgelder in andere Instrumente umgeschichtet würden und damit völlig andere Ziele unterstützt würden. Langfristig stelle diese Entwicklung eine Gefahr für die Kohäsionspolitik dar, etwa Unsicherheit und Verwaltungsbelastung für Regionen und Kommunen, daraus folgende Projektverzögerungen, Einschränkung der Rolle der regionalen und lokalen Ebene bei der Koordinierung der Entwicklungsstrategien und möglicherweise schlechtere Mittelausstattung der Strukturfonds in künftigen EU-Haushalten.

Auch aufgrund der verschiedenen Krisen würden künftige Zukunftsszenarien und als Folge die Kohäsionspolitik nach 2027 sicher anders aussehen als heute. Das A und O in diesem Gestaltungsprozess sei stets die Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebenen. Auch



Einteilung der EU nach Entwicklungsgrad der Regionen: hellgrau: entwickelt (über 100%), grau: Übergang (75 bis 100%); dunkel: wenig entwickelt (unter 75%). Quelle: <https://cohesiondata.ec.europa.eu/stories/s/2021-2027-EU-allocations-available-for-programming/2w8s-ci3y>

ein eigenständiges Krisenmanagement-instrument innerhalb des nächsten mittelfristigen Haushaltsplans (MFR) oder sogar als Bestandteil der Kohäsionspolitik sei denkbar.

Die Balance zu finden zwischen lang- und kurzfristigen Zielen und zwischen Flexibilität und grundlegenden Prinzipien werde dauerhaft Aufgabe bleiben. Kohäsionspolitik mit ihrem Verfassungsauftrag der Angleichung der Lebensverhältnisse habe eine zentrale Funktion für den Zusammenhalt und Krisenresilienz in der EU.

Younous Omarjee, Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung im Europaparlament und MdEP der Fraktion The Left, hielt das Schlusswort. Er sah die Kohäsionspolitik auf dem richtigen Weg hinsichtlich nachhaltiger **Förderstrategien** und einer sozialen Energiewende. Die Widersprüchlichkeit zwischen traditioneller Strukturförderung und akuten Krisenpaketen sei unübersehbar. Zugleich bedauere niemand die Hilfspakete **für** Kommunen, Menschen und KMU. Die Pandemie machte **Änderungen** an alten Zielen der Förderperiode unausweichlich.

Inzwischen scheinen Krisen um Fragen wie Ernährungssicherheit, Energieversorgung, Klimawandel, Naturkatastrophen, Wirtschafts- und Finanzlage zum Dauerzustand zu werden. Die Besteuerung von Krisenprofiteuren sei diesbezüglich ein Anfangsschritt. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt in der EU, innerhalb und zwischen den Regionen seien gerade bei der Krisenbewältigung nicht zu vernachlässigen.

* Nora Schüttelpelz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Martina Michels im Europäischen Parlament

Aktionen/Initiativen: Solidarisch durch die Krise!

THORSTEN JANNOFF, REDAKTION, GELSENKIRCHEN

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Die vorliegenden Aufrufe und Statements beziehen sich in ihrer Kritik größtenteils auf das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung von Anfang September. Sie konnten noch nicht die Ankündigung vom 29. September berücksichtigen, einen sogenannten Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro gegen die steigenden Energiepreise zu errichten. Zumal die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der darin vorgesehenen Strom- und Gaspreisbremsen erst noch von einer Kommission bis spätestens Mitte Oktober erarbeitet werden müssen.

Bündnis #SolidarischerHerbst

www.solidarischer-herbst.de Berlin, 30.9.2022.

In diesem Herbst treffen uns die Folgen von Putins Angriffskrieg mit voller Wucht: Viele von uns wissen nicht, wie sie Gas- und Stromrechnung bezahlen sollen. Etliche haben sogar Angst, ihre Wohnung zu verlieren und vom gesellschaftlichen Leben weiter ausgeschlossen zu werden – weil alles teurer wird, Löhne und Transferleistungen reichen nicht mehr aus. *In dieser Krise stehen wir solidarisch an der Seite der Ukraine. Doch wir brauchen jetzt eine solidarische Politik auch bei uns, die gleichzeitig die Weichen stellt, um die Abhängigkeit von fossilen Energien zu beenden.*

Für Millionen Menschen braucht es in dieser Krise verlässliche Entlastungen, Unterstützung und soziale Sicherheit, um nicht auf der Strecke zu bleiben. *Gleichzeitig drohen die langfristigen Klima- und Umweltkrisen ins Hintertreffen zu geraten.* Wir können es uns nicht leisten, Investitionen aufzuschieben, die uns endlich unabhängig machen von fossilen Energien und unsere bedrohten Lebensgrundlagen schützen – vom Klima bis zur Artenvielfalt. *Die Regierung darf Soziales und Ökologisches nicht gegeneinander ausspielen. Sie muss beides anpacken, damit wir alle sicher durch diese Krise kommen.*

Solidarische Politik heißt auch: *Um diese Anstrengungen zu finanzieren, müssen all jene beitragen, die es sich leisten können.* Wie schon in der Coronapandemie sind die Vermögen der Reichsten noch gewachsen, viele Konzerne und Banken fahren gewaltige Übergewinne ein. Die Ampel muss Vermögende und Krisengewinnler zur Solidarität verpflichten und endlich angemessen belasten – damit der Staat gezielt entlasten und in unsere Zukunft investieren kann.

Ob es in diesem Winter gelingt, unsere Gesellschaft vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren und gleichzeitig die klimapolitischen Weichen zu stellen – das hängt entscheidend davon ab, wie

viel Solidarität die Ampel einzufordern bereit ist. Sie hat es in der Hand, wie dieser Winter wird: Einer der Verzweiflung und Wut. Oder einer mit neuer Zuversicht für eine sozial gerechtere, ökologische und lebenswerte Zukunft.

Bisher wird in der Ampel ein konsequenter, solidarischer Wandel blockiert. Das wollen wir ändern. Gemeinsam gehen wir auf die Straßen – für solidarische Politik und Klimaschutz, gegen Spaltung und Hetze! Mit Tausenden Menschen in sechs Städten fordern wir am Samstag, den 22. Oktober ...

• **... zielgerichtete Entlastungen für jene, die Unterstützung dringend brauchen:** einen Mietstopp, ein höheres Bürgergeld, eine 500-Euro-Brutto-Soforthilfe, eine bezahlbare Nachfolge für das 9-Euro-Ticket und einen Schutzschirm für die Daseinsvorsorge – von Stadtwerken und Schulen bis zu Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen.

• **... eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung:** Energie, Mobilität, Ernährung und Wohnen sowie soziale und kulturelle Teilhabe muss für alle bezahlbar sein.

• **... massive Investitionen, um uns für die Zukunft krisenfest zu machen:** einen Schub für den naturverträglichen Ausbau Erneuerbarer Energien, dauerhafte Energieeinsparungen und Gebäudesanierung, groß angelegter Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur wie dem öffentlichen Nahverkehr und die Förderung der Ökologisierung der Landwirtschaft.

All diese Herausforderungen können wir nur stemmen, wenn wir eine grundlegende Wende in der Finanz- und Haushaltspolitik vornehmen. Dazu braucht es eine Übergewinnsteuer für Konzerne und eine Vermögensbesteuerung für die Reichsten – sowie ein erneutes Aussetzen der Schuldenbremse und ein Abbau klimaschädlicher Subventionen.

Das Bündnis #SolidarischerHerbst wird getragen von Campact, Verdi, BUND, dem Paritätischen Gesamtverband, der Bürgerbewegung Finanzwende, Attac, Greenpeace, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Bundesverband Volkssolidarität.



Hände hoch für bezahlbaren Wohnraum

www.mieterbund.de. Die Preisspirale kennt nur eine Richtung – nach oben: Nebenkosten, Mieten, alles wird teurer und viele Menschen können sich das Wohnen nicht mehr leisten. Auf die prekäre Situation der Mieterinnen und Mieter macht die Kampagne Mietenstopp bei ihrem bundesweiten Aktionstag am Samstag, den 8. Oktober, aufmerksam. Unter dem Motto „Hände hoch für bezahlbaren Wohnraum“ sind in Städten in ganz Deutschland Aktionen mit der plakativen roten Mietenstopp-Hand geplant. Ziel der Kampagne: die Mieten sollen bundesweit für sechs Jahre eingefroren werden. Während der sechs Jahre Atempause müssen dringend nötige Reformen angegangen werden: So braucht es etwa deutlich mehr Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen und ein soziales Bodenrecht – denn immer weiter steigende Bodenpreise führen zu steigenden Mieten. Bund, Länder und Kommunen müssen sich außerdem wieder verstärkt ihrer Verantwortung als Anbieter günstiger, öffentlicher Wohnungen bewusstwerden.

Brandbrief: Der Paritätische warnt vor Insolvenzwelle im Sozialen

www.der-paritaetische.de Es braucht einen Schutzfonds für soziale Einrichtungen und Dienste.

Berlin. In einem Brandbrief wendet sich der Paritätische Gesamtverband an die Politik und fordert die Einrichtung eines Schutzfonds zur Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur. Die Problemanzeigen aus der Praxis angesichts explodierender Energiekosten seien alarmierend, warnt der Dachverband von über 10 800 Organisationen. Einrichtungen und Dienste rechneten teilweise mit einer Verzehnfachung der Kosten für Gas und Strom und wüssten noch nicht, wie diese finanziert werden sollen. „Bund und Länder müssen unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände schnellstens an einen Tisch und einen Schutzfonds für soziale Einrichtungen und Dienste auf den Weg bringen. Es braucht in dieser Krise einen solchen Schutzfonds, um die soziale

Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Andernfalls droht das Wegbrechen einer elementaren Säule der Daseinsvorsorge mit verheerenden Konsequenzen für alle, die auf Hilfe, Beratung und Unterstützung angewiesen sind“, fordert der Verband.

Konkrete Punkte, die getan werden müssten, um die Armen zu entlasten
tacheles-sozialhilfe.de Tacheles, Wuppertal. Politik und Verwaltung sollten hier genau aufpassen, denn das sind konkrete Vorschläge, wie außerhalb der fälligen deutlichen Erhöhungen der Regelleistungen, Sofortzuschlägen und einer Erhöhung der Zuverdienstgrenzen, die derzeit legale Kürzung unter das Existenzminimum angegangen werden muss bzw. kann.

a. Moratorium zu Wohnkostenlücken. Im Jahr 2021 wurden bei knapp 400 000 Haushalten, durchschnittlich 91 Euro pro Haushalt an Wohnkosten nicht gezahlt. In Berlin betrug die durchschnittliche Nichtübernahme 144,31 EUR, in Bayern 113,10 EUR pro gekürztem Haushalt im Monat. Bundesweit betrifft das rd. 400 000 Haushalte, Zahlen zum SGB XII gibt es gar nicht. Diese Kürzungen der Unterkunfts- und Heizkosten nach § 22 Abs. 1 S. 2 + 3 SGB II / § 35 Abs. 2 SGB XII müssen sofort zumindest für zwei Jahre ausgesetzt werden. Der Regelsatz ist ohnehin nicht ausreichend, da darf nicht weiter gekürzt werden.

b. Aufrechnungsmoratorium. Im SGB II sollen und müssen sogar Forderungen aufgrund von gewährten Darlehen oder Erstattungs- und Ersatzansprüchen in Höhe von 10 oder 30 % des Regelsatzes aufgerechnet werden. Das bedeutet also 44,90 EUR bis 134,70 EUR (§ 42a Abs. 2 SGB II/§ 43 Abs. 2 SGB II) weniger. Diese Kürzungen müssen in der Zeit der Krise aufgegeben werden.

c. Moratorium zur Eintreibung von Schulden. Forderungen aufgrund von Erstattungs- und Ersatzansprüchen werden teilweise an die jeweiligen Forderungseinzugsstellen weitergegeben (§ 43 Abs. 1 S. 1 SGB II). Wenn diese Beträge dann dort nicht bedient werden können, entstehen weitere Mahn- und Vollstreckungskosten. Diese Forderungswertung und Forderungsgeltendmachung sollten für zwei Jahre ausgesetzt werden.

d. Herausnahme der Haushaltsenergie aus den Regelleistungen. Derzeit ist die Position Haushaltsenergie mit 36,43 EUR in der Regelbedarfsstufe 1 im Regelsatz enthalten. Da die in den Regelleistungen festgesetzten Energiepreise in keiner Weise den Preisentwicklungen der jüngsten Vergangenheit Rechnung tragen und es nicht gelingen wird, die Stromabschläge aus den Regelsätzen zu tilgen, verweisen wir auf das zweite Regelsatzurteil des BVerfG vom 23.07.2014, 1 BvL10/12, unter Rn. 144, dass in einer solchen Situation kurzfristig durch den Gesetzgeber für Abhilfe zu sorgen ist. Daher ist die Haushaltsenergie aus den Regelbedarfen herauszunehmen und den Unterkunftskosten zuzuordnen. Damit würden den Maßgaben des BVerfG hinsichtlich Haushaltsenergie Rechnung getragen, die Mehrbedarfe für Warmwasser könnten gestrichen und es würde den Leistungsbeziehenden eine kurzfristige und dringend benötigte Hilfe zuteilwerden.

Entlastungspaket 3: Versprechen für die Zukunft, jedoch keine Entlastung für die Ärmsten

www.volkssolidaritaet.de Die Volkssolidarität erkennt die Bemühungen der Bundesregierung an, für weitere Entlastungen für die Bevölkerung sorgen zu wollen. Insbesondere begrüßt sie, dass nunmehr auch die Rentner*innen mit einer Einmalzahlung von 300 Euro unterstützt werden sollen, wie es die Volkssolidarität in einer eigenen Petition gefordert hatte ... Doch für andere notwendige Maßnahmen, die möglichst schnell greifen müssen, verweist das Entlastungspaket auf die Zukunft. Dabei ist zum Beispiel bei der Einführung einer Strompreisgrenze für einen Basisverbrauch schnellste Hilfe vonnöten. Doch die Entlastungswirkung entfaltet sich erst nach Einführung der Erlösobergrenze, die auf europäischer Ebene noch nicht geklärt ist. Es droht, dass die Preisdämpfung nicht nur für viele Haushalte, sondern auch für kleine und mittelständische Betriebe zu spät kommt, was besonders die zumeist kleinteilige ostdeutsche Wirtschaft treffen wird, wo viele dieser Unternehmen vor der Insolvenz stehen.

Überhaupt bleiben die Einkommenschwächsten der Gesellschaft, nämlich die Beziehenden von Grundsicherung, beim dritten Entlastungspaket der Bundesregierung unberücksichtigt. Sie werden auf das „moderne Bürgergeld“ vertröstet, das ab Januar 2023 eingeführt werden soll. Ein wirklich neues und modernes Bürgergeld, welches Hartz IV ablösen soll, muss ein fair berechnetes soziokulturelles Existenzminimum sichern. Dafür reichen die avisierten mo-

VOLKSSOLIDARITÄT
V wie Vielfalt
Schon gewusst? Die Volkssolidarität ist mit sechs Landesverbänden und 87 Kreis-, Stadt- und Regionalverbänden der größte Sozial- und Wohlfahrtsverband in Ostdeutschland.

www.volkssolidaritaet.de

natlichen 502 Euro nicht aus. Die Volkssolidarität fordert erneut die Anhebung des Regelsatzes auf mindestens 678 Euro. Die Erhöhung des Kindergeldes um 18 Euro und des Kinderzuschlages um 21 Euro monatlich ist als Unterstützung der besonders stark belasteten Familien ein wichtiger Schritt. Dr. Uwe Klett macht jedoch deutlich: „Die Aufstockung entspricht gerade einmal dem Inflationsausgleich und kommt wieder nicht den ärmsten Kindern und Jugendlichen im Grundsicherungsbezug zugute.“ Die Volkssolidarität als größter ostdeutscher Wohlfahrtsverband kritisiert insbesondere, dass die Einrichtungen und Dienste für Gesundheit, Pflege und Eingliederung überhaupt kein Thema für das Entlastungspaket waren. Diese stehen im stationären und ambulanten Bereich vor dem riesengroßen Problem der Mehrausgaben aufgrund von massiv gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen. Es besteht die Gefahr, dass im Rahmen von Einsparmaßnahmen die Nutzung stromverbrauchender Geräte und somit die Hilfe und Teilhabemöglichkeiten für Pflegebedürftige eingeschränkt werden. Zudem drohen die Eigenanteile weiter zu steigen, wodurch noch mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sein werden.

Der Kanzler darf sozial Benachteiligte nicht ignorieren

www.sovd.de Berlin. Vor über einem Monat hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) in einem breiten Bündnis mit dem Sozialverband VdK, der Tafel Deutschland und dem Deutschen Mieterbund in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz zu einem Sozialgipfel aufgefordert. Neben Arbeitgebern und Gewerkschaften bei der sogenannten konzentrierten Aktion müssen aus Sicht der Bündnispartner dringend auch die am stärksten Betroffenen der Krise gehört werden. Nun kam Post aus dem Bundeskanzleramt, die die Vorstandsvorsitzende des SoVD, Michaela Engelmeier aber enttäuscht: „Der Bundeskanzler hat unsere Forderung nach Anhörung der sozial benachteiligten Menschen auf einem Sozialgipfel ignoriert. Deutschland braucht diesen Gipfel – und zwar bald. Wir werden deshalb mit den anderen Bündnismitgliedern besprechen, nun gegebenenfalls einen eigenen Sozialgipfel ins Leben zu rufen.“





Altschuldenregelung: Bund lässt Kommunen im Regen stehen

Wir dokumentieren aus einer Pressemitteilung der Ratsfraktion Die Linke Essen zu einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der linken Bundestagsfraktion zum Thema Kommunalfinanzen:

In der Antwort der Bundesregierung heißt es in Bezug auf die Folgen des Ukraine-Krieges: „Vor dem Hintergrund dieser fiskalischen Unwucht und angesichts der ab 2023 wieder einzuhaltenden Regelgrenzen für die Nettokreditaufnahme des Bundes ... sind weitreichende finanzielle Entlastungen der Kommunen durch den Bund derzeit nicht geboten.“ Dazu die Fraktionsvorsitzende Theresa Herzog:

„Die vollmundige Ankündigung der neuen Bundesregierung, dieses Mal aber wirklich die Altschuldenproblematik zu lösen, erweist sich damit wieder einmal nur als heiße Luft. Der Bund lässt die hoch verschuldeten Kommunen im Regen stehen, statt schon aus Eigeninteresse dafür zu sorgen, dass sich ohne die Altschulden eine bessere wirtschaftliche Dynamik entfalten kann. Dieser Wortbruch ist unsozial, denn er betrifft die Städte mit den höchsten Armutsquoten und er ist auch ein großer wirtschaftspolitischer Fehler.“

In dem Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP steht deutlich: „Es gibt viele Kommunen mit hohen Altschulden, die sich nicht mehr aus eigener Kraft aus dieser Situation befreien können. Wir wollen daher diese Kommunen von Altschulden entlasten.“ Die neue schwarz/grüne Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag darauf Bezug genommen und die Bundesregierung aufgefordert, dass die Altschuldenregelung „unmittelbar erfolgen“ müsse.

„Deshalb muss die Landesregierung jetzt liefern, eine Lösung auf Landesebene vorlegen und weiter Druck auf den Bund aufbauen, sich an dieser Lösung zu beteiligen“, so Theresa Herzog abschließend. „Das gegenseitige Schwarze-Peter-Spiel muss aufhören. Neben den hohen Kosten für den Strukturwandel und die Abmilderung der sozialen Folgen ist ja schließlich auch die jahrzehntelange Aufgabenübertragung von Bund und Land ohne entsprechende Gegenfinanzierung ein Grund mit für die hohe Verschuldung.“ s. auch PB 3/2020

In den *Politischen Berichten* Nr. 3, Juni 2022, S. 25, dokumentierten wir die „Stellungnahme der Landesvorsitzenden der vier regierungsbeteiligten Landesverbände der Linken zur Lage in der Partei“. Sie zeigte unter dem Titel „Lasst uns einfach gute Politik machen“ viele Beispiele, was linke Politik auf Landesebene bewirken kann. Nun liegt ein weiteres Positionspapier vor, das linke Politik als Reihe von Regierungsaufgaben ausformuliert und damit gleichzeitig viele Anregungen für erfolgreiche kritisch-konstruktive Oppositionspolitik bietet. Wir dokumentieren. (Hervorhebungen und Bebilderung PB)

DOK Mit Vernunft die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und das Land gerecht gestalten!

Unterzeichnende: **Bodo Ramelow**, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, **Kristina Vogt**, Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa der Freien Hansestadt Bremen, **Simone Oldenburg**, stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, **Dr. Klaus Lederer**, Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin

Die Krisen der vergangenen Jahrzehnte konnte Deutschland robuster als andere Länder bewältigen. Gründe dafür sind stabile demokratische Institutionen, bestehende Sozialpartnerschaften aus langfristig denkenden Unternehmen und handlungsfähigen Gewerkschaften, ein engmaschiges Sozialversicherungsnetz sowie die finanziellen Möglichkeiten, durch Krisen- und Konjunkturpakete gegenzusteuern.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins auf die Ukraine, den wir auf das Schärfste verurteilen, und die daraus resultierende Energiekrise haben nach dem Brexit, dem amerikanisch-chinesischen Handelskonflikt und der CoVID-

liche Herausforderung. Wir brauchen eine soziale Energiewende. Von der Energiewende darf niemand ausgeschlossen werden. Aus diesem Grunde haben wir Vertreter:innen der Partei Die Linke in den Landesregierungen von Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen im April dieses Jahres bereits den Vorschlag für ein „Sondervermögen für Energiesicherheit, Energiesouveränität und ökologische Transformation“ unterbreitet. Die Aktualität dieser Forderung ist ungebrochen, die Umsetzung eines solchen Sondervermögens weiterhin so realistisch wie notwendig.

Es geht erneut um Resilienz, also die

„Es geht erneut um Resilienz, also die Herausbildung und Stärkung derjenigen Kapazitäten, die nötig sind, um unsere Gesellschaft in die Lage zu versetzen, die gegenwärtigen Schocks und Belastungen als demokratischer und sozialer Rechtsstaat zu bewältigen.“

19-Pandemie die Schwächen globalisierter Ökonomien, auch des deutschen Wirtschaftsmodells, offengelegt.

Angesichts dessen und aufgrund der Kopplung von steigenden Energiepreisen, spürbarer Inflation und der sich daraus in den mittleren und unteren Einkommensgruppen zuspitzenden sozialen Lage und Rezessionsbefürchtungen greifen Ratlosigkeit und Angst um die Zukunft immer weiter um sich.

Dem muss die Politik wirksam und zügig begegnen. Mut und Vernunft sowie ein klarer Kompass, der die Richtung zu sozialer Gerechtigkeit weist, sind Schlüssel zum Handeln. Es gibt Lösungsvorschläge, die umzusetzen sind, um Panik und Katastrophenszenarien zu beenden.

Während Populist:innen im Schulterschluss mit Rechtsextremen und Verschwörungsideologen einen „Winter der Angst“ herbeisehnen, antworten wir mit Solidarität und Miteinander. Unser Ziel ist verantwortungsvolles Regierungshandeln. Die Bekämpfung der Energiearmut wird eine neue gesellschaft-

Herausbildung und Stärkung derjenigen Kapazitäten, die nötig sind, um unsere Gesellschaft in die Lage zu versetzen, die gegenwärtigen Schocks und Belastungen als demokratischer und sozialer Rechtsstaat zu bewältigen. Abermals zeigt sich die Bedeutung der langfristigen Ausstattung und Erhaltung öffentlicher Infrastrukturen der Teilhabe, die allen zugänglich sind, keinen unmittelbaren Gewinn abwerfen, von denen aber in normalen und in Krisenzeiten erwartet wird, dass sie verlässlich funktionieren und in der Stadt und auf dem Land gleichwertige Lebensverhältnisse garantieren. Diese Form der Daseinsvorsorge wurde zu lange vernachlässigt und erst im Ergebnis der jüngeren Krisen wieder begonnen zu reaktivieren.

Und es geht darum, weltweite Sicherheit zu garantieren. Die multipolare Weltordnung, in der wir uns befinden, benötigt stärker denn je Offensiven für Abrüstungs- und Gewaltverzichtverträge, mehr Diplomatie und Verlässlichkeit. Die unverhohlene Drohung Putins mit

dem atomaren Erstschatz macht deutlich, wie notwendig das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist. Anfang 2021 trat der von der UN-Vollversammlung beschlossene Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Deutschland sollte diesen Vertrag endlich unterzeichnen.

Die Ampelregierung hat mit den bisherigen zwei Entlastungspaketen und dem Entwurf des dritten Entlastungspakets den Willen zur Krisenbewältigung demonstriert. Die tatsächliche Fähigkeit, die Krise zu bewältigen, setzt aber grundsätzliche Entscheidungen über den Kurs voraus. Die Widersprüche zwischen SPD und Grünen einerseits und der FDP andererseits verhindern einen solchen klaren Kurs. Der Umgang mit der Schuldenbremse ist dafür ein deutlicher Beleg. Die Kritik am starren

Festhalten an der Schuldenbremse ist Ausdruck ökonomischer Vernunft. Denn so wie der Bund während der Coronapandemie durch das Öffnen der fiskalischen Schleusen den Kapitalstock und das Beschäftigungskapital der Wirtschaft schützte, um vermeidbare Verluste bei den Produktionskapazitäten zu verhindern, müssen der Bund und abgestuft nach ihrer Finanzkraft auch die Länder auch jetzt handeln, weil die sonst im Nachgang erforderliche fiskalische Konsolidierung viel massivere Einschnitte erfordern würde. Kurzum: Die Schuldenbremse muss ausgesetzt werden.

Wenn wir in der Welt der Gegenwart mit ihren multiplen Krisen von Mut und Vernunft als einem Schlüssel zu verantwortungsvollem und solidarischem Han-

deln sprechen, heißt das aber auch und vor allem, endlich die Notwendigkeit zu erkennen, eine stabile Preispolitik am Energiemarkt mit der für unsere Erde überlebenswichtigen Dekarbonisierung von Wirtschaft, Industrie und Energiesektor zu koppeln. Nur so kann es uns gelingen, ganzheitliche Ansätze zu entwickeln, bei denen Energieversorgungssicherheit für alle Menschen und Klimaschutz keine einander ausschließenden Gegensätze mehr sein müssen.

Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es eines ganzen Maßnahmenbündels und insbesondere der Bereitschaft, die ausgetretenen Pfade zu verlassen, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erst zur kritischen Lage der Gegenwart geführt haben:

1. Sowohl der Energiemarkt als auch die gesamte Energieinfrastruktur und -produktion entlang einer Trias aus Dezentralität, Regenerativität und Regionalität müssen neu geordnet und in Bürgerhand überführt werden. Gerade Energie, die in den Kommunen innovativ, nachhaltig und gemeinschaftlich produziert wird, kann Preisexplosionen verhindern und Energie wirklich für jede:n Bürger:in bezahlbar machen. Erweitert um lokale Energiezentren, die aufeinander abgestimmt die gesamte Bandbreite regenerativer Energieerzeugung – von Biomasse über Photovoltaik, Solar- und Geothermie, bis hin zu Windkraftanlagen – nutzen, werden wir in die Lage versetzt, die gegenwärtigen Mangellagen und Abhängigkeiten in ein neues ökosoziales Energiesubsidaritätsprinzip zu transformieren. Für die Dekarbonisierung und schonende bzw. sinkende Inanspruchnahme fossiler Energieträger braucht es eine umfassende Wärmewende und Transformation der Produktion und Prozesswärme von Unternehmen. Überdies sind bezahlbare und vor allem flächendeckende Nahverkehrsangebote auch und gerade im ländlichen Raum nötig.

Nur mit einer umfassenden Mobilitätsgarantie, die für alle Menschen – egal, ob in Stadt oder Land – gleichermaßen gilt, können wir alle mitnehmen, die heute noch auf PKW angewiesen sind und damit die horrenden Spritpreise zu tragen haben.

2. Parallel zum Ausbau erneuerbarer Energien muss auch der Netzausbau erfolgen. Die Netzausbaukosten müssen endlich auch bei den Verteilnetzen fair verteilt werden. Aufgrund der hohen Netzentgelte zahlen diejenigen die höchsten Strompreise, die Wind- und Solarparks direkt vor der Haustür haben. Wir wollen Kommunen im Umfeld von Windparks so beteiligen, dass spürbar für die Gemein-

schaft Vorteile erwachsen. Es soll deutlich werden, dass erneuerbare Energien einen Mehrwert über den Klimaschutz hinaus darstellen. Dass Geld daraus entstehen kann für die neue Kita oder die Schulsanierung, Sozialgerechte Kostenverteilung und Nachteilsausgleich sind fundamental für die Akzeptanz solcher Anlagen.

3. Zur Umsetzung dieser Konzepte sind flankierende Maßnahmen vonseiten des Bundesgesetzgebers nötig. Die regenerativen Energien müssen als Regelenergie ausgewiesen und ihr Ausbau massiv gefördert werden. Zu dieser Förderung gehört auch der zügige Abbau von Finanzierungshemmnissen in den Förderprogrammen für Photovoltaik und Biogas, die bislang bei weitem nicht ihr mögliches Potenzial ausschöpfen können. Zugleich müssen die Bedingungen für „Power to Heat“-Lösungen zur Vermeidung der Abregelung von erneuerbaren Energien verbessert werden. Es macht keinen Sinn, Energie aus anderen Ländern teuer und zum Teil umweltschädlich zu importieren, aber die heimischen Potenziale nicht ausreichend auszuschöpfen.

4. Wir kommen nicht umhin, in Zeiten der Energieversorgungsunsicherheit massiv in den Energiemarkt einzugreifen. Der Politik kommt hier die Aufgabe zu, die Marktförmigkeit und Profitorientierung der Energiekonzerne zugunsten einer solidarischen Verteilung der Lasten zu durchbrechen bzw. einzuhegen. Mit Blick auf die hohen Spritpreise muss endgültig verhindert werden, dass Spekulanten eine Gewinnmarge nach der anderen durchbrechen, während die Bürger:innen mit einer Tankfüllung kaum mehr über die Woche kommen. Gleiches gilt für die Extraprofite der Energieproduzenten. Deutschland muss deshalb – wie andere Länder in Europa – die weder auf eigener Leistung noch auf Innovation beruhenden Extraprofite durch eine Übergewinnsteu-

er endlich abschöpfen und die Einnahmen zur Finanzierung der Maßnahmen zur Abfederung der Energiekrise einsetzen.

5. Nötig sind konkrete strukturelle Entlastungsmaßnahmen, die den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Der Blick muss dabei auf diejenigen Haushalte mit einem geringen Einkommen gerichtet werden. Aufgabe der Politik ist es nicht, Einspartipps oder Hinweise zum Gebrauch eines Waschlappens statt der Dusche zu geben, sondern denjenigen die Angst zu nehmen, die fürchten, ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen zu können. Allein im Jahr 2020 wurde 4,2 Mio. Haushalten in Deutschland aufgrund von Zahlungsunfähigkeit mit Stromsperren und knapp einer weiteren Million Haushalten mit einer Gassperre gedroht. Mehr als eine Viertelmillion erhielten entsprechende Sperren. Erforderlich ist deshalb sowohl ein Energiepreisdeckel bei Gas-, Wärme- und Stromversorgung als auch ein Verbot von Strom- und Gassperren durch entsprechende Regelungen in der Stromgrundversorgungsverordnung bzw. der Gasgrundversorgungsverordnung sowie im Energiewirtschaftsgesetz. Zudem braucht es ein Moratorium für Wohnungskündigungen.

6. Um dauerhaft – auch jenseits krisenformiger Entwicklungen – Strom und Gas bezahlbar zu halten, müssen dringend endlich bei der Berechnung der Preise am Tagesmarkt die Herstellungskosten zum Maßstab genommen werden, nicht mehr die teuersten Energieträger als Preistreiber fungieren.

7. Die derzeitige Entwicklung zeigt auch die negativen Folgen der Privatisierung von ursprünglich kommunalen Energieunternehmen. Bereits nach der Finanzkrise ab 2008 entstand aus den Haarrissen im Neoliberalismus eine Tendenz zur Rekommunalisierung von Unternehmen der Daseinsvorsorge. Es ist höchste Zeit: ►

Die Gasumlage muss weg. Das Beispiel Uniper verdeutlicht, wir müssen weg von ideologisch geprägten Denkverboten, hin zu einer realistischen Bewertung, wann eine staatliche Beteiligung bzw. Eigentümerschaft richtig ist. Strom, Gas und Wasser gehören grundsätzlich in öffentliche Hand – Energiepolitik ist, wie

Berlin:

In der vergangenen Woche hat die rot-grün-rote Koalition ein Entlastungspaket in Höhe von 800 Mio. bis 1,5 Mrd. Euro geschnürt. Die genaue Ausgestaltung und Höhe befindet sich in Abhängigkeit der Konkretisierung des Entlastungspakets III und wird sich in naher Zukunft zeigen.

Ziel ist es, ergänzend zu den Maßnahmen des Bundes, sowohl passgenaue Entlastungen für die Berliner:innen zu schaffen, aber natürlich auch die öffentliche und soziale Infrastruktur zu schützen.

Dazu wird ein Härtefallfonds zur Verhinderung von Energie- und Gassperren eingerichtet.

Darüber hinaus hat die Berliner Koalition ein Kündigungsmoratorium aufgrund von Energiekostensteigerungen bei den landeseigenen Wohnungsbauunternehmen beschlossen. Niemand soll aufgrund von finanziellen Problemen oder Zahlungsschwierigkeiten wegen zu hoher Energie- oder Betriebskosten seine Wohnung verlieren.

Gleichzeitig wird das Beratungsangebot gemeinsam mit den Trägern der Verbraucher-, Energie- und Schuldenberatungen massiv ausgebaut.

Solange auf Bundesebene noch nicht abschließend über energiepreisdämpfende Maßnahmen entschieden ist, wird die Möglichkeit eines Energiekostenzuschusses oder eines Stromrabatts für einen Berechtigtenkreis, der sich an den Einkommensgrenzen des Berliner Wohnberechtigungscheins 180 orientiert, geprüft.

Bremen:

Die rot-grün-rote Koalition in Bremen hat bereits am 10. Juni eine Initiative für eine Übergewinnsteuer im Bundesrat eingebracht und damit bundesweiten Debatte beigetragen, die schließlich zur versprochenen Begrenzung von „Zufallsgewinnen“ im dritten Entlastungspaket der Bundesregierung geführt hat. Der Bremer Landtag hat mit den Stimmen der Koalition die Einführung eines bundesweiten Gaspreisdeckels für private Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen gefordert. Der Landtag hat den Senat ebenfalls aufgefordert, das Personal in der Wohngeldstelle zu erhöhen, den Härtefallfonds gegen Strom- und Energiesperren auszubauen, Balkon-Solaranlagen zu bezuschussen sowie ein Förderprogramm zum Austausch von

wir auf eine harte Tour lernen, sowohl Daseinsvorsorge als auch Sicherheitspolitik, also öffentliche Aufgabe. Die Unterstellung von Wingas und VNG Gas unter öffentlichen Einfluss wäre auch der nötige Schritt, um erforderliche Umstiegsschritte hin zu regenerativen Energien, inklusive grünen Wasserstoff, wirksam zu gehen.



Außerdem wird nach weiteren Möglichkeiten gesucht, berlinpass-Inhaber:innen zu entlasten. Ganz konkret werden deshalb unmittelbar Leistungsanbieter in den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur und Bildung um Vergünstigungen für Transferleistungsempfangende gebeten.

Beschlossen ist zudem die Einführung eines 29-Euro-Tickets für die Monate Oktober, November & Dezember. Aber: Die Erwartungen an ein bundesweit vergünstigtes Anschlussangebot zur Entlastung der Bürger:innen sind hoch. Hier gilt es insbesondere eine soziale Staffelung der Tickets einzufordern und ganz besonders eine Reduzierung des Preises für Sozialtickets zu erreichen. Letzteres wird auf Landesebene auch in den anstehenden Tarifverhandlungen des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg eingebracht.

Mehrbelastungen, die den öffentlichen

Vor diesem Hintergrund setzen wir als Vertreter:innen der Partei Die Linke in den rot-rot-grünen, rot-roten und rot-grün-roten Landesregierungen in Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen u.a. folgende Maßnahmen zur sozial-gerechten Bewältigung der Energiekrise um:

Liegenschaften durch die gestiegenen Energiepreise entstehen, werden durch eine in den Kernhaushalt eingestellte Energiekostenrücklage finanziert. Damit wird ein großer Teil der öffentlichen Infrastruktur – von Bibliothek bis Universität – entlastet.

Darüber hinaus werden Zuwendungsempfangende (z.B. Unterkünfte wie Frauenhäuser) und soziale Dienstleister im Entgeltbereich (u.a. Schulen, Kitas, soziale Träger), die ein unabdingbar wichtiger Bestandteil der Berliner Sozialinfrastruktur sind, ebenfalls finanziell unterstützt. Gleiches gilt für Vereine, beispielsweise im Bereich Kultur und Sport.

Im Bereich Wirtschaft sind insbesondere auch kleine & mittlere Betriebe oder private Kulturbetriebe von den steigenden Energiekosten betroffen – hier wird das Land auf den Bundeshilfen aufsetzend, ein eigenes Darlehensprogramm in Form von Liquiditätshilfen auf den Weg bringen. Zudem wird es nachrangig zu den Bundeshilfen, eine Berliner Energiekostensoforthilfe für Unternehmen geben.

Nicht zuletzt bedarf es neben finanzieller Entlastungsmaßnahmen auch einer Unterstützung auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Mit dem „Netzwerk der Wärme“ werden in Berlin Orte der Begegnung und des sozialen Austausches, die bereits existieren, beispielsweise Bibliotheken, Jugend- oder Seniorenfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren usw. enger zusammengebracht und Angebote ausgebaut.



stromfressenden Kühlgeräten zu entwickeln.

Aktuell bringt Bremen eine Bundesratsinitiative ein, die die Bundesregierung auffordert, kleine und mittelständische

Unternehmen aus allen Branchen stärker zu entlasten und die Möglichkeiten des EU-Krisenrahmens für nationale Beihilfen endlich auszuschöpfen. Der Bremer Senat hat 10 Mio. Euro für erste Haushaltsauswirkungen der Energiepreiskrise zur Verfügung gestellt. Was ein größeres Entlastungspaket des Landes betrifft, befindet sich die Koalition noch in der Diskussion.

Die Koalition wird einen Klimafonds auflegen, um zentrale Projekte zur Klima- und Energiewende zu finanzieren. Dabei geht es u.a. um bereits beschlossene Projekte zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion, Wasserstoffproduktion und -infrastruktur sowie Entwicklung von wasserstoffbetriebenen Antrieben in der maritimen Wirtschaft bzw. klimaneutra-

lem Fliegen, um Bremen zum führenden Wasserstoffstandort in Nordwesteuropa zu machen. Gleichzeitig werden diese Maßnahmen durch Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen flankiert, um niemanden bei der Transformation

Mecklenburg-Vorpommern:

Die Landesregierung wird in der kommenden Ministerpräsidentenkonferenz den Vorschlag für einen Energiepreisdeckel einbringen. Ein Modell zur Begrenzung von Energiepreissteigerungen für Gas, Strom und Wärme soll zentraler Beitrag sein, um Planungssicherheit und Versorgungssicherheit von privaten Haushalten, sozialen, kommunalen und kulturellen Einrichtungen sowie Unternehmen zu schaffen.

Mecklenburg-Vorpommern leistet einen bedeutenden Beitrag zur Versorgungssicherheit in Deutschland. Es wird weit mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert, als im Bundesland selbst verbraucht wird. Wir werden den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. Es wird alles unternommen, um Alternativen zu russischen Energielieferungen zu schaffen. Dafür wird der Aus- und Umbau der Häfen in Rostock und Lubmin, die Ertüchtigung und Erweiterung von Pipelines und weiterer Infrastruktur zügig umgesetzt. Noch im Dezember soll über ein schwim-

auf der Strecke zu lassen.

Als Beitrag zur Energieeinsparung hat die Landesregierung die Beheizung und Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden abgesenkt bzw. reduziert. Geringverdienende werden darauf hingewiesen, dass



mendes LNG-Terminal des Unternehmens Deutsche ReGas von Lubmin aus Gas für die Versorgung Deutschlands fließen. Per Pipeline wird über den Hafen Rostock Öl für die Versorgung der PCK-Raffinerie Schwedt geliefert werden. Zunächst kann damit die Hälfte der nötigen Kapazität abgesichert werden. Mit der Ertüchtigung werden es 75 Prozent sein.

Mit 10 Mio. Euro werden Mieterin-

sie bei hohen Nachzahlungen Anspruch auf aufstockendes ALG II haben. Als erste Unterstützungsmaßnahme für den Bereich der Gastronomie wurde der Erlass der Gebühren für die Außengastronomie erneut verlängert.

nen und Mieter mit einem Zuschussprogramm zum Errichten von Balkonkraftwerken (Photovoltaikanlagen bis 600 W) unterstützt.

100 Mio. Euro werden für den Aufbau einer klimaneutralen Wasserstoffwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern bereitgestellt.

30 Mio. Euro stehen in einem Härtefallfonds bereit, um in Not geratenen Menschen und Unternehmen in besonderen Härtefällen zu helfen. Das 365-Euro-Ticket für Auszubildende wurde verstetigt, für Seniorinnen und Senioren wird es ab 2023 eingeführt. Nun wollen wir es auf alle Fahrgäste, die den Nahverkehr innerhalb des Landes nutzen, ausweiten. Ab 2024 wird ein landesweites Rufbus-system dafür sorgen, dass kein Dorf mehr abgehängt ist.

Wir werben für Mehrheiten für Bundesratsinitiativen zur fairen Kostenverteilung beim Ausbau der Verteilnetze, eines Schutzschirms für Stadtwerke und soziale Wohnungsunternehmen sowie der Stärkung des Mieterschutzes.

Thüringen:

Mitte Oktober wird der Landtag über die Neugestaltung des bisherigen Sondervermögens zur Überwindung der Corona-Krise zu einem Energie-Sondervermögen beraten, die sowohl von der rot-rot-grünen Koalition als auch der CDU beantragt wurden. Die genaue Ausgestaltung und Höhe befindet sich in Abhängigkeit der Konkretisierung des Entlastungspakets III.

Zur Absicherung der Finanzierungserfordernisse der gewerblichen Wirtschaft stehen die Bürgschaftsprogramme des Freistaats (insb. TAB-Bürgschaftsprogramm und Landesbürgschaftsprogramm) zur Verfügung. Die Bürgschaftsrichtlinien wurden zudem mit Wirkung ab 1.8.2022 um einen Abschnitt erweitert, der für Unternehmen, die von der Aggression Russlands gegen die Ukraine sowie daraus folgenden Wirtschafts-sanktionen betroffen sind, höhere Bürgschaftsquoten von bis zu 90 % vorsieht.

Der im TAB-Bürgschaftsprogramm und im Landesbürgschaftsprogramm enthaltene grundsätzliche Förderausschluss für kommunale Unternehmen wird vorübergehend für kommunale Energieversorger und Stadtwerke aus-



gesetzt. Damit können auch sie durch TAB- und Landesbürgschaften unterstützt werden.

Die energieintensive Glasindustrie mit immerhin rund 7000 Thüringer Beschäftigten wird bei der Umstellung von Gas auf Strom aus erneuerbaren Energien unterstützt und der Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur beschleunigt.

Die Energieberatung bei der Sanierung im Gebäudebereich wird intensiviert und gemeinsam mit der Verbraucherzentrale

das Energiespar-Check-Programm umgesetzt. In einem Runden Tisch wird derzeit die Umsetzung eines Strom- und Gassperren-Moratoriums erörtert.

Bereits im Dezember 2021 beantragte Thüringen im Bundesrat ein Maßnahmenpaket zur Energiepolitik, darin enthalten sind u.a. Haushaltsenergieaufschlag für Berechtigte in den Rechtskreisen des SGB II und SGB XII, Moratorium für Strom-/Gassperren.

<https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/mit-vernunft-die-vor-uns-liegenden-herausforderungen-bewaeltigen-und-das-land-gerecht-gestalten/>

Kliniken müssen dringend gegen steigende Energiekosten entlastet werden!

BREMEN. Die Inflation und die gestiegenen Kosten für Energie treffen auch die Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven. Trotzdem sind Krankenhäuser bisher nicht Teil der Entlastungspakete der Bundesregierung. Anlässlich der Station der Kampagne „Alarmstufe Rot“ der Deutschen Krankenhaus Gesellschaft in Bremen, fordern die Landessprecher*innen der Linken Christoph Spehr und Anna Fischer eine schnelle finanzielle Entlastung der Kliniken und eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung.

Anna Fischer: „Die Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven sind sowieso schon finanziell gebeutelt. Die Finanzierung des Krankenhausbetriebs ist durch das System der Fallpauschalen (DRGs) bestimmt und diese lassen keinen Spielraum für die Deckung von plötzlichen Kostensteigerungen zu. Während der Hochphasen der Corona-Pandemie wurde die Sperrung von Betten für Corona-Patient*innen vom Bund getragen, diese Ausgleichszahlungen sind allerdings bereits im April dieses Jahres ausgelaufen. Die Krankenhäuser sind mit einer Kostenexplosion für Energie und den allgemeinen Preissteigerungen durch die Inflation konfrontiert. Diese Kostensteigerungen können von den Kliniken auf keinen Fall getragen werden, gerade in einem derart energieintensiven Bereich, in dem Einsparungen Leben kosten können. Wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft und wie auch schon bei den Corona-Hilfen braucht es hier finanzielle Entlastung vom Bund, damit die Gesundheitsversorgung aufrechterhalten werden kann und Kostensparmaßnahmen der Kliniken abgewendet werden. Wir erwarten, dass der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach gemeinsam mit der Bundesregierung auf diese Notlage schnellstmöglich reagiert. Außerdem fordern wir die Fortsetzung der Corona-Hilfen, da die Krankenhäuser sich auf eine weitere Infektionswelle im Herbst einstellen müssen.“

Christoph Spehr: „Die Krise wird für die Krankenhäuser allmählich zum Normalfall. Das darf nicht als Anlass genutzt werden, einen unkontrollierten, chaotischen Abbau von Kapazitäten und Standorten zu erzwingen, der die Gesundheitsversorgung langfristig schädigt. Krankenhausplanung ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht dem Markt überlassen werden. Daher brauchen wir jetzt den weiteren Ausstieg aus

dem Fallpauschalen-System: Mit Vorhaltepauschalen, der Herauslösung von Pädiatrie, Geburtshilfe, Notfallmedizin und Palliativmedizin aus den DRGs, der Umsetzung der Pflegepersonalbemessung nach PPR 2.0. Für die Pflege müssen Bedingungen gesetzt werden, die sie wieder attraktiv machen: Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne, feste Arbeitszeiten und Augenhöhe mit dem ärztlichen Bereich. Dafür machen wir Druck im Bund.“
<https://www.dielinke-bremen.de>

Menstruation ist kein Luxus!

BAD OLDESLOE. Menstruation darf kein Luxus sein! Damit dieser Satz in Bad Oldesloe ein Stück weit mehr Realität wird, beantragt die Linksfraktion Bad Oldesloe, dass in den öffentlichen Toiletten und Gebäuden der Stadt Bad Oldesloe Spender für Menstruationsprodukte aufgestellt werden und so eine kostenlose Ausgabe von Binden und Tampons ermöglicht wird. Hierfür wird die Linksfraktion 6000 Euro für den Nachtragshaushalt 2023 beantragen. „Die Menstruation ist Alltag vieler Menschen. Da sich niemand freiwillig dafür entscheidet, können und dürfen Menstruations- und Hygieneprodukte kein Luxusgut sein. Dennoch werden sie als solches behandelt. Was daraus für einige – vor allem einkommensschwache – Personen resultiert, ist die sogenannte „Perioden-Armut“. Gerade in der Zeit der Corona- und Energiekrise ist der Zugang zu solchen Hygienebasisartikeln nicht für alle Menschen gewährleistet, die sie benötigen. Während die Bepreisung von Hygieneartikeln nicht in der Macht der Stadt liegt, kann sie sehr wohl garantieren, dass in Schulen und öffentlichen Einrichtungen kostenloser und freier Zugang zu Menstruationsprodukten gewährleistet ist.“
<http://www.die-linke-stormarn.de>

Klinikum Lippe: Keine Schließung am Standort LEMGO.

Zur beschlossenen Schließung von Unfallchirurgie und Orthopädie des Klinikums Lippe erklärt Nina Eumann, Landessprecherin von Die Linke NRW: „Die Linke NRW erklärt sich solidarisch mit dem Kampf des Aktionsbündnis Klinikum Lippe für den Erhalt der Unfallchirurgie und Orthopädie. Die Schließungen sind weder im Interesse der Beschäftigten noch der Patientinnen und Patienten. Denn es sind immer mehr Menschen in NRW auf eine wohnortnahe medizinische Versorgung angewiesen. Dass ausgerechnet in dieser Zeit Stationen oder gar ganze Kliniken geschlossen werden, ist unverantwort-

lich.“ Jules El-Khatib, Landessprecher von Die Linke NRW, ergänzt: „Die Krankenhausplanung der NRW-Landesregierung schiebt die Verantwortung in die einzelnen Regionen. Das Ergebnis ist unter anderem die geplante Schließung von der Unfallchirurgie und Orthopädie am Klinikum Lippe. Wir appellieren weiter an alle Kreistagsfraktionen im Kreis Lippe, zur kommenden Kreistagssitzung am 26. September das Anliegen des Aktionsbündnis Klinikum Lippe für einen Erhalt der Abteilungen zu unterstützen, sollten die Schließungspläne bis zu diesem Zeitpunkt nicht gestoppt werden.“
<https://www.dielinke-kvmettmann.de>

Klinikabbau verhindern – Krankenhausreform gestalten!

WESEL. Den Startschuss der Umsetzung des NRW-Krankenhausplans aus der Feder des Landesgesundheitsministers Laumann (CDU) kommentiert Christian Rösen, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Kreistag Wesel: „In unserer ländlich geprägten Region sehen wir unlängst dabei zu, wie die Gesundheitsversorgung schleichend zerfällt. Beinahe täglich schließt eine Hausarztpraxis oder Apotheke, während der Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal immer katastrophalere Ausmaße annimmt. Als wären diese Entwicklungen nicht genug, besteht jetzt die reelle Gefahr, dass auch noch ganze Krankenhäuser in den ökonomischen Bankrott getrieben werden. Die Pflegepersonalnot beweist, was es bedeutet, wenn sich die Politik den Interessen der Krankenkassen verschreibt. Die Pandemie müsste jedem politischen Pfennigfuchser klargemacht haben, wie sehr unser Gesundheitssystem auf Kante genäht ist. Es braucht eine nachhaltige Veränderung der Krankenhausplanung. Das steht außer Frage. Doch es ist inakzeptabel, wenn am Ende der zusätzliche Abbau von Kapazitäten steht.“

<https://www.dielinke-kreiswesel.de>

Lohnzulagen für die Pflege!

STUTTGART. Ab Juli 2022 werden am Klinikum Stuttgart Lohnzulagen für die Pflege ausgezahlt. Hartnäckigkeit, langer Atem und der Druck aus der Belegschaft, sowie der Einsatz der Linken im Gemeinderat haben sich gelohnt! Grüne und SPD konnten von der Notwendigkeit der Zulage überzeugt werden, die Stadtverwaltung und Klinikleitung kamen an der Forderung nicht mehr vorbei. Die Lohnzulage ist ein wichtiger Schritt, um die Arbeit der Menschen in der Pflege im städtischen Klinikum aufzuwerten. Mehr Gehalt ist der erste Schritt, um den Beruf attraktiver zu machen – um Personal zu gewinnen und Personal zu halten und um damit Unterbesetzung, Stress

und schlechten Arbeitsbedingungen am größten Krankenhaus der Region etwas entgegenzuwirken. Damit ist die Zulage auch ein Mehrwert für uns alle in Stuttgart. Beschäftigte in der unmittelbaren Betreuung und Pflege von Patient*innen der Entgeltgruppen P 6 bis P 9 erhalten brutto ca. 180 Euro bis 250 Euro pro Monat. Beschäftigte mit Leitungsfunktionen auf diesen Stationen mit P 10 bis P 15, erhalten ca. 90 bis 170 Euro monatlich mehr. Gefordert waren 500 Euro. Die Verdi-Betriebsgruppe schreibt in einem Infoblatt an die Belegschaft, die errungene Zulage sei ein „wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer besseren Bezahlung für Pflegekräfte“.

<https://www.stuttgart.die-linke-bw.de>

Stationäre Pflege ist Daseinsvorsorge und kein exklusives Luxusgut: MAGDEBURG. Am 23. August berichtete die „Magdeburger Volksstimme“ über explodierende Heimkosten und wachsende Belastungen für Bewohner:innen in den stationären Pflegeeinrichtungen. Dazu betont Nicole Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke:

„Seit Jahren ist der Trend erkennbar, dass die Anzahl an Bewohner:innen von stationären Pflegeeinrichtungen steigt. Die Bevölkerung altert, die Anzahl an Leistungsberechtigten von Pflegezuschüssen wächst. Gleichzeitig haben sich die finanziellen Belastungen für die Bewohner:innen in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt. Bund und Land entziehen sich aber wie so oft der Verantwortung! Wir fordern schnellere Prüfverfahren zur weiteren Absenkung der Eigenanteile in den stationären Pflegeeinrichtungen. Menschen müssen in

diesen Zeiten entlastet, statt belastet werden! Der demografische Wandel wird die Bedarfe weiter in die Höhe treiben. Daher müssen ebenso ambulante Pflege- und Betreuungsangebote schnellstmöglich weiterentwickelt werden. Unabhängig ob stationäre oder ambulante Versorgung – Daseinsvorsorge muss für die Menschen in unserem Land weiterhin bezahlbar bleiben und darf kein Privileg Wohlhabender sein!“

<https://www.dielinke-jerichowerland.de>

Warnstreik am Universitätsklinikum GIESSEN und MARBURG: Sichere Arbeit und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.

Anlässlich des zweitägigen Warnstreiks am Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) erklärt Elisabeth Kula, Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag: „Die von der einstigen CDU-Regierung unter Roland Koch betriebene Privatisierung des UKGM war ein schwerer Fehler. Mit den fatalen Konsequenzen der einst betriebenen absurden Privatisierungspolitik sind wir seit vielen Jahren konfrontiert. Es ist bedauerlich, dass nun die Beschäftigten durch die Privatisierung und den mangelnden Willen von Schwarzgrün, diesen Fehler zu korrigieren, zum Spielball von Rhön und Asklepios gemacht werden. Umso wichtiger ist es, dass die Kolleginnen und Kollegen zusammenstehen, um ihre berechtigten Forderungen geschlossen nach außen zu vertreten. Nur so können auch Forschung und Lehre angemessen stattfinden.“ Die Linke stehe solidarisch an der Seite der für gute Arbeitsbedingungen streikenden Kolleginnen und Kollegen, so Kula.

<https://www.die-linke-marburg.de>

Vollzugsfähige Regelungen müssen bundeseinheitlich gestaltet werden.

EIN DSTGB-STATEMENT. Die Corona-Pandemie ist leider noch nicht vorbei. Wir müssen damit rechnen, dass es im Herbst und Winter zu einer neuen Welle kommt. Es wird kein Weg daran vorbeigehen, dass zusätzliche Regelungen und Einschränkungen notwendig sind. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass insbesondere die Maskenpflicht ein wirksames Mittel darstellt, um die Pandemie einzudämmen und eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Deshalb sind klare, einheitliche Regelungen erforderlich wann, wo, wie und unter welchen Voraussetzungen die Maskenpflicht gilt. Sie sollte selbstverständlich in Bussen, Bahnen, Krankenhäusern und Pflegeheimen gelten. Ausnahme für einzelne Personengruppen, die etwa in den letzten drei Monaten geimpft wurden, sind wenig praktikabel und insbesondere bei größeren Menschenansammlungen nicht wirksam kontrollierbar. Im Übrigen ist bekannt, dass auch frisch geimpfte Personen sich erneut infizieren können und damit auch eine Ansteckungsgefahr darstellen. Weitere zusätzliche Maßnahmen, wie etwa die Einschränkungen oder Beschränkungen bei Großveranstaltungen, sollten die Länder einvernehmlich festlegen und dazu klare Kriterien entwickeln, wie etwa Belastung des Gesundheitssystems und Inzidenzwerte. Last not least brauchen wir eine klare Positionierung der Stiko, für welche Personengruppen die vierte Impfung – mit dem angepassten Impfstoff – dringend empfohlen wird. Durch das bereits beschlossene Abwassermonitoring können etwaige Wellen genauer vorausgesagt werden, bevor sie in einer bestimmten Region sicht- und spürbar werden. Auf dieser Basis können dann zusätzliche Einschränkungen auf den Weg gebracht werden. Wir brauchen im Herbst und Winter auch wieder ein System von kostenlosen Schnelltests. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die von Bund und Ländern getragen werden muss. Auch das Pandemiemanagement in den Schulen sollte aufgrund einer gemeinsamen Strategie der Länder aufgestellt werden. Es erscheint wenig überzeugend, etwa eine Maskenpflicht im Unterricht erst ab der sechsten Klasse beginnen zu lassen. Die Schulen sind Begegnungszentren für Schülerinnen und Schüler aller Altersklassen. Die Politik sollte sich darüber im Klaren sein, je kleinteiliger ein Flickenteppich unterschiedlichster Regelungen etabliert wird, umso geringer ist die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung.“

<https://www.dstgb.de>

Städtetag fordert Vollversicherung für Pflegebedürftige:

BERLIN. Die Kosten in der Heimpflege steigen. Zum 1. September werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vielen Pflegeheimen erstmals nach Tarif bezahlt. Der Deutsche Städtetag unterstützt eine angemessene Bezahlung für Pflegekräfte. Gleichzeitig sei eine Pflege-reform aber überfällig, damit durch steigenden Kosten nicht noch mehr Pflegebedürftige in die Sozialhilfe rutschen. In einem Beitrag des Deutschlandfunks zum Thema sagte Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy: „Die Debatte über die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung läuft schon sehr lange und es heißt immer wieder: Wir stellen etwas vor, aber

Deutscher Städtetag



das dauert noch.“ Dedy betonte, die Kommunen könnten „nicht ins Unendliche gehen“ bei der Hilfe zur Pflege. Derzeit sind bereits 30 bis 40 Prozent der Pflegebedürftigen auf kommunale Unterstützung angewiesen. Der Deutsche Städtetag rechnet damit, dass schon bald rund die Hälfte der Pflegeheimbewohner diese Sozialleistung in Anspruch nehmen müssen, weil sie ihre Pflege nicht mehr selbst bezahlen können. Dedy forderte: „Wir brauchen eine Regelung, die eine angemessene Versicherung darstellt für Menschen, die im Alter pflegebedürftig werden, und deshalb brauchen wir die Vollversicherung – und zwar gerne bald.“

<https://www.staedtetag.de/presse/pressemitteilungen/2022/pflegeversicherung-staedtetag-fordert-vollversicherung-fuer-pflegebeduerftige>, siehe auch <https://www.staedtetag.de/themen/pflege-und-gesundheit>

Tarifbilanz 2022 – Reallohnsenkungen europaweit – Erwartungen an die IG Metall

BRUNO ROCKER, BERLIN

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der Europäischen Union einbrechen lassen. Die in die Höhe schießenden Energiepreise und die dadurch angetriebene Inflation hat die Kaufkraft der Löhne spürbar vermindert. Arbeitnehmer in den unteren Lohngruppen sind durch die Wirkung steigender Lebensmittelpreise und die sukzessive weiter gereichten gestiegenen Energiepreise besonders betroffen. Der Krieg wirkt auf die Ergebnisse von Tarifpolitik.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) hat in seiner Zwischenbilanz für die Bundesrepublik ermittelt, dass nach den bislang vorliegenden Abschlüssen die Tariflöhne in 2022 im Durchschnitt nominal zwar um 2,9 Prozent gestiegen, tatsächlich nach Abzug der Inflationsrate jedoch real um 3,6 Prozent sinken. Das ist die Bilanz für das erste Halbjahr. „Nachdem die Tariflöhne in den 2010er Jahren deutlich zugenommen haben, drohen 2022 für viele Beschäftigte im zweiten Jahr in Folge Reallohnverluste“, kommentierte der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Prof. Dr. Thorsten Schulten die Entwicklung im ersten Halbjahr. Inzwischen steigt die Inflation weiter. So stieg die Geldent-



Tarifauftakt am 10. September in Leipzig mit dem IG Metall-Vorsitzenden Jörg Hofmann und der IG Metall-Bezirksleiterin Berlin-Brandenburg-Sachsen, Irene Schulz.

wertung im August 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,9 Prozent, in der EU insgesamt um 9,1 und in den USA um 8,3 Prozent. Die Leitzinserhöhungen der Notenbanken haben bislang den Anstieg der Inflation kaum bremsen können. Die Herausforderungen für Tarifpolitik wachsen weiter.

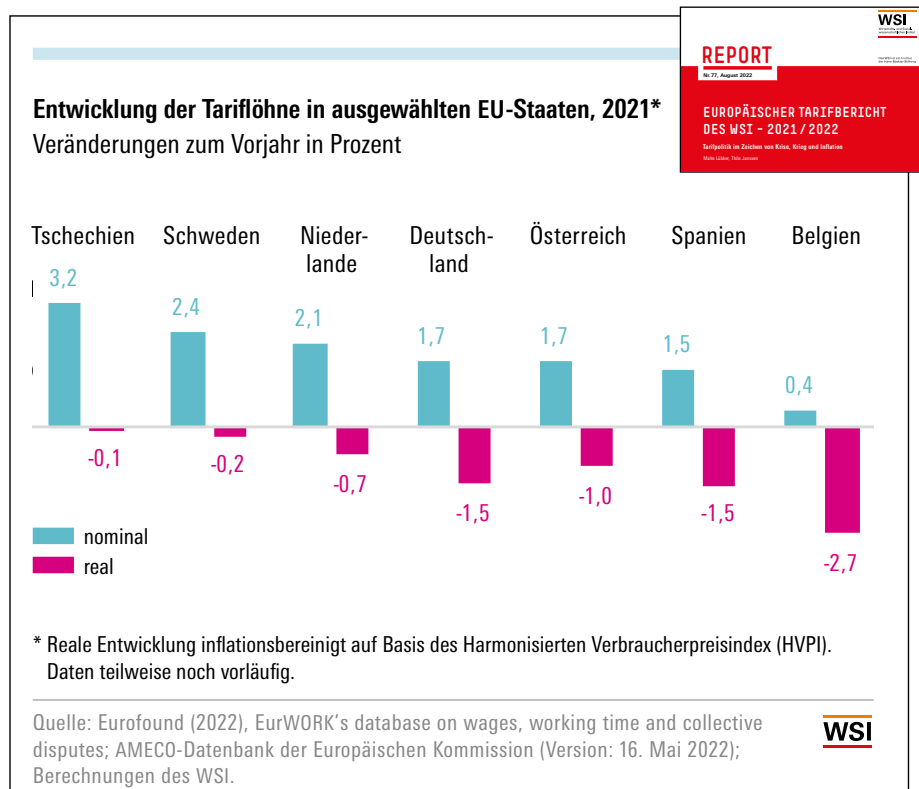
Der im August veröffentlichte „Europäische Tarifbericht des WSI – 2021/2022“ gibt u. a. Aufschluss über die insbesondere im Zusammenhang mit dem jeweiligen Ausmaß von Tarifbindung sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Tarifpolitik in einzelnen EU-Ländern.

Die in dem Bericht enthaltene Entwicklung der Tariflöhne in der EU zeigt, wie bereits seit 2021 auch in den anderen EU-Staaten Reallohnverluste hingenommen werden mussten.

Für die Bundesrepublik verzeichnet die Halbjahresbilanz des WSI immerhin für die vergangenen Monate einige erfreuliche Ausnahmen vom Gesamttrend. So konnten in einigen klassischen Niedriglohnbereichen (Hotel- und Gaststätten, Gebäudereinigung, Leiharbeit) Tarifabschlüsse in zweistelliger Höhe vereinbart und damit Reallohnzuwächse gesichert werden. Diese Branchen reagieren also auf den zunehmenden Arbeitskräftemangel und nutzten auch die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro, um die oberhalb dessen liegenden Entgeltgruppen neu aufzubauen.

Im zweiten Halbjahr 2022 kommen nun die noch ausstehenden Tarifbewegungen hinzu. Das gilt für die Chemische Industrie und für die Metall- und Elektroindustrie. Die Tarifparteien stehen unter sehr großem Druck. Wie sind die Erwartungen?

Der Ukraine-Krieg dauert an, die weitere Entwicklung bleibt ungewiss. Die wirtschaftlichen Folgen sind nicht kalkulierbar, zumal die Folgen vorheriger Krisen nicht überwunden sind. Die Arbeitgeberverbände erwarten Zugeständnisse. Von der IG Metall wird eine Nullrunde erwartet. Zum Tarifauftakt am 10. September in Leipzig hat der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann die Erwartungen der Arbeitgeber nach einer Nullrunde zurückgewiesen. Er erinnerte in seiner Ansprache auf der Kundgebung der IG Metall an die notwendige tabellenwirksame Erhöhung, die die vergan-



genen zwei Tarifrunden ausgeblieben war: „Die vergangenen Tarifabschlüsse waren ein Zeichen von Verantwortung und Solidarität von uns und den Beschäftigten“, betonte er. Nach vier Jahren ohne Tabellenerhöhung sei nicht die Zeit für Zurückhaltung. „Unsere Tarifpolitik ist immer auch Verteilungspolitik“, sagte die Bezirksleiterin von Berlin-Brandenburg-Sachsen, Irene Schulz, mit Blick auf die steigenden Energiekosten für Verbraucher. Die aktuelle Energiekrise werde regelrecht für eine Verteilung von unten nach oben genutzt. „Wir setzen dagegen“, bekräftigte die Bezirksleiterin.

Dennoch bleibt die Erkenntnis, dass Tarifpolitik allein die durch Ukraine-Krieg und Inflation ausgelöste Notstandssituation nicht aufzulösen vermag. Die Bundesregierung ist in der Bringpflicht. Bis Oktober soll eine vom Bundeskanzler eingesetzte Expertenkommission darle-

gen, wie eine Begrenzung der Wärme- und Gaskosten umgesetzt wird. Darauf warten alle. Auch eine wirksame Deckelung der Strompreise noch in diesem Jahr wäre überaus wichtig. Für die IG Metall ist der Vorschlag der Bundesregierung für steuer- und abgabenfreie Einmalzahlungen der Arbeitgeber bis zu 3000 Euro kein Grund, von der Forderung nach tabellenwirksamer Erhöhung des Entgelts abzuweichen. Dennoch ist der Vorschlag für außerhalb der Tariffbewegung nicht uninteressant. Die IG Metall hält an ihrer Forderung nach 8 Prozent in dieser Tariffbewegung fest und erklärt: Betriebe können steigende Kosten weiterreichen, Beschäftigte nicht. Dementsprechend lautet das Motto dieser Tarifrunde „Solidarität gewinnt!“

Quellen: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2021 /2022, Malte Lübker, Thilo Janssen, Zwischenbilanz des WSI-Tarifarchivs 2022

thj. Am 1. Oktober 2022 ist in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro die Stunde erhöht worden. Knapp 7 Millionen Beschäftigte profitieren davon, mehrheitlich Frauen. Die Gewerkschaft Verdi hat die aktuellsten Fakten auf Grundlage einer WSI-Studie zusammengetragen, aus der wir dokumentieren. Die vollständigen Informationen finden sich unter: <https://www.verdi.de/themen/arbeit/++co++d4ff4502-5cd5-11ec-9ee8-001a4a16012a>

DOK Wie hoch ist der Mindestlohn 2022?

www.verdi.de Rund 6,64 Millionen Beschäftigte in Deutschland profitieren ab dem 1. Oktober 2022 von der Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro brutto pro Stunde, weil sie aktuell weniger verdienen. Das sind 17,8 Prozent, also fast ein Fünftel aller Beschäftigten, die somit Stand Oktober 2022 einen gesetzlichen Anspruch auf den Mindestlohn haben. Ausgenommen sind Auszubildende und Schüler*innen, die neben der Schule einen Minijob machen. Während die Quote in Ostdeutschland bei fast 30 Prozent liegt, profitieren in Westdeutschland, inklusive Berlin, gut 16 Prozent der Beschäftigten. So das Ergebnis einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Die Studie blickt dabei auch auf die einzelnen Landkreise in Deutschland. Demnach haben in den Kreisen Sonneberg in Thüringen 44 Prozent aller Beschäftigten einen Anspruch auf 12 Euro Mindestlohn, in Teltow-Fläming (Brandenburg) sind es 43,1 Prozent, Saale-Orla (Thüringen) 40 Prozent und im Kreis Vorpommern-Rügen 39 Prozent. Am niedrigsten ist der Anteil der Beschäftigten, die noch unter 12 Euro die Stunde verdient haben, in Wolfsburg (7,9 Prozent), Erlangen (8,1 Prozent), dem Landkreis München (9,7 Prozent) und in Stuttgart (10,3 Prozent). Schaut man auf die Bundesländer, ist in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil der Beschäftigten, die jetzt 12 Euro Mindestlohn erhalten, mit 31,2 Prozent am höchsten, gefolgt von Thüringen (30,8 Prozent).

In absoluten Zahlen leben allerdings die meisten Beschäftigten, die Anspruch auf die Mindestlohnerhöhung haben in den bevölkerungsreichsten Bundesländern Nordrhein-Westfalen (rund 1,3 Millionen Beschäftigte; Quote 16,8 Prozent) und Bayern (gut 930 000, Quote 14,7 Prozent). Unter den deutschen Millionenstädten weist Berlin mit 17,8 Prozent und knapp 305 000 Personen die höchste Quote und absolute Zahl der Betroffenen auf. Es folgen Hamburg (14,7 Prozent; gut 160 000), Köln (14,5 Prozent; gut 94 000 Personen) und München (11,1 Prozent; gut 107 000).

Die regionale Verteilung steht im Einklang mit dem Ergebnis einer WSI-Studie von 2021, die zeigte, dass die Anhebung des Mindestlohns vor allem die Entlohnung von Beschäftigten ohne Tarifvertrag verbessert. Unter den 6,64 Millionen Menschen mit Stundenlöhnen unter 12 Euro sind knapp 2,55 Millionen Vollzeitbeschäftigte, 1,81 Millionen Teilzeitbeschäftigte und knapp 2,29 Millionen Personen, die als einzige Beschäftigung einen Minijob haben.

Die Studie zeigt auch, dass sich die Betroffenheit von niedrigen Löhnen erheblich nach Typ der Beschäftigung und Arbeitszeit unterscheidet: Mit Abstand am größten ist der Anteil unter Minijobbern ohne weiteres Arbeitsverhältnis: Knapp 80 Prozent von ihnen verdienten bisher weniger als 12 Euro die Stunde. Unter Teilzeitbeschäftigten waren es 20,1 Prozent und bei Vollzeitbeschäftigten 9,9 Prozent.

Ende der Vertrauensarbeitszeit?

BRUNO ROCKER, BERLIN

In einer Grundsatzentscheidung im September dieses Jahres hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) erklärt, dass für alle Arbeitgeber eine Pflicht zur systematischen Erfassung von Arbeitszeiten besteht. In der Verkündung in Erfurt verweist das BAG dabei auf die Auslegung des Arbeitsschutzgesetzes nach dem sogenannten „Stechuhr-Urteil“ des europäischen Gerichtshofes von 2019. Das damalige Urteil verpflichtete die EU-Mitgliedsstaaten zu Zeiterfassungssystemen, weil die Einhaltung von täglichen und wöchentlich einzuhaltenden Höchstarbeitszeiten sowie vorgeschriebene Ruhepausen Grundrechte der Arbeitnehmer darstellen und also nun mal kontrollierbar sein müssen. Bis heute ist dieses EuGH-Urteil in der Bundesrepublik nicht umgesetzt worden. Jetzt wird es ernst. Bislang haben Arbeitgeber lediglich Überstunden und Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen entsprechend dem Arbeitszeitgesetz schriftlich erfassen müssen. Dokumentationspflichten darüber hinaus bestehen bis jetzt nur bei Berufskraftfahrern und Beziehern des Mindestlohns.

Nunmehr jedoch gerät auch die sogenannte „Vertrauensarbeitszeit“ in den Focus. In etlichen Unternehmen, insbesondere im Bereich von Forschung und Entwicklungsabteilungen, ist seitens der Arbeitgeber den Arbeitnehmern oftmals das „vergiftete Angebot“ gemacht worden, doch auf die Erfassung von Arbeitszeiten verzichten zu wollen. Man habe doch ein absolutes Grundvertrauen in seine Arbeitnehmer, dass sie selbstbestimmt die Vertragsarbeitszeit einhalten werden. Viele Betroffene haben nicht widersprechen wollen, um nicht als „Erbsechszähler“ oder „Bürokraten“ zu gelten. Vergiftet war dieses Angebot deshalb, weil die Arbeitnehmer in diesen Bereichen häufig Mehrarbeit leisten, und zwar ohne Bezahlung. Das wurde einfach erwartet. Profitiert von der Nichterfassung der Arbeitszeiten haben also die Arbeitgeber. Einige haben so lang profitiert, bis ihnen die ersten Ingenieure durch „Burnout“ ausfielen.

Das Urteil des BAG schafft neue Verhältnisse, verbessert die Position von Arbeitnehmern und Betriebsräten und ermöglicht zivilisierte Arbeitsbeziehungen auch in angespannten Arbeitssituationen. Es kommt jedoch auf allseits akzeptable betriebliche Regularien an. Die SPD hat den Entwurf eines neuen Arbeitszeitgesetzes angekündigt.

Kleine Anfrage der Fraktion die Linke im Bundestag nach finanziellen Verbindungen zwischen deutschen Rechtsextremisten und Russland.

Vorbemerkung der Antragstellenden: „In den vergangenen Jahren wurden vielfältige Beziehungen Russlands zur europäischen extremen Rechten bekannt. Zuletzt konnten Journalisten und Journalistinnen unter anderem finanzielle Unterstützung für das rechtsextremistische Magazin „Compact“ aufdecken. Zudem soll der aktuell in Frankfurt wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat angeklagte Bundeswehrsoldat Franco A. versucht haben, Kontakt zu der Leiterin der Zweigstelle des russischen Think-Tanks „Instituts für Demokratie und Zusammenhalt“ in Paris, Natalija N., herzustellen. Das Institut veranstaltet seit 2012 regelmäßig Konferenzen in Kooperation mit dem „Compact“-Magazin. Eine weitere Verbindung zwischen Russland und der extremen Rechten besteht über die Reichsbürgervereinigung „Deutsch-Russisches Friedenswerk e.V.“ mit Sitz in Kiel. Geleitet wird die Vereinigung unter anderem von T. T., den Vater von M. T., der stellvertretender Vorsitzender der Jungen Alternative in Sachsen-Anhalt ist und zum Umfeld von Franco A. gehört.“ Die Fragen nach der Gefahr einer staatlichen russischen Einflussnahme z.B. durch die Finanzierung rechtsextremer Parteien beantwortet die Bundesregierung in der Regel mit der Bemerkung: „Eine Beantwortung muss aus Gründen des Staatswohls unterbleiben. Durch die Beantwortung der Fragen würden spezifische Informationen zur Tätigkeit, insbesondere zur Methodik sowie zum konkreten Erkenntnisstand und Aufklärungsbedarf der Nachrichtendienste, offengelegt, wodurch die Funktionsfähigkeit der Nachrichtendienste nachhaltig beeinträchtigt würde.“ Die

Fakten, z.B. über vier Veranstaltungen der „Compact-Magazin GmbH“ zwischen 2012 und 2015 gemeinsam mit dem russischen staatsnahen „Institut für Demokratie und Zusammenarbeit“ in Berlin werden bestätigt, zumindest wird auch bestätigt, dass Erkenntnisse zu einzelnen Verbindungen zwischen Mitgliedern der „Alternative für Deutschland“ (AfD, Verdachtsfall) und russischen Staatsbürgern, die sich auf der EU-Sanktionsliste befinden, vorliegen.

Gerd Wiegel: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/029/2002995.pdf>

Fretterode-Prozess: im Urteil gegen Neonazis wird die Pressefreiheit verletzt.

Etwa viereinhalb Jahre nach dem brutalen Übergriff durch zwei bewaffnete Neonazis auf zwei Journalisten in Fretterode, Thüringen, wurde vor dem Landgericht Mühlhausen am 15.9.22 ein Angeklagter wegen Sachbeschädigung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung, und der andere lediglich zu 200 Arbeitsstunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Trotz der enormen Brutalität des gezielten Angriffs, bei dem die Journalisten zunächst von den Neonazis mit dem Auto gejagt und dann mit Messer und schwerem Schraubenschlüssel erheblich verletzt und dabei ihr Tod in Kauf genommen wurde, bleiben die Täter mit milden Strafen auf freiem Fuß. Das offensichtliche rechte Tatmotiv im Sinne von Pressefreiheit wurde nicht anerkannt. Die Deutsche Journalistenunion äußerte sich „empört und fassungslos“. Der Rechtsstaat dürfe so nicht mit Journalist*innen umgehen. Der Deutsche Journalistenverband sprach von einem „haarsträubenden Gerichtsurteil“ und einem „fatalen Signal in Richtung der rechten Szene“. Aufgrund einer Anzeige von Neonazi Thorsten Heise, dessen Sohn einer der Angeklagten im

Fretterode-Prozess ist, gab es zwei Tage vor der Urteilsverkündung eine Hausdurchsuchung bei einem Journalisten. Von den Verbänden wurde das problematische Verständnis von Pressefreiheit der Justiz in Thüringen scharf kritisiert. Die Vorsitzende Richterin habe eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen, wenn sie von gegenüberstehenden ideologischen Lagern gesprochen und damit den Status als Journalisten aberkannt habe. Gegen das Urteil legen Nebenklage und die Staatsanwaltschaft Revision ein.

Große Demonstration am 25.9. für die Öffnung von Nordstream 2 in Lubmin, Mecklenburg-Vorpommern.

„Tausende Menschen unterliegen damit weiter der Illusion, dass damit die Probleme der Energiekrise gelöst wären. Einer der Organisatoren der Veranstaltung gehört zur Rechtsaußenpartei die Basis, einer der Redner war der AfD-Rechtsaußen Kalbitz. Das alles scheint die Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer:innen nicht zu stören. Von der Mehrheit auch hingenommen wurde offenbar der Angriff auf drei junge ukrainische Frauen, die gegen die Aggression Russlands demonstriert haben und auf die Folgen des Krieges aufmerksam machen wollten. Dass dies alles stattfinden konnte, ist unfassbar!

Eine solche Demo, auf der sich mehr für ein Ende der Sanktionen als für ein Ende des Krieges eingesetzt wird und auf der solche Vorfälle stattfinden und solche Reden gehalten werden können, ist eine Schande für Mecklenburg-Vorpommern.“ Die Linke, LV Mecklenburg-Vorpommern

Lektüre-Hinweis „Und eisig weht der kalte Wind“.

Ricardo Lenzi Laubinger, Vorsitzender der Sinti-Union Hessen, erzählt von der Lebens- und Leidensgeschichte seiner Familienangehörigen. Viele von ihnen wurden im Nationalsozialismus verfolgt und in Konzentrationslagern ermordet. Er schildert auch, wie sich die Diskriminierung von Sinti und Romnja fortsetzt. Die Über-

lebenden kämpften Jahrzehnte um die Anerkennung als „rassisch“ Verfolgte. Die Täter des Genozids lebten unbehelligt weiter. Erst die Bürgerrechtsbewegung der Sinti brachte den Stein ins Rollen. Emotional und direkt erzählt der Autor von ihrer Herkunft, Tragödie und Leid, vom schwierigen Neuanfang und vom langen Kampf um Anerkennung und Bürgerrechte. Klak-Verlag, 2017, 12,60 €.



„Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation“ – Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus

Broschüre, 608 Seiten. Download: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/perspektivwechsel-nachholende-gerechtigkeit-partizipation--1944614>

Der Bericht wurde im Juni 2021 vorgelegt. Die Bundesregierung kommt nach eigenen Angaben der Forderung der EU-Kommission nach, eigene Pläne für die EU-Roma-Strategie 2030 zu übermitteln. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hatte über einen langen Zeitraum hinweg gefordert, auf Bundesebene analog zum Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus eine Kommission zum Problem des Antiziganismus einzusetzen. Der 608 Seiten lange Bericht kommt zu dem

Schluss, dass Diskriminierungserfahrungen für Sinti und Roma in Deutschland weiter Alltag sind, beispielsweise in Schulen, beim Kontakt mit Behörden oder Polizei oder in der Nachbarschaft. Zudem wirkten sich der nationalsozialistische Völkermord und die sogenannte zweite Verfolgung nach 1945 in der Bundesrepublik bis heute auf die Lebensbedingungen der Minderheiten aus. Die Experten verlangten von der Politik erhebliche Anstrengungen gegen die Diskriminierung.

Die Förderung der Kultur der Wertschätzung von Vielfalt ist das Ziel des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) Berlin

Zwischen 2000 und 2004 beschloss der Rat der Europäischen Union auf Grundlage der entsprechenden UN-Konventionen vier Gleichbehandlungsrichtlinien*; alle 28 EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese in nationales Recht umzusetzen sowie wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen bei Verstößen gegen das Gleichbehandlungsgebot zu erlassen und Beweiserleichterung für Betroffene zu schaffen. Die rechtlichen Grundlagen sollen die gesellschaftliche Wirklichkeit in den Mitgliedstaaten verändern, das heißt, sie sollen Diskriminierungen nicht nur verbieten, sondern wirksam beseitigen.

OLAF ARGENS, SCHMITTEN, ROSEMARIE STEFFENS,
LANGEN, HESSEN

Das nach mehreren Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) am 18. August 2006 umfasst den Schutz vor Diskriminierung durch private Akteure (Arbeitgeber, Vermieter, Anbieter von Waren und Dienstleistungen). Allerdings gilt das AGG nicht für das Handeln von Ämtern und Behörden. Im Juni 2020 schuf Berlin deshalb als erstes Bundesland ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) direkt für diesen Geltungsbereich, dessen Ziel „die tatsächliche Herstellung und Durchsetzung von Chancengleichheit, die Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung sowie die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt“ (§ 1 LADG) im Rahmen

öffentlich-rechtlichen Handelns ist. Wer sich diskriminiert fühlt, kann sich an die betroffene Behörde wenden oder an die Ombudsstelle, die seit Oktober 2020 bei der Justizverwaltung angesiedelt ist. „Dann wird der Vorwurf geprüft und zunächst nach Lösungen jenseits von Klagen gesucht. Betroffene werden aber auch bei Klagen unterstützt,“ so die Leiterin der Ombudsstelle Doris Liebscher. (rbb 13.8.22)

„Mit der Einführung einer Verbandsklage im § 9 LADG wird eine der drängendsten Forderungen von Akteurinnen und Akteuren der Antidiskriminierungsarbeit umgesetzt. Die Verbandsklage, die aus der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie bekannt ist und in Rechtsgebieten wie Verbraucherschutz schon Anwendung findet, ist ein wichtiges Instrument, um insbesondere strukturelle bzw. institutionelle Diskriminierung rechtlich anzugreifen und



kollektiven Rechtsschutz zu etablieren,“ so TBB-Sprecher Zülfukar Çetin. (Der Türkische Bund Berlin Brandenburg e.V., TBB, wurde als verbandsklageberechtigter Antidiskriminierungsverband lt. § 9 LADG anerkannt.)

Nach zwei Jahren Praxis der Anwendung des Gesetzes antwortet das Abgeordnetenhaus Berlin auf eine Anfrage, dass von Oktober 2020 bis zum 30.6.2022 insgesamt 705 Beschwerden bei der zuständigen Ombudsstelle eingegangen seien. Die Beschwerden beziehen sich auf folgende Gründe: 238 x rassistische Zuschreibung oder ethnische Herkunft; 195 x Behinderung oder chronische Krankheit; 64 x Geschlecht (Mann*/Frau*); 52 x sozialer Status; 47 x Lebensalter; 37 x sexuelle Identität; 30 x geschlechtliche Identität (cis/trans/inter/queer); 22 x Religion; 25 x Sprache; 10 x antisemitische Zuschreibung; 6 x Weltanschauung; 35 x unspezifisches Gefühl der Unterdrückung bzw. Zuständigkeit eines anderen Gesetzes.

Ein Großteil der Beschwerden gehe auf Vorfälle bei den Bezirksamtern und in den Schulen zurück. Auf Platz drei landeten die Polizei und die Senatsverwaltung für Gesundheit. Kurz dahinter rangiert die Berliner Verkehrsbetriebe, an die sich viele Beschwerden aufgrund von fehlender Barrierefreiheit richten. Auch werde das Verhalten von Busfahrern und von Kontrolleuren stark kritisiert. Ein mutmaßlicher Fall von Rassismus bei der Fahrkartenkontrolle beschäftigt die Berliner Justiz. (rbb24, 13.8.22)

Sicher auch auf dem Hintergrund der rassistischen Übergriffe von Polizisten war die Befürchtung groß, dass die Polizei mit Inkrafttreten des Gesetzes von Beschwerden und Gerichtsprozessen überhäuft werden würde.

Die Auswertung nach zwei Jahren kommt jedoch zum Ergebnis, dass „der Ombudsstelle bisher (nur) drei Fälle bekannt (sind), in denen nach Abschluss des LADG-Ombudsstellenverfahrens Diskriminierungsbetroffene gerichtlich Entschädigungsansprüche geltend machen.“ In ca. 90 % der o. g. Beschwerden sei die Ombudsstelle ... beratend oder intervenierend tätig gewesen. (Saraya Gomis, Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung auf Anfrage des Abgeordneten M. Schulz (SPD) zum Thema: Durchsetzung des LADG am 7.7.2022)

* Antidiskriminierungsgesetzgebung und EU-Recht

Das europäische Antidiskriminierungsrecht beruht auf einer Vielzahl von Quellen. Die maßgeblichen Rechtssysteme der EU und des Europarates funktionieren unabhängig voneinander, beeinflussen sich gegenseitig und sind geprägt durch die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen. Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz ist zurückzuführen auf die Vorgaben der Europäischen Union, und zwar die „Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ (RL 2000/43/EG), die „Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ (RL 2000/78/EG), die „Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen“ (RL 2006/54/EG) und die „Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen“ (RL 2004/113/EG). Die Richtlinien legen Mindestanforderungen an das nationale Recht fest und gelten in den Mitgliedsstaaten unmittelbar. Außerdem verlangen sie von den Mitgliedsstaaten die Schaffung gerichtlicher und administrativer Verfahren, die es jedem Menschen ermöglichen, seine Rechte auch durchzu-

setzen, sowie von Sanktionen, d. h. Schadensersatzansprüchen. So wird etwa allen Mitgliedstaaten die Sicherstellung einer Beweislastleichterung im Antidiskriminierungsrecht vorgeschrieben. Wenn also eine klagende Partei eine Diskriminierung glaubhaft macht, liegt es an der beklagten Partei, das Nichtvorliegen einer solchen zu belegen. Der umzusetzende effektive Rechtsschutz schließt ein die Schaffung eines Klagerechtes für Interessenverbände. Diese haben das Recht, Verstöße einer öffentlich-rechtlichen Stelle zu beanstanden, wenn deren Bedeutung über die individuelle Betroffenheit hinausgeht. Auf diese Weise können diskriminierende bzw. potenziell diskriminierungsanfällige Strukturen und strukturelle Handlungsmuster festgestellt werden. Bei der Umsetzung der Richtlinien in deutsches Recht muss die föderale Struktur der Bundesrepublik beachtet werden. Ihre lückenlose Umsetzung ist deshalb komplex. Die Möglichkeiten des Bundes, Diskriminierungen zu sanktionieren, sind größtenteils auf die Rechtsbeziehungen zwischen Privaten beschränkt. Diskriminierung durch staatliche Organe geschieht auch im Verwaltungsverfahren, über das weitgehend die Länder bestimmen. Das führt dazu, dass die Richtlinien nicht allein durch Regelungen des Bundes umgesetzt werden können, sondern eine Mitarbeit der Länder unabdingbar ist.

Die Neue Rechte¹ und der „heiße Herbst“

CHRISTIANE SCHNEIDER, HAMBURG

Es lohne sich, schrieb der langjährige Funktionär und Strategie der „Identitären Bewegung“ Martin Sellner Ende September in der neurechten Zeitschrift „Sezession“, den „heißen Herbst“ als Feldzug zu betrachten. „Selbst wenn die gegnerische Hauptstadt nicht erreicht wird, ist es möglich, einen Raumgewinn zu erzielen. (...) Jede Kundgebung und Wahl ist eine kleine Schlacht.“ Zwar hält er die Zeit für einen „Deutschen Maidan“, einen Regimewechsel, für „nicht sehr wahrscheinlich (wenn auch nicht völlig ausgeschlossen)“, einen „Ost-Maidan“ aber für denkbar. Durch Konzentration auf bestimmte Regionen könne „eine kritische Masse erreicht werden“.²

Götz Kubitschek, als Geschäftsführer des neurechten Antaios-Verlags und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Sezession“ einer der zentralen Figuren der Neuen Rechten, hält einen „Aufstand“ für „unumgänglich“ angesichts von vier „zersetzenden Wellen“: erst die Banken- und Eurorettung, dann die Masseneinwanderung, dann die Coronamaßnahmen und nun die „Zerstörung der Beziehungen Deutschlands zu Russland“, die eine „waidwunde und noch einmal dünner gewordene Schicht treffen werde“ – weil sie Menschen treffe, die „ihrer Arbeit nachgehen, etwas schaffen, aufbauen und hinterlassen, und zwar zum Wohle ihrer Familie und weit darüber hinaus“. Es gehe deshalb nicht um einen Aufstand für Konsumfreiheit und Einlösung eines Wohlstandsversprechen, sondern um Deutschland. Deshalb habe man sich entschieden: „mit unseren Kräften und Beziehungen und als nicht unwichtiger Knotenpunkt des Widerstandsgeflechts dafür zu sorgen, dass die Proteste nachhaltig, unversöhnlich und grundsätzlich werden“.³

Die politische Rechte in ganz Europa ist über die Positionierung zum Angriffskrieg Russlands uneins. Die deutsche Neue Rechte jedoch scheint sich in ihren Sympathien für Putins Russland weitgehend einig. Sie verspricht sich zum einen von einer eurasischen Großraumordnung, die in Putins Umfeld diskutiert und als Kriegsziel propagiert wird, eine Stärkung Deutschlands als unangefochtene Führungsmacht in „Mitteleuropa“. Zum anderen sieht sie in Putin einen Verbündeten gegen Liberalismus, Universalismus und „Globalismus“.⁴

Ihre Kritik an der „Zerstörung der Beziehungen Deutschlands zu Russland“ schiebt die Verantwortung für die tiefe Krise, die wachsende Teile der Bevölkerung hart trifft, auf die „Altparteien“, auf

das „System“, das delegitimiert werden soll.

Neurechte Querfrontpolitik

Als der Linken-Abgeordnete Pellmann für Leipzig Montagsdemonstrationen ankündigte, die erste am 5. September, reagierte die Neue Rechte prompt. Elsässers Fernsehkanal warb mit Wagenknecht-Bild für eine große Querfrontveranstaltung, die extrem rechte Kleinstpartei „Freie Sachsen“ mobilisierte mit der verlogenen Behauptung von einer Veranstaltung mit rechten und linken Redner:innen, und meldete nach erfolgreicher Klage eine rechte Kundgebung auf demselben Platz an wie die Linke. Letztlich scheiterte der Querfrontversuch, nicht zuletzt dank großer Unterstützung durch antifaschistische Gruppen.

Obwohl in Leipzig gut 1000 Rechten auf der Linken-Kundgebung über 3000 gegenüberstanden, sieht sich die Rechte bestätigt. Es sei um die Frage gegangen, so Kubitschek, „ob die gemeinsame Gegnerschaft ausreichen würde, um die Grenzen zwischen den politischen La-

¹ Die Neue Rechte agiert im Verbund mit der AfD und Nazis verschiedener Couleur, unterscheidet sich aber dadurch von anderen Strömungen der extremen Rechten, dass sie als elitärer „Kopf“ ihren Schwerpunkt auf den Kampf um kulturelle Hegemonie legt. Ihr Ziel ist es, ein kulturelles Klima für die angestrebte gesellschaftliche Veränderung hin zu einer „Volksgemeinschaft“, zu einem autoritären, ja faschistischen Staat zu schaffen. In diesem Sinne versteht sie sich als strategischer Kopf der extremen Rechten. ² <https://sezession.de/66465/heisser-herbst-der-widerstand-hat-uebersommert> ³ Auf der Website sezession.de finden sich Mitte August/Anfang September vier ausschweifende Artikel Kubitscheks unter dem Titel „Herbst, Empörung, Grundsätze“ ⁴ Siehe dazu Politische Berichte 2/22, S. 22f 5 S. FN 2



Die Linke, Heißer Herbst-Demonstration in Leipzig. Foto: Martin Heinlein

AfD: Rassistischer Wahlkampf in Niedersachsen

Michael Ohse, Goslar. Bei den niedersächsischen Landtagswahlen scheint die AfD mit einem deutlich besseren Wahlergebnis als 2017 (6,2%) wieder in Fraktionsstärke in den Landtag einzuziehen, nachdem sich die Fraktion in der laufenden Legislaturperiode gespalten und den Fraktionsstatus verloren hatte. Sowohl bei der Neuwahl des Landesvorstands als auch bei der Listenaufstellung hatte sich der rechtsextreme Flügel deutlich durchgesetzt. Am 9. Oktober droht ein

gern wenigstens zu verwischen“. Das sei gescheitert.

Nun werde sich der Stärkere durchsetzen, und im Osten sieht sich die Rechte als stärkere Kraft. Die ersten großen Demonstrationen im Osten hätten „das Scheitern der Linken“ gezeigt, schreibt Sellner: „Wie viele andere Analysten vermutete ich, dass es der deutschen Linken aufgrund ihres traditionellen Nationalmasochismus nicht gelingen würde, den populistischen Straßenprotest zu prägen.“⁵

Auch wenn viel Großspurigkeit im Spiel ist, hat die nicht nur in Leipzig verfolgte Strategie der Umarmung erklärtermaßen zum Ziel, das sollten sich auch linke Querfrontstrategen klarmachen, die Linke zu vernichten.

In der neurechten Strategiediskussion lässt man keinen Zweifel, dass die soziale Not vieler Menschen ausschließlich als Vehikel zur Erreichung anderer Ziele – einem „regime change“ (Sellner) – dient. Für die gesellschaftliche Linke hingegen wird es darauf ankommen, ob sie solidarische Lösungen zur Bewältigung der Krise erreichen kann.

knapp zweistelliges Wahlergebnis. Neben Plakatthemen wie „Armutsrisiko Stromrechnung?“ und „Wälder statt Windräder“ zeichnet sich die AfD durch ihre Hetze und einen rassistischen Wahlkampf gegen Migrantinnen und Migranten sowie queere Menschen aus. Mit Plakaten wie „Importierte Gewalt?“ und „In der Schule LGBT statt Algebra?“ betreibt sie Ausgrenzung. Kommunal wurden beispielsweise in Goslar ihre Plakate mit Aufklebern „RASSISTISCHER SCHEISSVEREIN“ überklebt.

Wie weiter mit dem Schandmal zu Wittenberg?

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 14. Juni dieses Jahres die Klage gegen die Wittenberger Stadtkirche abgewiesen, das obszöne Sandsteinrelief – gemeinhin als „Judensau“ bekannt – zu entfernen. Wir haben in den Politischen Berichten* verschiedentlich davon berichtet. Gegen das Urteil hat der Kläger Herr Düllmann Verfassungsbeschwerde eingereicht. Als Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft fühlt er sich durch diese Skulptur in seinem Persönlichkeitsrecht angegriffen.

Nun ist Ende August beim zuständigen Gemeindegemeinderat in Wittenberg ein Offener Brief von fünfzig HistorikerInnen aus Israel eingegangen. In ihrem Schreiben plädieren sie eindringlich dafür, diese Skulptur doch an Ort und Stelle zu belassen. Wir dokumentieren hier die wichtigsten Passagen aus beiden konträren Schriftsätzen.

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

DOK Verfassungsbeschwerde gegen die BGH-Entscheidung

„Das Sandsteinrelief mit der Darstellung der ‚Judensau‘ und mit ihrem Kommentator durch Martin Luther ist in Ansehung der damit verbundenen schweren Persönlichkeitsrechtsverletzung nicht nur des Beschwerdeführers, sondern jedes Juden in Deutschland zu entfernen. ...

Die Entfernung der ‚Judensau‘ von der Fassade der Wittenberger Stadtkirche ist entgegen der Auffassung des BGH auch die einzige Maßnahme, die die Persönlichkeitsverletzung des Beschwerdeführers als ‚Jude in Deutschland‘ tatsächlich und nachhaltig beseitigen kann. Eine ‚Kontextualisierung‘ ist ... generell nicht ausreichend ...

Die Belassung des Sandsteinreliefs mit der ‚Wittenberger Judensau‘ nicht nur an einer christlichen Kirche, sondern damit auch in aller Öffentlichkeit, kann in Deutschland bereits generell nach dem unvorstellbaren und unbeschreiblichen Verbrechen des Holocausts mit der in industriellem Maßstab durchgeführten Ermordung von nahezu 6 Millionen Juden nicht (mehr) akzeptiert werden. Es geht also nicht, wie von den Befürwortern des Belassens der ‚Wittenberger Judensau‘ an der Fassade der dortigen Stadtkirche geltend gemacht, um eine ahistorische Bilderstürmerei, sondern um das längst fällige Eingeständnis, dass Darstellungen gerade aus historischen Gründen aus der

Öffentlichkeit verbannt gehören.

Mit anderen Worten: Der so öffentlich präsentierte, abstoßende und »in Stein gemeißelte Antisemitismus« ... verschleißt sich ... jeder Relativierung und Kontextualisierung, insbesondere auch einer solchen in historischer Hinsicht. Genauso wenig wie es jemandem einfallen würde ... Hakenkreuz-Embleme oder Hitlerbüsten in der Öffentlichkeit zu belassen und (lediglich) zu kontextualisieren, verliert so ein ‚Schandmal‘ wie die an der Wittenberger Stadtkirche angebrachte ‚Judensau‘ seine abstoßende Wirkung durch Beifügung von ‚Erklärtafeln‘. Das gilt umso mehr und erst recht, als es nicht nur um die mittelalterliche Darstellung der ‚Judensau‘ und ihrer die Schmähung noch vertiefende Kommentierung durch Martin Luther selbst geht, sondern weil diese zutiefst beleidigende Manifestierung eines unversöhnlichen Judenhasses das Menetekel eines sich über die Jahrhunderte immer mehr verstärkenden Antisemitismus darstellt, der in die Shoa einmündete, aufgrund deren Deutschland auf unabsehbare Zeit gebrandmarkt ist.“

DOK Brief der 50 HistorikerInnen aus Israel

Wir, Kunst- und Kulturhistoriker der verschiedenen Universitäten in Israel, möchten uns gegen die Initiative aussprechen, das anstößige Relief der sogenannten ‚Wittenberger Sau‘ von der südlichen Außenwand der Stadt- und Pfarrkirche St. Marien in Wittenberg zu entfernen. Wir weigern uns zu glauben, dass Antisemitismus durch Bilderstürmerei gestoppt

werden kann. Im Gegenteil, wir glauben, dass visuelle Beweise vor Ort das beste didaktische Mittel für die Bildung sind.

Bei der seit Jahrzehnten als Wittenberger Sau gekennzeichneten Botschaft ist die Botschaft durch ihre Sichtbarkeit, den guten Erhaltungszustand und die darüber angebrachte Inschrift von Bedeutung: „Rabini Schem HaMphoras“, die den unaussprechlichen Namen Gottes mit der Sau verbindet. Wittenberg wäre unserer Meinung nach gut beraten, die visuellen Beweise zu nutzen, um historische Informationen über die Beziehungen zwischen Juden und Christen im Mittelalter zu vermitteln und zu diskutieren.

Außerdem wurde 1988, zum Jahrestag des Novemberpogroms, ein von Wieland Schmiedel und Jürgen Rennert geschaffenes Bronzedenkmal unter dem mittelalterlichen Relief als Gegenmonument aufgestellt. Gemeinsam verbinden sie den mittelalterlichen und Martin Luthers Antisemitismus mit dem der Nazis und dienen als direktes und unvermitteltes Mittel, um die Absurdität des Hasses auszudrücken und zu Toleranz und Frieden aufzurufen. Das moderne ortsspezifische Denkmal wird seine Bedeutung verlieren, wenn das mittelalterliche Relief entfernt wird. Sie sind an Ort und Stelle miteinander verbunden.

Sie und wir kennen den Ausdruck „Wenn Wände sprechen könnten“. Von ihrem hohen Standpunkt an der südlichen Außenwand der Kirche konnte die Wittenberger Sau alles sehen, auch Martin Luther, der zum Eingang des Bethauses schritt, um seine Predigten zu halten.

Aus der Sicht von Kunst- und Kulturhistorikern sprechen die Kunstwerke, vor allem, wenn sie vor Ort belassen werden. ...

Die Präsenz der ‚Wittenberger Sau‘ im öffentlichen Stadtraum ist eine wichtige Erinnerung an die Vergangenheit; sie zu entfernen bedeutet, die Gräueltaten des Antisemitismus zu beseitigen und zu manipulieren, was zu einer Verleugnung der Vergangenheit führt.

Wir bitten den Gemeindegemeinderat respektvoll, die Entscheidung des Gerichts zu akzeptieren und das mittelalterliche Relief an Ort und Stelle zu belassen, damit die heutige und die nächste Generation und die nächsten Generationen es aus demselben Blickwinkel betrachten können, wie es die Wittenberger seit dem Mittelalter sehen konnten. Es ist ein visuelles Zeugnis vergangener Zeiten, das wir – und Sie – für die Zukunft bewahren müssen.

Außerdem unterstützen wir die Empfehlung des Gerichts, die Gedenkstätte weiter zu entwickeln. ...

Mit allem nötigen Respekt ... (es folgen die 50 Namen der UnterzeichnerInnen)
Eigene Übersetzung des englischen Textes

* Suche bei: <https://www.linkekritik.de/index.php?id=1331>



Auch Luthers Gegner waren in ihrer Polemik nicht zimperlich: Dazu dokumentieren wir noch einmal ein Deckengemälde aus dem Goldenen Saal der ehemaligen Jesuiten-Universität Dillingen an der Donau. Darauf ist ein 1762 von Johann Anwander geschaffenes gegenreformatorisches Deckenfresko zu Ehren der Heiligen Jungfrau Maria – im schönsten schwäbischen Rokoko. Die Darstellung enthält ein aggressives Schwein, das einen aufgeschlagenen Folianten mit dem kanonischen Recht, den schriftlichen Glaubensüberlieferungen der Katholischen Kirche, zerstört. Auf der rechten Buchseite wird es mit der lateinischen Aufschrift „Sus Isleb.[ensis]“ als die „Eislebener Sau“ charakterisiert. – Das Bild in Dillingen bezieht sich eindeutig auf die Bannandrohungsbulle „Exsurge domine“ (Erhebe Dich, Herr), die am 15. Juni 1520 vom Papst Leo X. gegen Martin Luther verfasst wurde. Sie zitiert den Psalm 80, in dem es heißt, „wilde Säue haben den Weinberg des Herrn zerwühlt und verderbt“. Quelle: Kleine Hefte zur Denkmalpflege: „Die ‚Wittenberger Sau‘“, Halle (Saale) 2020

Seite wird es mit der lateinischen Aufschrift „Sus Isleb.[ensis]“ als die „Eislebener Sau“ charakterisiert. – Das Bild in Dillingen bezieht sich eindeutig auf die Bannandrohungsbulle „Exsurge domine“ (Erhebe Dich, Herr), die am 15. Juni 1520 vom Papst Leo X. gegen Martin Luther verfasst wurde. Sie zitiert den Psalm 80, in dem es heißt, „wilde Säue haben den Weinberg des Herrn zerwühlt und verderbt“. Quelle: Kleine Hefte zur Denkmalpflege: „Die ‚Wittenberger Sau‘“, Halle (Saale) 2020

Vollversammlung des „Ökumenischen Rates der Kirchen“ in Karlsruhe: Konturlos im „Ungefähren“

Für Menschen, die nicht gerade mit kirchlich-religiöser Sprache vertraut sind, ist bereits der Name ungewöhnlich: Das Wort „ökumenisch“ – nicht zu verwechseln mit „ökologisch“ oder gar „ökonomisch“ – ist griechischen Ursprungs und bedeutet „die eine Weltkirche des Erdkreises“. Im „Ökumenischen Rat der Kirchen“ (ÖRK) haben sich vor 74 Jahren 580 Mio. Christen zusammengeschlossen, die aus 352 protestantischen und orthodoxen Kirchen stammen. Zu ihnen zählen – meist aus Europa – die evangelischen, reformierten und anglikanischen Kirchen, aber auch die – altorientalischen – assyrischen und altkatholischen Kongregationen sowie baptistische, evangelikale, mennonitische, methodistische Kirchen aus Amerika, Afrika, Asien und dem pazifischen Raum.

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Vom 31. August bis zum 8. September dieses Jahres trafen sich diese Mitgliedskirchen des ÖRK aus allen Regionen der Welt in Karlsruhe zu seiner 11. Vollversammlung. Nur die weltweit 1,3 Milliarden Römisch-Katholischen Christen sind nicht dabei. Ihre vom Vatikan repräsentierte Kirche hat nur einen Beobachterstatus. Das hat einen gravierenden theologischen Grund: nach katholischer Auffassung kann es nur eine einzige wahre, „allgemeine“, nämlich die katholische Kirche geben, die den Weg zum Seelenheil ermöglicht. Zwar erheben meistens auch die vielen anderen christlichen Gruppierungen protestantischer, reformierter, anglikanischer, orthodoxer oder gar charismatischer Herkunft für sich diesen „allein selig machenden“ Anspruch, aber in ihrer Vielstimmigkeit lassen sie sich dennoch auf eine gemeinsame Sichtweise, auf eine „ökumenische“ Zusammenarbeit ein.

Mit der „Einheit“ der Kirchen ergeht es allerdings dem ÖRK wie allen anderen politischen Bewegungen und Parteien: „Einheit“ wird immer wieder beschworen, aber ihre Geschichte ist doch oft eine Geschichte von Spaltung und Streit um die Wahrheit und den richtigen Weg. Selbstkritisch betont daher der ÖRK: „wir sind alle auf einer Pilgerreise, auf der wir ... uns gemeinsam auf den Weg der Gerechtigkeit und des Friedens machen.“



Frau Dr. Agnes Abuom von der Anglikanischen Kirche von Kenia ist Vorsitzende des ÖRK-Zentralausschusses.
Foto: Albin Hillert / ÖRK

Gegen das imperiale Wirtschaftssystem

Die Vollversammlung ist das höchste Leitungsgremium des ÖRK und tritt in der Regel alle acht Jahre zusammen. Es ist die einzige Gelegenheit, bei der sich die gesamte Gemeinschaft der Mitgliedskirchen an einem Ort zu Gebet und Beratung trifft. Damit ist die ÖRK-Vollversammlung die vielfältigste christliche Versammlung ihrer Größe in der Welt. Aber hinter ihrer religiös-kirchlichen Sprache verbergen sich oft harte Konflikte, an denen die meist national in ihre jeweilige Gesellschaft eingebundenen Gläubigen unmittelbar beteiligt sind. Die Erwartungen an die diesjährige Vollversammlung des ÖRK waren dennoch groß. Hatten sich doch in zurückliegenden Sitzungen verschiedene Mitgliedskirchen deutlich positioniert: So brandmarkte die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 2003 in Winnipeg die Unterordnung unter einen absolut gesetzten neoliberalen Markt als „Götzendienst“. Im Jahr 2004 machte es sich die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra zu einer „Glaubensverpflichtung“, dass Integrität auf dem Spiel stehe, wenn man sich gegenüber einem zerstörerischen imperialen Wirtschaftssystem ausschweige. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) erklärte 2013 in Busan (Korea), dass die Herrschaft des Marktes „ein globales, vom Mammon bestimmtes System“ sei, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schütze und mittlerweile den gesamten Öko-Haushalt Gottes bedrohe: „Das Reich Gottes steht der Herrschaft des Mammons diametral entgegen“, die herrschende Wirtschaftsordnung sei „abzulehnen“.

„Casa Común“

Religion und Kirche sind ein wichtiger Teil unserer Zivilgesellschaft. Wenn auf dieser Tagung des ÖRK im Weltmaßstab über Krieg und Frieden, über arm und reich, darüber diskutiert wird, dass „diese Wirtschaft tötet“, und wenn über Auswege aus der zerstörerischen und destruktiven Logik des Kapitalismus gemeinsam nachgedacht wird, verdient das

all unsere Aufmerksamkeit. Der ÖRK in Karlsruhe aber blieb aber selbst – anders als bei früheren Vollversammlungen – konturlos im „Ungefähren“, wohl um keiner Mitgliedskirche den Anlass zu geben, mit dem ÖRK zu brechen. Viel „Theologisches“ wurde möglichst unkongret geäußert. Natürlich war alle mediale Aufmerksamkeit darauf gerichtet, wie sich die Russisch Orthodoxen verhalten würden, wenn sie in Karlsruhe auf ukrainische und westliche Kirchenvertreter trafen: Sie schwiegen sich aus! Beim Plenum zum Nahen Osten war eine palästinensische Jugendvertreterin vorgesehen. Sie durfte aber nicht auftreten, weil sie mit eigenen Worten die Realität in Palästina beschreiben wollte und sich aus Gewissensgründen weigerte, einen vom ÖRK mit allgemeinen Redewendungen formulierten Text vorzulesen. Bereits im Vorfeld war dem ÖRK signalisiert worden, dass Zuschüsse und Visa aus Deutschland in Gefahr seien, wenn auf der Vollversammlung die Themen „Staat Israel als Apartheidsystem“ und „BDS“ (Boycott, Disinvestment und Sanktionen gegenüber dem Staat Israel) aufgeworfen werden würden.

Während der ÖRK tagte, veranstaltete die christliche Gemeinschaft „Casa Común“ ein oppositionelles Kontrastprogramm mit Andachten, Vorträgen und Diskussionen. Ihre Themen waren Ökologie, Feminismus, Friedenspolitik und – Sozialismus. Hier wurde für die Ökumene und alle Religionsgemeinschaften die Überwindung unserer zerstörerischen Weltordnung gefordert: Der globale Kapitalismus stelle „nicht nur für das wirtschaftliche, sondern auch für das spirituelle Leben der Menschen ... für die ganze Schöpfung eine Bedrohung“ dar. Diese Bedrohung erfahre nun durch den Krieg in der Ukraine und die aus ihm resultierende globale Aufrüstungsdynamik eine zusätzliche Verschärfung. „Aus der Todeslogik kriegerischer Gewalt und des herrschenden Kapitalismus zu desertieren, ist das Gebot der Stunde. Doch dazu braucht es eine neue internationale Rechtsordnung mit entsprechenden internationalen Institutionen und Organisationen, die auf der Überzeugung einer universellen Geschwisterlichkeit basieren.“

Die Referent:innen der „Casa Común“ kamen vor allem aus Deutschland, der Schweiz und Lateinamerika. Auch säkulare Linke haben sich bewusst hier einge-mischt, um einander bei der Suche nach dem richtigen Weg zu stärken. So zum Beispiel die Rosa-Luxemburg-Stiftung. **Nachzulesen ist das alles hier:** <https://www.itpol.de/>; <https://casa-comun-2022.de/>; <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2022/09/KPS-OeRK-Protest.pdf>

Michael Juretzek, Bremen. Die Mitglieder der 2006 gegründeten *Combatants For Peace* durchbrechen den Teufelskreis von Trauer, Hass und Gewalt und erarbeiten im Suchen nach dem gemeinsamen Menschlichen reale Visionen für eine friedliche, gerechte Koexistenz. In vielen Aktionen tragen sie ihre Anregungen und Ergebnisse in Schulen, Konferenzsäle und auf die Straße. Wir veröffentlichen hier ihr Internet-Manifest. Culom McCann hat in seinem Buch *Apeirogon* zwei Gründungsmitglieder der Organisation begleitet und schreibt eine tief berührende Geschichte.

DOK

Israelisch-palästinensische Friedensgemeinschaft

Gewaltverzicht, Ende der Besatzung, Friedensvertrag und Koexistenz

„KÄMPFER FÜR DEN FRIEDEN

Wir sind eine Gruppe von Palästinensern und Israelis, die sich aktiv an dem Kreislauf der Gewalt in unserer Region beteiligt haben: israelische Soldaten, die in der IDF dienen, und Palästinenser, die als Kämpfer für die Befreiung ihres Landes, Palästina, von der israelischen Besatzung kämpfen. Wir – im Dienste unserer Völker, mit erhobenen Waffen, die wir aufeinander richteten und uns nur durch die Visiere der Gewehre sahen – haben *Combatants for Peace* auf der Grundlage der Prinzipien der Gewaltlosigkeit gegründet.

Unser Auftrag. Die Aufgabe der GFP besteht darin, die soziale Infrastruktur aufzubauen, die für die Beendigung des Konflikts und der Besatzung notwendig ist: Gemeinschaften von Palästinensern und Israelis, die mit gewaltfreien Mitteln zusammenarbeiten, um den Frieden zu fördern. Wir glauben, dass solche Gemeinschaften beiden Völkern als Vorbild dienen können, indem sie durch ihr Handeln zeigen, dass es eine echte Alternative zum Kreislauf der Gewalt gibt. Wir glauben, dass eine weite Verbreitung solcher Aktivitäten eine Änderung der Einstellung auf gesellschaftlicher Ebene und eine Änderung der Politik auf politischer Ebene bewirken kann und wird.

Wir stellen uns *Combatants for Peace* als eine starke, bedeutende und einflussreiche binationale Gemeinschaft vor – eine Gemeinschaft, die ein Beispiel für tragfähige Zusammenarbeit und Ko-

existenz zwischen Palästinensern und Israelis ist. Sie ist eine Bewegung, die auf gewaltfreiem Aktivismus basiert, um die Beendigung der Besatzung voranzutreiben und eine Grundlage für die Beziehungen zwischen den beiden Völkern im Anschluss an ein Friedensabkommen zu schaffen.

Unser oberstes Ziel ist die Beendigung der Besatzung und die Errichtung eines palästinensischen Staates in den Gren-



„Kämpfer für den Frieden; Nur durch Vereinigung der Kräfte werden wir den Kreislauf der Gewalt beenden“ Quelle: wikipedia

zen von 1967; zwei Staaten, die Seite an Seite in Frieden und Zusammenarbeit leben, oder eine andere gerechte Lösung, auf die man sich in Verhandlungen geeinigt hat.

Combatants for Peace, gegründet 2006, ist eine gemeinnützige, ehrenamtliche Organisation ehemaliger israelischer und palästinensischer Kämpfer, Männer und Frauen, die ihre Waffen niedergelegt und jegliche Gewalt abgelehnt haben. Wir arbeiten gemeinsam daran, die Besetzung Palästinas zu beenden, dem Land einen gerechten Frieden zu bringen und zu zeigen, dass Israelis und Palästinenser zusammenarbeiten und zusammenleben können.

Unsere Vision. Im Einklang mit unseren Werten setzen wir uns für eine

Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 oder eine andere einvernehmliche Lösung ein, die es sowohl Israelis als auch Palästinensern ermöglicht, in Freiheit, Sicherheit, Demokratie und Würde in ihrem Heimatland zu leben.

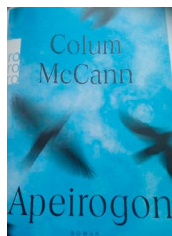
Seit über einem Jahrzehnt verkörpern wir unsere humanistischen Werte Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Würde für alle und dienen ihnen als Vorbild. Wir stellen uns *Combatants for Peace* als eine starke, bedeutende und einflussreiche binationale Gemeinschaft vor – eine Gemeinschaft, die eine tragfähige Zusammenarbeit vorlebt: gemeinsamen Widerstand gegen Besatzung und Gewalt, der die Grundlage für ein zukünftiges

Zusammenleben bildet. Durch gemeinsame Gewaltfreiheit in der Gegenwart legen wir den Grundstein für eine gewaltfreie Zukunft

Unsere Ziele. Aufbau einer ständig wachsenden Aktivistengemeinschaft von Palästinensern und Israelis auf der Grundlage regionaler Gruppen, die unsere Vision verkörpern und als Modell für beide Gesellschaften dienen.

Motivierung eines breiten und effektiven binationalen, gewaltfreien Widerstands gegen die Besatzung, Veränderung der Einstellungen auf breiter Ebene, sowohl direkt in der israelischen und palästinensischen Öffentlichkeit als auch indirekt bei Entscheidungsträgern.“

Quelle: <https://cfpeace.org/about/>;
DeepL-Übersetzung



Leseempfehlung:

Colum McCann
Apeirogon

Rowohlt Taschenbuch.
608 Seiten, 14 Euro
ISBN: 978-3-499-27187-8

Auszüge:

„Mein Name ist Rami Elhanan. Ich bin der Vater von Smadar. Ich bin siebenundsechzig und Graphikdesigner, Israeli, Jude, Jerusalemer in siebter Generation. Und vielleicht so etwas wie ein Holocaust-Absolvent ... Ich habe diese Geschichte schon oft erzählt, aber es gibt

immer etwas Neues zu sagen ... An jenem Tag 1997 (Jom Kippur) sprengten sich drei Selbstmordattentäter in die Luft, mitten auf der Ben-Jehuda-Straße im Zentrum Jerusalems. Sie töteten acht Menschen – sich selbst und fünf andere, darunter drei Mädchen. Eines dieser Mädchen war unsere Smadari ... Sie wollte Schulbücher kaufen und sich später für einen Jazzdance-Kurs anmelden ...

Mein Name ist Bassam Arami. Ich bin der Vater von Abir. Ich bin Palästinenser, Muslim, Araber ... Zwei Jahre nach Gründung der *Combatants for Peace* wollte meine zehnjährige Tochter nach der Pause zurück in die Schule ... Kurz vor dem Schultor wurde sie von

einem israelischen Grenzpolizisten getötet. Mit einem Gummigeschoss ... Rumi, der Dichter und Sufi, hat etwas gesagt, das ich nie vergessen werde: Jenseits von richtig und falsch liegt ein Ort; dort treffen wir uns. Wir hatten recht und wir hatten unrecht, und wir begegneten uns jenseits davon. Wir begriffen, dass wir einander aus denselben Gründen töten wollten: Sicherheit und Frieden ... Um dem ein Ende zu bereiten, mussten wir einander kennenlernen ... Wie ich immer sage, es ist fatal, wenn du die Menschlichkeit deines Feindes, das Edle in ihm entdeckst, denn dann ist er nicht mehr dein Feind, er kann es nicht mehr sein ...“ (S. 301–313)

Pazifische Probleme: Ozean-Konferenz in Lissabon und anderswo

Im Juni dieses Jahres fand in Lissabon die *UN Ocean Konferenz (UNOC)* statt, die sich allgemein mit Fragen der Meerespolitik befasst und sich der Ausbeutung und Nutzung ihrer Ressourcen aber auch ihrem langfristigen Schutz widmet. In dem Meeresatlas der Heinrich-Böll-Bundes-Stiftung von 2017 heißt es u.a.: Ozeane bedecken mehr als zwei Drittel unseres Planeten und bieten den Menschen ein reiches Potenzial an Nahrung, Energie und Mineralien. Auf den Meeren transportieren wir Güter zwischen den Kontinenten und sie sind von zentraler Bedeutung für die Stabilität unseres Klimas. Doch die Zukunft dieser einzigartigen Ökosysteme ist stark gefährdet. Das jahrhundertealte Prinzip der Freiheit der Meere, das jedem überall unbegrenzten Zugang zur Nutzung der Ozeane ermöglichte, hat zu Überfischung, Verlust der Artenvielfalt, vor allem aber zu Dünger- und Mikroplastikverschmutzung geführt, gar nicht zu reden von den Folgen des Klimawandels.

EDDA LECHNER, NORDERSTEDT

Das Konzept der Nachhaltigkeit wird immer mehr in internationalen Schutzabkommen verankert. Solche Beschlüsse sind für die Ozeane und Meere ebenfalls dringend nötig. Erstmals taten dies die Vereinten Nationen im Abschlussdokument der Konferenz Rio+20 im Jahr 2012. Und in der 2015 von ihnen verabschiedeten Agenda 2030 wurden dazu 17 nachhaltige Entwicklungsziele – *Sustainable Development Goals (SDG)* – formuliert. Die SDG 14 wurde auf der UNOC-Konferenz dieses Jahres erfreulicherweise zum Hauptthema ernannt. Aber: Es fehlt nicht an Wissen über die Krisen der Meere, es fehlt an Handlungsoptionen und Handlungswil-

len vieler Staaten und Organisationen. Auch fehlt noch eine oberste internationale Behörde, die für die notwendige Kontrolle verantwortlich ist. Die Folge sind verschachtelte Zuständigkeiten, lückenhaftes Recht und Schlupflöcher.

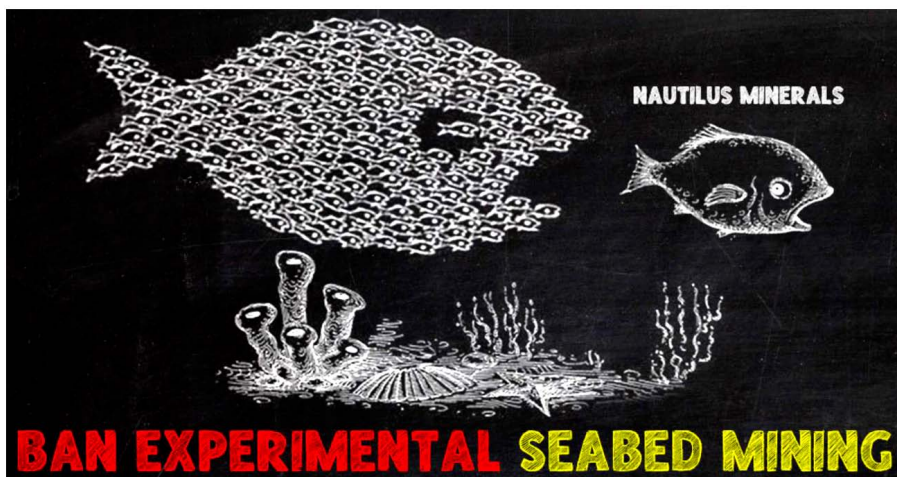
Während die großen Industrienationen zu Lande wie zu Wasser gerne „rücksichtslos“ an die reichen Vorkommen der immer seltener werdenden Seltenen Erden herankommen und dafür auch gerne zu den Manganknollen in die Tiefe aller Ozeane abtauchen möchten, sind z.B. die pazifischen Inselstaaten am Gegenteil interessiert: für sie ist der Umwelt- und Meeresschutz längst zu einer Überlebensfrage geworden. Auch wenn einige von ihnen – wie z.B. Tonga und Papua-Neuguinea – kurzfristig gerne rei-

che Gewinne aus entsprechend erteilten Lizenzen für den Tiefseebergbau machen würden. Die starke Präsenz und Teilnahme von Menschen aus dem Pazifik unter den 11 000 TeilnehmerInnen an der Konferenz in Lissabon zeigte demgegenüber, dass ihre BewohnerInnen zunehmend dafür eintreten, dass in ihrer Region kein Tiefseeabbau betrieben werden soll. Mit einer Vielzahl von Einzelinitiativen und internationalen PartnerInnen traten sie für das Recht auf intakte Meeresökosysteme ein. Das internationale NGO-Netzwerk *Deep Sea Conservation Coalition (DSCC)* setzte deshalb gleich am ersten Konferenztag dieses Thema auf die Tagesordnung. Weitere NGOs und AktivistInnen aus aller Welt trugen die Forderung nach einem *Tiefseebergbau-Moratorium* vor, und durch die gesamte Woche gab es viele Side-Events, kritische Wortmeldungen bei industriefreundlichen Veranstaltungen, und es wurden neue Allianzen von Staaten und Abgeordneten gegen den drohenden Raubbau gebildet. Sie fanden die Unterstützung bei dem Konferenzpräsidenten Uhuru Kenyatta aus Kenia, der in seiner Abschlussrede auf die Notwendigkeit eines weltweiten Tiefseebergbau-Moratoriums hinwies. Das Ergebnis der UNOC war auf jeden Fall ein neues gemeinsames Verständnis für die Dringlichkeit von Lösungen für Meereskrisen, aber natürlich fehlt es noch weitgehend an mehrheitlichen Beschlüssen und am allgemeinem Handlungswillen.

Fortschritte gab es kurz danach in dem von den Plänen des Tiefseebergbaus besonders betroffenen Französisch-Polynesien, dessen *Rat für Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Kultur* fast mit ganzer Mehrheit – mit 43 gegen 2 Stimmen – einem Verbot von Bergbauprojekten zustimmte. Dieses Gremium hat allerdings in dem von Frankreich kontrolliertem Staat nur eine beratende Funktion. Aber auch ihr Präsident Edouard Fritch sorgte dafür, dass solch eine Forderung auf dem Treffen des *Pacific Insel Forums* Mitte Juli für Gesamt-Französisch-Polynesien verabschiedet wurde. Der Minister für Meeresressourcen, Maamaatua Houtapu, erklärte, dass auch die französischen Überseegebiete Wallis, Futuna und Neukaledonien dieselbe Haltung einnehmen würden. Französisch-Polynesien macht immerhin mit 4,7 Mio. Quadratkilometer fast die Hälfte der Wasseroberfläche im Pazifik unter französischer Hoheit aus.

Bereits im Juli und August dieses Jahres fand in Jamaica die nächste Runde der UN-Ozeankonferenz mit Verhandlungen zum potentiellen Tiefseebergbau statt. Palau und Fidschi forderten gleich am ersten Tag ein, dass ein gemeinsames Moratorium zum Thema Tiefseebergbau

Abbildung und Text: <https://www.ozeanien-dialog.de>



THE FIGHT IS NOT OVER! DER PAZIFIK BLEIBT DAS GLOBALE VERSUCHSFELD FÜR DEN RUN AUF DIE SCHÄTZE DER TIEFSEE

Die Entscheidung in Papua-Neuguinea, einem aus ökologischer und sozialer Perspektive völlig ungeeignetem Ort, das weltweit erste kommerzielle Tiefseebergbau – Vorhaben durchzuführen, sorgt seit Jahren für massiven Protest. Nun steht diese erste kommerzielle Mine am Meeresboden – genannt Solwara 1 – vor dem Aus. Der Widerstand in Ozeanien gegen die experimentellen Großprojekte aber lebt und braucht weiterhin internationale Unterstützung.

beschlossen werden müsste. Auch die Förderierten Staaten von Mikronesien stellten eine Forderung an die *Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA)*, die zerstörerische Industrialisierung des Meeres zukünftig zu verhindern.

Jetzt fiel leider Frankreich hinter seine bisherige Zustimmung zu diesen Beschränkungen, die es damals noch bei der UNOC im Juni 22 geäußert hatte, zurück, denn nun forderte ihr Präsident Macron lediglich „strengere Regeln für den Abbau“.

Auch Deutschland, das zuvor die Forderung im *G7 Ocean Deal* für einen radikalen Schutz von mindestens 30 Prozent



UNITED NATIONS
**OCEAN
CONFERENCE**

LISBON
27 JUNE -
1 JULY
2022

der Weltmeere bis 2030 unterstützt hatte, hielt sich mit Zusagen zurück. Es ist bereits stolzer Besitzer eines in der Nähe von Hawaii (USA) gelegenen Meeresboden-Claims, das so groß wie Bayern ist. 2025 soll die nächste UNOC-Konferenz

stattfinden. Ihre politische Bedeutung und das daraus resultierende politische Handeln werden auf jeden Fall für die Krisen der Meere und Ozeane, aber vor allem für ihre pazifischen Bewohner immer dringlicher werden.

Deutsche Militärpräsenz im Indopazifik nimmt zu

MICHAEL JURETZKE, BREMEN

„Nie zuvor hatte es sowas seit Bestehen der Bundeswehr gegeben“, schreibt die Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe e.V. Anfang September. Unter der Überschrift „In 20 Stunden ans andere Ende der Welt“ präzisiert sie: „Zum ersten Mal in ihrer Geschichte verlegte die Luftwaffe einen Verbund aus Kampf-, Tank- und Transportflugzeugen in den indopazifischen Raum.“¹ Am 15. August begann die Verlegung von sechs Mehrzweckkampfflugzeugen Eurofighter Typhoon (Stückpreis 85 Millionen Euro) der Luftwaffe von Neuburg an der Donau zunächst nach Singapur. Ziel: Innerhalb von 24 Stunden sollte die Strecke von 12 800 Kilometer bewältigt werden. Name der Übung Rapid Pacific – „Schneller Pacific“. Pilotenwechsel in Abu Dhabi und mehr als zehnfache Luftbetankung durch die begleitenden drei Tankflugzeuge A 330 MRTT. Nach 20 Stunden, 22 Minuten und 3 Sekunden wurde stolz berichtet: „Es ist nicht bekannt, dass so etwas jemals eine Luftwaffe versucht, geschweige denn geschafft hat.“ (idlw.de) Von Singapur ging es weiter nach Australien zu der alle zwei Jahre stattfindenden Luftwaffenübung Pitch Black – „Stockdunkel“. Die deutsche Luftwaffe nahm zum ersten Mal an den Luftwaffenmanövern teil. Zusammen mit den sechs Eurofightern und drei Tankflugzeugen waren vier Militärtransporter A 400 M und 250 Einsatzkräfte vor Ort. 17 Staaten mit über 100 Kampfflugzeugen nahmen an der zweiwöchigen Übung teil, erstmals neben der deutschen auch die japanische und südkoreanische Luftwaffe. „Die Übung konzentrierte sich auf die taktische Durchführung von Offensivoperationen zur Bekämpfung von Luft- und Landstreitkräften in einem multinationalen Koalitionsumfeld, um

die Interoperabilität zwischen den Streitkräften der USA, Australiens, Kanadas, Frankreichs, Deutschlands, Indiens, Indonesiens, Japans, Malaysias, der Niederlande, Neuseelands, der Philippinen, Südkoreas, Singapurs, Thailands, der Vereinigten Arabischen Emirate und des Vereinigten Königreichs zu verbessern“, erklärt die Royal Australian Air Force in einem Abschlussbericht und zitiert den US-General Ken Wilsbach, Kommandeur der Luftstreitkräfte im Indopazifischen Kommando: „Das Ziel der Vereinigten Staaten ist ein freier und offener Indopazifik für alle Nationen in dieser Region. Der Hauptgedanke hinter unserer Strategie im Indopazifik, insbesondere der PACAF (Pazifische Luftstreitkräfte), ist die Zusammenarbeit von Verbündeten und Partnern, und Pitch Black ist

„Deutschland ist 2020 dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien von 1976 (Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia) beigetreten. Damit hat sich die Bundesregierung zu einer friedlichen Konfliktlösung und dem Dialog in Südostasien verpflichtet.“ Einhaltung des Seerechts-übereinkommens der Vereinten Nationen, Kampf gegen Piraterie, Teilnahme von Beobachtern bei regionalen Marineübungen, Exportkontrolle konventioneller Rüstungsgüter und eine ASEAN-zentrierte Sicherheitsarchitektur werden als Schwerpunkte genannt. (S. 35–39) Wie zu diesen Zielen Kampffjets mit maximal zwölf Luft-Luft-Raketen, zwei Luft-Boden Marschflugkörpern, Luft-Schiff-Lenkflugkörper und Luft-Boden Freifallmunition passen, bleibt offen.

„Ein erster Schritt zu mehr deutscher militärischer Präsenz im indo-pazifischen Raum war die Entsendung der Fregatte „Bayern“, heißt es auf der Internetseite der Luftwaffe zu Rapid Pacific 2022 und weiter: „Mit Rapid Pacific und der Teilnahme an den Übungen demonstriert die Bundeswehr nun mit der Luftwaffe erneut ihre Bündnisfähigkeit im Indopazifik und ihre Einsatzbereitschaft“, und zitiert Verteidigungsministerin Lambrecht, „dass wir Sicherheit auch über Europa hinaus denken“.³ Beruhigend soll da wohl der Hinweis wirken, dass Luftwaffenchef Gerhartz auf seinem abschließenden Eurofighter-Flug nach Japan nicht die Straße von Taiwan passiert. Sie liegt gar nicht auf dem Weg.

ARD tagesthemen 21:45 Uhr, 19.8.2022:
Luftwaffe verlegt Eurofighter für internationale
Militärübungen in den Indo-Pazifik



ein perfekter Ort für unsere Luftstreitkräfte, um gemeinsam zu trainieren und interoperabel zu werden.“² „Hintergrund dieser außenpolitischen Aktivitäten sind die Indo-Pazifik-Leitlinien der Regierung“, schreibt das Bundeswehr Journal zu Pitch Black 2022 im November 2021. Das Üben und die Durchführung von Offensivoperationen zur Bekämpfung von Luft- und Seestreitkräften und die Einbindung in die US-Indopazifik-Strategie geht allerdings über die im September 2020 beschlossenen Leitlinien hinaus. Darin heißt es im Kapitel „Frieden, Sicherheit und Stabilität fördern“:

1 <https://www.idlw.de/in-20-stunden-ans-andere-ende-der-welt> 2 <https://www.spangdahlem.af.mil/News/Article/3155660/pitch-black-2022-concludes-international-interoperability-exercise/> 3 <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/team-luftwaffe-auf-uebung/rapid-pacific-2022>

Präsidentin Bärbel Bas:

Nächste Rednerin: für die Fraktion Die Linke Dr. Sahra Wagenknecht.

(Beifall bei der LINKEN – Timon Gremmels [SPD]: Ich würde ja lieber den Ralph Lenkert hören!)

Dr. Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In Deutschland bahnt sich eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe an. Millionen Menschen haben Angst vor der Zukunft, vor explodierenden Lebenshaltungskosten, vor Horrorabrechnungen und immer mehr auch um ihren Arbeitsplatz.

Auch wenn es sich noch nicht bis ins Wirtschaftsministerium herumgesprochen hat: „In Schlüsselindustrien werden Betriebe reihenweise schließen“, schreibt das „Handelsblatt“. Denn, Herr Habeck, in der Wirtschaft ist das leider nicht so wie in der Politik. Ein Minister, der nichts mehr liefert, muss leider tatsächlich keine Insolvenz anmelden; Sie sind das beste Beispiel dafür.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen klatscht die AfD! Ich würde darüber mal nachdenken, Frau Wagenknecht!)

Aber ein Unternehmen, das wegen der hohen Preise nichts mehr verkaufen kann, verschwindet vom Markt, und das heißt eben schlicht im Klartext: Wenn wir die Energiepreisexplosion nicht stoppen, dann wird die deutsche Industrie mit ihrem starken Mittelstand bald nur noch eine Erinnerung an die guten, alten Zeiten sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die hohen Energiepreise, viel höhere als in vielen anderen europäischen Ländern, sind doch nicht vom Himmel gefallen; die sind das Ergebnis von Politik. Sie sind zum einen das Ergebnis Ihrer völligen Rückgratlosigkeit gegenüber den Absahmern und Krisenprofiteuren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mineralölkonzerne werden in diesem Jahr in Deutschland 38 Milliarden Euro mehr Gewinne machen als im Schnitt der letzten Jahre, die Stromerzeuger sogar 50 Milliarden Euro – Geld, das den Bürgerinnen und Bürgern jeden Tag aus der Tasche gezogen wird.

Andere Länder haben auf dieses Marktversagen längst mit Preisdeckeln oder wenigstens mit Übergewinnsteuern reagiert. Frankreich hat den Anstieg des Strompreises auf 4 Prozent begrenzt; da sind sie nicht erst nach Brüssel gefahren und haben lange Verhandlungen geführt. Ein Liter Sprit kostet in Frankreich rund 40 Cent weniger

als bei uns.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja!)

Und der Beitrag des hoch kompetenten deutschen Wirtschaftsministers zur Energiekrise?

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels [SPD])

Er lässt sich von den Energielobbyisten ein Gesetz zu einer Gasumlage schreiben,

(Enrico Komning [AfD]: Ja!)

das die Bürgerinnen und Bürger, die Familien und Unternehmen, die sowieso schon leiden, zusätzlich zur Kasse bitten wird.

(Enrico Komning [AfD]: Wahnsinn! – Timon Gremmels [SPD]: Falsch!)

Also, da muss man wirklich sagen: Auf so einen Einfall muss man erst mal kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben wirklich die dümme Regierung in Europa, wenn man sich das anguckt.

Aber nicht nur, dass Sie zu feige sind, sich mit den Krisengewinnern anzulegen,

(Widerspruch bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

das größte Problem ist Ihre grandiose Idee, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen. Ja, natürlich ist der Krieg in der Ukraine ein Verbrechen.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Buh!)

Aber die Vorstellung, dass wir Putin dadurch bestrafen, dass wir Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen und dass wir unsere Industrie zerstören, während Gazprom Rekordgewinne macht – ja, wie bescheuert ist das denn?

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)

Preiswerte Energie ist die wichtigste Existenzbedingung unserer Industrie.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und wo haben Sie denn Ersatz aufgetan, Herr Habeck? Bei amerikanischen Frackinggasanbietern, die aktuell 200 Millionen Euro Gewinn mit jedem einzelnen Tanker machen! Klar, so kann man die Gasspeicher auch füllen, aber den Ruin von Familien und Mittelständlern, die diese Mondpreise am Ende bezahlen müssen, den werden Sie damit nicht aufhalten.

Und es fängt doch schon an. Dass der Gasverbrauch

der Industrie um fast ein Fünftel eingebrochen ist, liegt doch nicht an plötzlichen Effizienzgewinnen, sondern daran, dass die Produktion schon jetzt dramatisch zurückgeht. Bevorzugtes Ziel von Produktionsverlagerungen sind neuerdings übrigens wieder die USA, weil der Gaspreis in Deutschland inzwischen achtmal so hoch ist wie in Übersee.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ja, achtmal so hoch!)

Make America great again? Eine teure Strategie für eine deutsche Regierung!

(Beifall bei der LINKEN und der AfD –
Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie haben recht! –
Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Putin freut sich über Ihre Rede, Frau Wagenknecht!)

Der Hauptgeschäftsführer des DIHK geht davon aus, dass Deutschland bei Fortsetzung der jetzigen Strategie in wenigen Jahren 20 bis 30 Prozent ärmer sein wird.

Ja, ob es uns gefällt oder nicht: Wenn wir ein Industrieland bleiben wollen, dann brauchen wir russische Rohstoffe und leider auf absehbare Zeit auch noch russische Energie.

(Beifall des Abg. Martin Reichardt [AfD])

Deshalb: Schluss mit den fatalen Wirtschaftssanktionen! Verhandeln wir mit Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen!

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Radio Moskau!)

Wir sind nicht unabhängig. Sie machen sich und uns doch etwas vor.

Lieber Herr Habeck, es mag ja sein, dass auch Ihnen egal ist, was Ihre deutschen Wähler denken. Aber Sie haben nicht das Recht, Millionen Menschen, die Sie mehrheitlich nicht gewählt haben, ihren bescheidenen Wohlstand und ihre Zukunft zu zerstören.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)

Deshalb: Treten Sie zurück, Herr Habeck! Denn Ihre Laufzeitverlängerung führt mit Sicherheit zum Super-GAU der deutschen Wirtschaft.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit besten Grüßen aus Moskau, Ihre Rede! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Putins langer Arm!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Nächster Redner: für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Felix Banaszak.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Anmerkungen zu einem provokativen Auftritt (siehe Dok.)

Martin Fochler, München

Der langweilige Teil. Mit nur 4,9% blieb die Linke bei der 2021er-Wahl unter der 5%-Sperrklausel. Da sie aber drei Direktmandate erzielte, zwei in Berlin, eines in Leipzig, konnte sie gleichwohl mit 39 Mandaten in den durch die Ausgleichsrechnungen auf 736 Sitze angeschwollenen Bundestag einziehen. Durch eine Laune der Mathematik ergaben 4,9% der Stimmen 5,2% der Mandate, damit konnte sie sich als Fraktion konstituieren, Plätze in den Ausschüssen besetzen, Personal- und Sachmittel beanspruchen. Würden drei Abgeordnete die Fraktion verlassen, wäre der Fraktionsstatus weg. Die Gefahr besteht. In der BRD werden die Wahllisten von den Landesparteien aufgestellt und Wahlkreisbewerbungen von den Mitgliedern im Wahlkreis. Fraktionen bilden deswegen nicht die in Bundesparteitagen oder -vorständen vollzogene Willensbildung ab, sie spiegeln politische Mehrheiten auf der Ebene der Landes- und Wahlkreismitgliedschaft. So wird z.B. Sahra Wagenknecht mit ihren Positionen glänzen, solange der Beifall rauscht, und erst verblassen, wenn er verklingt.

Der Skandal. Die BRD ist ein mittelgroßes Land; das in und von internationaler Kooperation lebt. Das strategische Gewicht des Landes reicht indessen aus, um kleinere Nachbarn zu bedrängen. Die Erinnerung an deutsche Großmachtambitionen öffnet hirn- und gewissenloser Fantasie das weite Feld eines Deutschland-Russland-Deals. Der deutsche Rechtsextremismus arbeitet mit diesem Gedankenspiel. Wenn Sahra Wagenknecht wie geschehen, (siehe Dokument, Spalte 3) für die Fraktion der Linken „Schluss mit den fatalen Wirtschaftssanktionen! Verhandeln wir mit Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen!“ fordert, hat sie eine Werteversehrung vorgenommen. Statt „Nichtangriff-auf-die-Ukraine / Frieden-für-die Ukraine“ geht es nun um „Günstige Gas- und Rohstoffpreise für Deutschland“. Angepeilt wird – unter Beifall der AfD – ein Deal zwischen Deutschland und Russland auf Kosten der Ukraine.

Ein offenes Problem. Wer in der BRD hätte wohl vor einem Jahr vermutet, dass ausgerechnet das Rechts- und Kulturgut der territorialen Integrität von Staaten Prüfstein und Klippe linker Politik werden würde? Im linken Internationalismus sind „soziale Mindestbedingungen“ und „gleiche Menschenrechte“ als Maßstäbe einigermaßen etabliert, ebenso die Verurteilung des alten Kolonialismus, sichere Kriterien zur Beurteilung der heutigen zwischenstaatlicher Beziehungen aber fehlen. Wenn die UN-Vollversammlung der Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung zuspricht, die dortige Bevölkerung mit beeindruckender Festigkeit die militärische Abwehr der Aggression trägt, das Land weltweit Unterstützung sucht und findet, wenn Menschen im Land des Aggressors das Risiko der Kritik des Expansionskriegs auf sich nehmen, ins Gefängnis wandern, fällt Einordnung schwer.

Eine Richtungsentscheidung. Beiträge und abschließende Mehrheitsbildung jener UN-Vollversammlung, die der Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung zugabilligte und den Okkupationskrieg der RF verurteilte, belehrten uns jedoch, dass der Punkt „Achtung der territorialen Integrität“ zu den Grundlagen internationaler Solidarität gerechnet werden muss: Weil ein Auskommen zwischen den großen und kleineren Staaten der Welt anders nicht organisiert werden kann, weil die Leute in der Ukraine erfahren haben, dass ohne politische Unabhängigkeit Entwicklung des Landes und emanzipierte Lebensgestaltung nicht gelingen kann und weil die Antikriegs-Opposition in der RF erkennt, dass Problemlösung durch territoriale Expansion das Land zu dauernden Grenzkriegen und innerer Repression verurteilt. Damit erweisen sich Normen als handlungswirksam, die linke Politik in ihre Strategiebildung einarbeiten muss. Die von vielen Staaten verhängten Sanktionen haben ein doppeltes Gesicht. Sie sind nicht als Bestrafung eines Aggressor zu verstehen, sondern demonstrieren, dass die Welt auf dessen Ressourcen und Methoden nicht angewiesen ist, sondern umgekehrt.

Gründung der ersten Wohnungsbaugenossenschaft in Bydgoszcz

Polnische Wohnungsgenossenschaften – von der Idee bis zur Verwaltung der Mittel – Entstehung der Genossenschaftsbewegung unter den Bedingungen der Nichtunabhängigkeit

JAKUB KUS, WARSCHAU *

Die organisierte genossenschaftliche Tätigkeit entstand in Polen ähnlich wie in anderen europäischen Ländern und in den USA im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Ihre Gründer beriefen sich in der Regel auf die damals gängigen ideologischen Strömungen: Sozialismus, Liberalismus und christliche Solidarität. Die Ideen von Utopisten hatten einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Genossenschaften, beispielhaft seien hier Charles Fourier (Phalansterie – imaginierte harmonische Gemeinschaftsorganisation), Robert Owen (New Harmony – utopisch genossenschaftlich konzipierte Kolonie von kurzer Lebensdauer) sowie Ebenezer Howard (Gartenstädte mit sozial-reformerischem Konzept als Stadt in der Landschaft) genannt. In Polen war der wichtigste Vorläufer der Genossenschaften bereits im Jahr 1816. Stanisław

* Übersetzung per DeepL.com und Anpassung und Illustration durch EVA DETSCHER, KARLSRUHE und ROLF GEHRING, Brüssel; mit Rückgriff auf Quellen: <https://educalingo.com/de/dic-fr/phalanstere>, https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Owen, https://de.wikipedia.org/wiki/Ebenezer_Howard

Staszic, Gründer einer „Landwirtschaftlichen Gesellschaft für das gemeinsame Sparen im Unglück“ in Hrubieszów in der Wolwodschaft Lublin.

Auf polnischem Boden unter den Bedingungen der Nichtunabhängigkeit bzw. faktischen Nichtexistenz eines polnischen Staates entwickelte sich die genossenschaftliche Tätigkeit in unterschiedlicher Weise: je nach der Gesetzeslage in den drei Teilstaaten, die von den Großmächten Russland, Preußen und Österreich beherrscht waren. Neben vielen anderen Genossenschaftstypen wurden vor allem die Volksbanken Großpolen – unter deutscher Verwaltung (seit 1861), die Lebensmittelgenossenschaften Königreich Polen – unter russischer Verwaltung (seit 1869) oder die Spargenossenschaften Kasy Stefczyka in Galizien – unter österreichischer Verwaltung (seit 1891) bekannt. Die ersten Arbeits- (1872), Molkerei- (1882) und

Wohnungsbaugenossenschaften (1890) wurden gegründet.

Die ersten Wohnungsbaugenossenschaften wurden in den von Deutschland besetzten Gebieten Polens gegründet, die erste war die 1890 gegründete Wohnungsbaugenossenschaft in Bydgoszcz – Spółdzielnia Mieszkaniowa –, die bis heute besteht. In Wielkopolska wurde zu dieser Zeit auch die Genossenschaft Towarzystwo Pomoc – Spółka Budowlana – eine Baugenossenschaft – gegründet. Zwischen 1902 und 1908 wurden in Toruń, Chorzów, Bydgoszcz, Gniezno, Grudziądz, Inowrocław, Bielsko und Katowice Wohnungsbaugenossenschaften als Mietwohnungsbaugenossenschaften gegründet, die sich mit dem Bau von Mehrfamilienhäusern befassten. Interessanterweise erfüllten die Genossenschaften in den unter deutscher Verwaltung stehenden Gebieten nicht nur wirtschaftliche und soziale Aufgaben, sondern stellten auch eine Form der Selbstorganisation der polnischen Gesellschaft dar, die sich der Germanisierungspolitik und der wirtschaftlichen Expansion des Deutschen Reiches in diesen Gebieten entgegenstellte, insbesondere während der Regierungszeit von Bismarck, Caprivi und Bülow.

Fortbestand der Genossenschaften in die Republik Polen

Eva Detscher, Karlsruhe. Polens territoriale Integrität ist im Lauf der letzten Jahrhunderte auf vielfältige Weise verletzt worden. „Polen war als selbständiger Staat 121 Jahre lang von der Bildfläche verschwunden.“ (*) Die Gründung der Genossenschaften fällt in die Zeit der Aufteilung unter Preußen (Deutschland nach 1871), Österreich und Russland, daher auch die Bemerkung im nebenstehenden Artikel, dass sich die Genossenschaftsbewegung in unterschiedlicher Weise entwickelt hat. Es gelang die Gründung der polnischen Republik 1918, und ein wesentlicher Schritt dafür war die Einführung einer polnischen Währung. Dies ist Thema von O. Lehnich 1923. „Der erste und wichtigste Erlass ... war die Verordnung zur Errichtung einer polnischen Landesdarlehenskasse vom 13. 12. 1916“, die es im weiteren Verlauf auch den Genossenschaften ermöglichte, ihre wirtschaftliche Tätigkeit unter den neuen Bedingungen aufrechtzuerhalten. „Am Ende des 19. Jahrhunderts betrachtete man Polen als eine Nation, die niemals mehr in der Lage sein würde, einen

Staat aufzubauen, und zu wenig Bedeutung maß man der aufbauenden Kraft des geistigen Lebens der Polen bei. Wenn auch die Teilgebiete notgedrungen eine verschiedene Entwicklung durchmachten, so durfte doch die wirtschaftliche Organisationskraft der Polen, die besonders von der polnischen Emigration ausging, nicht unterschätzt werden.“ Die abwertenden Urteile über die „slawischen“ Völker, die damals bis in linke Kreise hinein gepflegt wurden, werden durch die Behandlung sachlicher Fragen irrelevant – Polen als ein souveräner Staat unter anderen nicht in Frage gestellt. Mit dem vergleichenden Blick auf den gesamten Wirtschaftsraum von Polen bis Estland werden die Besonderheiten deutlich. Genossenschaften als Wirtschaftsfaktor (vor allem in der Landwirtschaft) spielen in allen diesen Ländern eine Rolle. „Lehrreich und reizvoll zugleich ist es, zu verfolgen, wie hier auf durch den Weltkrieg aufs schwerste erschüttertem Boden sich selbständige Wirtschaftsgebiete bilden und neue Währungs- und Wirtschaftsformen entstehen.“

(*) alle Zitate aus Dr. O. Lehnich: Währung und Wirtschaft in Polen, Litauen, Lettland und Estland. Berlin, Verlag von R. L. Prager 1923

Entwicklung im wieder unabhängigen Polen

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens im Jahr 1918 engagierten sich linke und christliche politische Strömungen für die Entwicklung der Genossenschaften. Dies wurde vor allem durch die Verabschiedung des Genossenschaftsgesetzes am 29. Oktober 1920 beeinflusst. Dieses Gesetz sieht zwei Modelle für die Funktionsweise von Wohnungsgenossenschaften vor: mieter- und eigentumsbasiert. Die Eigentums-genossenschaften, in denen sich hohe Beamte, Kaufleute und Militärs zusammenschlossen, waren weiter entwickelt, aber am spektakulärsten waren die Initiativen zur Lösung des Wohnungsproblems der ärmeren Bevölkerung.

Man schätzt, dass vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs jeder fünfte Bürger Polens Mitglied einer Genossenschaft war. Die damals sehr aktiven Wohnungsbaugenossenschaften prägten die neu errichteten Stadtteile in Warschau, Krakau und Gdingen und setzten oft ein ehrgeiziges Sozialprogramm um.

Die 1922 gegründete Warschauer Wohnungsbaugenossenschaft (WSM) im Stadtteil Żoliborz ist in die polnische



Gebäude der Wohnungsgenossenschaft in der Cieszkowskiego-Strasse 13 und 15, Bydgoszcz („Bromberg“). 33 Mietshäuser wurden zwischen 1890 und 1914 gebaut, heute verwaltet die Baugenossenschaft noch 28 davon. Teilweise sind Gebäude in städtischen Besitz übergegangen, wo sie als öffentliche Gebäude genutzt werden. Quelle: Webseite dieser Baugenossenschaft: <http://www.bsm.bydgoszcz.pl/historia-bydgoskiej-spoldzielni-mieszkaniowej/>



Die Siedlung der Warschauer Wohnungsgenossenschaft um 1960. Die verschiedenen Bewegungen für einen sozialen Wohnungsbau, die um die Wende vom 18ten zum 19ten Jahrhundert entstanden, wollten Licht in die Wohnung bringen und sanitäre Bedingungen verbessern. Mit den Siedlungen entstanden aber immer auch soziale und öffentliche Räume, die durch Präsenz ausgefüllt und gewissermaßen signiert werden, die Begegnung, Austausch ermöglichen.

Wohnungsbaugeschichte prägend eingegangen. Sie wurde von den linkssozialistischen Aktivisten Jan Hempel, Maria Orsetti, Stanisław Tolwiński, Stanisław Szwalbe und Bolesław Bierut (nach dem Zweiten Weltkrieg stalinistischer Präsident Polens, Ministerpräsident und Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei) gegründet. Parallel dazu wurde ein genossenschaftliches Sozialbauunternehmen gegründet, das 1929 allein in Warschau über 1500 Arbeiter beschäftigte und auch in Krakau und Gdynia Genossenschaftswohnungen baute. In der Satzung des WSM sind seine Ziele festgelegt: „Bereitstellung und Vermietung von preiswertem und gesundem Wohnraum an die Mitglieder. Der Wohnraum wird in kollektiver Selbsthilfe mit Unterstützung staatlicher und kommunaler Einrichtungen gebaut, um die kulturellen Bedürfnisse der Mitglieder mit gemeinsamen Anstrengungen zu erfüllen.“ Mitglieder einer Genossenschaft können nur Personen sein, die ihren Lebensunterhalt mit ihrer eigenen Arbeit verdienen. Die (kleinen) Wohnungen mussten mit Wasser, Strom, Gas und Toiletten ausgestattet sein, was damals noch nicht zum Standard gehörte. Bäder, Genossenschaftsläden und Kindergärten in jedem Gebäude waren üblich. Von 1925 bis 1938 baute die Genossenschaft acht große Kolonien mit mehreren Wohnungen, hauptsächlich für Arbeiterfamilien, Gemeinschaftszentren, Sportvereine, Theatern und Schlafsälen für die Arbeiter. Die Wohnsiedlungen wurden von renommierten Architekten entworfen und sind immer noch ein Beispiel für gute Stadtplanung. Es wurde ein gut funktionierendes städtisches kulturelles und soziales Umfeld geschaffen, das viele Jahre lang sein Hauptziel nicht aus den Augen verlor: die Bereitstellung von

qualitativ hochwertigem Wohnraum für arme Familien aus der Arbeiterklasse. Die Geschäftstätigkeit der Genossenschaft wurden ausgesetzt, als sie 1940 von den deutschen Besatzungsbehörden beschlagnahmt wurden. Nach dem Ende des Krieges nahm die Genossenschaft ihre Tätigkeit wieder auf und wurde zur größten Wohnanlage dieser Art in Polen.

Ab 1926 war in Warschau auch die Wohnungsbaugenossenschaft „Zdobyc Robotnicza“ („Eroberung durch die Arbeiter“) tätig, die mit christlich-demokratischen Arbeiterorganisationen verbunden war und Einfamilienhäuser baute. Der Bau wurde teilweise nach dem so genannten wirtschaftlichen System durchgeführt. Ein Teil der Arbeiten wurde von den Genossenschaftsmitgliedern selbst durchgeführt, die für ihre Arbeit eine Teilvergütung erhielten und den Rest von ihrer Miete oder ihrem Kredit abziehen durften. Die Genossenschaft ging 1931 in Konkurs, aber ihre Gebäude sind bis heute eine der schönsten Wohngenden Warschau.

Nach 1945 wurden die genossenschaftlichen Tätigkeiten in Polen der staatlichen Politik untergeordnet. Dies bedeutete Verstaatlichungs-, Zentralisierungs- und Bürokratisierungsprozesse, obwohl die formale Kontrolle durch die Bewohner ausgeübt wurde und die soziale und kulturelle Tätigkeit der Genossenschaften weitgehend erhalten blieben.

Der genossenschaftliche Wohnungsbau dominierte lange Zeit den Mehrfamilienhausbau. Im Jahr 2000 erreichte die Zahl der Genossenschaftswohnungen 3,4 Millionen (29 % aller Wohnungen in Polen). Seitdem ist die Zahl der Genossenschaftswohnungen rückläufig. Nach dem Inkrafttreten der Rechtsvorschriften, die den Erwerb von Genossenschaftswohnungen zu Preisen ermögli-

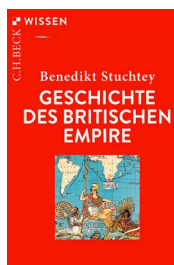
chen, die den Anstieg des Marktwerts der Wohnung seit dem Bau im Jahr 2016 nicht berücksichtigen, belief sich der Bestand an Genossenschaftswohnungen bereits auf nur noch rund zwei Millionen Wohnungen. Allerdings haben die Regeln für die genossenschaftliche Verwaltung auch andere Formen des Mehrfamilienhausbaus erfasst. Die Wohnungsbaugenossenschaften selbst beschränken sich heute im Wesentlichen auf die Verwaltung des vorhandenen Bestands. Es bleibt die Frage offen, ob eine Rückkehr zur Masseninvestitionstätigkeit der Wohnungsbaugenossenschaften und zur sozialen Dimension der genossenschaftlichen Tätigkeit – wie in den Jahren des 20. Jahrhunderts möglich und gewollt ist.

Der Ökonom Werner Sombart kam aufgrund seiner Beobachtungen der Wirtschaftstätigkeit zu dem Schluss, dass neben privatem und öffentlichem Wirtschaftshandeln die Genossenschaften ein dritter Faktor im ökonomischen Geschehen sind. Das Faksimile aus einem sozialistischen Periodika der Bauarbeiter zeigt einen Bericht über die Aktivitäten der Wohnungsbaugenossenschaften. Tatsächlich haben viele der polnischen Genossenschaften im Rahmen der verschiedenen politischen Systeme, ihren ökonomischen Vorstellungen und strikten Vorgaben überlebt, manche bis heute.



Benedikt Stuchtey, Geschichte des Britischen Empire. München 2021

FLORIAN WEIS, BERLIN



In der Reihe „C.H. BECK WISSEN“ werden umfangreiche Themen in besonders knapper Form dargestellt. Benedikt Stuchteys Gegenstand ist besonders umfangreich und komplex. Insofern sind

kleine Faktenungenauigkeiten (wie beim Osteraufstand 1916 in Irland und dem Falklandkrieg 1982) für die Gesamteinschätzung nicht entscheidend.

Stuchtey, Historiker mit einer Professur in Marburg und zuvor u.a. am Deutschen Historischen Institut (DHI) in London tätig, ist auch als Zeitungsautor, vor allem für die FAZ, sehr präsent. In seinem aktuellen Buch schildert er die Geschichte des Britischen Empire und Commonwealth von ersten Landnahmen zur Beherrschung Irlands ab 1169, zum Ende des 15. Jahrhunderts in Neufundland und bis in die Gegenwart hinein. Nicht der langsame Niedergang des Empire im 20. Jahrhundert überrascht im Nachhinein, sondern vielmehr die Fähigkeit Großbritanniens, sich mit seinen vergleichsweise kleinen Kernressourcen der britischen Inseln einen so großen Teil der Welt – nach dem Ersten Weltkrieg rund ein Viertel der Erde – beherrscht oder zumindest begrenzt kontrolliert zu haben. Dies war nur möglich, indem, neben der selbstverständlich auch im britischen Imperialismus und Kolonialismus zentralen wirtschaftlichen Ausbeutung und dafür eingesetzten systematischen Gewalt, sehr unterschiedliche, oft dezentrale und indirekte Herrschaftsformen angewendet wurden. Das Britische

Empire konnte so lange Zeit eine Überdehnung seiner knappen Ressourcen vermeiden, indem es etwa mit lokalen Eliten kooperierte und beispielsweise in Südasien auch eine bewusste „Teile- und Herrsche“-Politik betrieb. Die Royal Navy blieb bis in das 20. Jahrhundert hinein die wichtigste Konstante des Empire.

Demgegenüber war die erst im 19. Jahrhundert schrittweise geschaffene zentrale Kolonialverwaltung in London vergleichsweise klein.

Das Empire, so Stuchtey, habe es nicht gegeben, vielmehr bis 1931 sehr fragmentierte Ausformungen. Die „Glanzzeit“ dieses britischen Imperiums habe zwischen 1776 und 1931 gelegen. Die britische politische und wissenschaftliche Diskussion habe eine Vielzahl von divergierenden Imperialismustheorien hervorgebracht, so diejenige von John Hobson, auf welche sich auch Lenin und Luxemburg bezogen. Von Stuchtey wird diese Diskussion jedoch am auslösenden Beispiel des Burenkrieges als unterkomplex kritisiert. Das Empire habe nicht zuletzt extreme gewaltförmige Züge getragen, von Vertreibungen über Hungersnöte bis hin zu direkter Gewalt. Es sei jedoch zu einfach, diese Geschichte binär auf eine solche von Herrschenden und Beherrschten zu reduzieren.

Der vermeintliche Höhepunkt des Empire nach dem Ersten Weltkrieg ist gleichzeitig der Beginn seines Niedergangs. Brutale Gewalt, wie im indischen Amritsar 1919 oder im Mandatsgebiet des Irak 1922, verstärkten den Widerstand, während die Überdehnung der britischen ökonomischen Ressourcen, der Aufstieg der USA, die sozialen Verwerfungen

in Großbritannien und schließlich der Kampf gegen den neuartigen Vernichtungsimperialismus Nazi-Deutschlands den imperialen Abstieg unausweichlich machten.

Das britische Empire hätte jedoch kaum so lange bestehen können, wenn es ausschließlich auf Ausbeutung und Gewalt durch Großbritannien beruht hätte. Stuchtey bezeichnet das Empire als einzigartig darin, „(...) wie in einem Lehrbuch alle Formen der Kolonisation in sich vereint zu haben: (1) Stützpunktkolonien wie Aden, Hongkong, Malta und Gibraltar; (2) Beherrschungskolonien wie Britisch-Indien; (3) Siedlungs- und Plantagenkolonien wie Irland, Jamaika, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Südrhodesien; (4) Mandatsgebiete wie Palästina und Irak; (5) Protektorate wie Ägypten und Sansibar; (6) ein Kondominium mit Frankreich wie die Neuen Hebriden.“ (S. 120)

Stuchtey verweist darüber hinaus auch darauf, dass sich die postkoloniale Debatte noch zu sehr auf das verbrecherische „Vermächtnis der Sklaverei“ beschränke, zu wenig jedoch auf die Muster und Formen der imperialen Herrschaft und Durchdringung.

An dieser Stelle sei auch auf zwei weitere, umfangreichere Publikationen zum Gegenstand verwiesen. Peter Wende, ehemaliger Leiter des DHI in London, legte bei Beck „Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreiches“ (München 2016, zweite Auflage) vor. Caroline Elkins. Veröffentlichung „Legacy of Violence: A History of the British Empire“ (New York 2022) fand in der angelsächsischen Welt, also einem Erbe des Empire, eine große Resonanz.

Bericht vom WTO Public Forum 2022 in Genf

ROLAND KULKE, Z.ZT. AMMAN, EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Die größte jährliche Veranstaltung der WTO, dieses Jahr in Genf von 27. bis 30. September, ist das „öffentliche Forum“, „WTO Public Forum“. Eine Delegation des Europäischen Parlaments, die aus dem Internationalen Handelsausschuss (INTA) stammt, hat unter Leitung von MdEP Helmut Scholz daran teilgenommen. Diese führte Gespräche nicht nur mit WTO-Vertreter*innen, sondern auch mit den für linke Themen so wichtigen UNCTAD und ILO, die ja auch ihren Sitz in Genf haben.

Roland Kulke von transform!Europe, der H. Scholz begleitet hat, berichtete auf dem transform-Arbeitskreis Europa darüber. „Eine Aufgabe, die wir erfüllen müssten, wäre es die Verbindung zwi-

schen Handelspolitik und dem COP27 Prozess zu stärken. Denn die sozialen und Umweltbewegungen sind bisher entweder bei der WTO oder bei COP“, schloss der Bericht nach ausführlicher Darstellung der diskutierten Fragen.

Bei ca. 150 Events und mehr als 3000 Teilnehmer*innen wurde die gesamte Palette an handelspolitischen Fragen diskutiert. Fragen der Fischerei und der Landwirtschaft, bei denen die Erste Welt nach wie vor widersinniger Weise ihre Produzenten mehr subventionieren darf als die Länder der Dritten Welt (heute oft Globaler Süden genannt). Es ging aber auch um die Entwicklungsfragen des Kapitalismus. Hier droht auch die

*https://www.wto.org/english/forums_e/public_forum22_e/public_forum22_e.htm



EU abgehängt zu werden. In der Datenökonomie droht Europa so kolonisiert zu werden wie Indien durch die Briten vor 300 Jahren, so Parminder J. Singh, IT-Experte bei unserem Event. Sehr umstrittene Themen war die Weigerung der Ersten Welt, Patente für die Erzeugung von Impfstoffen gegen Covid freizugeben. Von überragender Bedeutung ist die Diskussion um die Zukunft der WTO. Die Erste Welt zieht sich immer mehr aus multilateralen Organisationen zugunsten bilateraler Abkommen zurück. Es ist fast unmöglich für Linke, die WTO zu verteidigen. Aber was passiert mit dem Globalen Süden, wenn diese Länder alleine gegen USA, China oder die EU stehen?

<https://www.transform-network.net/>